

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei im Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Listungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interaktions-Gebühr
 Beträgt für die sechsmonatige Anzeigenszeit oder deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereine und Vereinsteilnehmer 20 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengänge und Geschäftsanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 15. März 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Wahlrechtskämpfer heraus! Erscheint in Massen zu den heutigen Versammlungen! Stellt dem Beschluß der Privilegienritter das Volksverdikt entgegen!

Durchgepeitscht!

Es ist dem blauschwarzen Block gelungen, in drei Tagen auch die zweite Lesung der Wahlrechtsvorlage durchzupeitschen! Dazu bedurfte es freilich keiner Hysterie, sondern nur einer guten Dosis Strupellosigkeit und Brutalität, und daran hat es der Schnapsblock nicht fehlen lassen. Sobald ihm die Gefahr zu drohen schien, daß die Kritik allzu schneidende und gründliche Formen annehmen könnte, ließ er das Fallbeil eines Schlußantrages herabsaufen. Dargestellt wurde die Opposition einfach niedergedrampelt.

Was aus der zweiten Lesung des Plenums hervorgegangen ist, ist im wesentlichen der von der Kommission dem Hause präsentierte Entwurf, jenes Monstrum, das an Abscheulichkeit hinter dem Wechselbalg der Regierung in nichts zurücksteht, sich vor ihm höchstens noch durch einen Zug feiger, höhnischer Lüge auszeichnet. Denn die Wahlrechtsvorlage erklärte sich wenigstens rund heraus für die öffentliche Abstimmung. Der widerliche Jwitter dagegen, den Kommission und Abgeordnetenhaus jetzt in die Welt gesetzt haben, gibt den Wählern das Scheinrecht der geheimen Wahl, das er ihnen jedoch durch die indirekte Wahl und die perfide Bestimmung, daß die Wahlmänner auf dem Lande aus dem Urwahlbezirk entnommen sein müssen, sofort wieder eskamotiert!

Zu allem Ueberflus hat der Entwurf der Kommission noch zwei weitere Verschlechterungen erlitten. Einmal dadurch, daß an die Stelle der Fristwahl für die Orte mit weniger als 3000 Einwohnern die Terminwahl gesetzt worden ist, ein Wahlmodus, der den Gutsgewaltigen und anderen agrarischen Terroristen zur infamsten Wahlbeeinflussung und schändlichsten Kontrolle die vortrefflichste Handhabe bietet. Zweitens durch die Verleihung des Privilegiertenwahlrechts an diejenigen, die ihr Abiturientenexamen abgelegt haben. Für beide Verschlechterungen stimmte natürlich das Zentrum. Im ersten Falle seiner Rolle als Stallknecht der Konservativen getreu; im zweiten Falle, um für die Nationalliberalen durch Gewährung eines besonderen Privilegiertenwahlrechts an sogenannte „Kulturträger“ die Brücke zum blauschwarzen Anti-Wahlrechts-Block herüber schlagen zu helfen!

Was der Schnapsblock so erfolgreich begonnen, hofft er schon in den nächsten Tagen triumphierend zu Ende führen zu können! Schon am Mittwoch soll die dritte Lesung beginnen und noch vor dem 18. März zum schmachvollen Ende gebracht werden! Die Opposition gedenkt man nötigenfalls abermals niedergedrampeln! Dann bleibt am 12. April nur noch die Wiederholung der Abstimmung, die man aber als bloße Formalität behandeln wird. Auch glaubt man sicher sein zu können, daß Regierung und Herrenhaus der Spottgeburt des Schnapsblocks ihren Segen nicht vorenthalten werden. Wie sollten sie auch! Sie sind ja Fleisch vom Fleische des Schnapsblocks und überglücklich, daß das Zentrum durch die lange Kette seiner infamen Volksverratereien die Wahlreform so gestaltet hat, daß die Volksmasse schamlos gepreßt ist!

Das Wahlrecht, wie es nach den Beschlüssen des blauschwarzen Blockes aussieht, kann elender gar nicht gedacht werden. Feststehen bleibt die Dreiklassenmacherei, bleibt die indirekte Wahl, bleibt die öffentliche Abstimmung der Wahlmänner, bleibt die Terminwahl, bleibt auch die aller gefunden Verunft mit Häuten ins Gesicht schlagende skandalöse Wahlkreiseinteilung zugunsten der Krantjunker! Ein solches Wahlrecht kann nicht nur jeder Junker, sondern auch jede Herrenhausmumie mit Handflus akzeptieren!

Welches Wahlrecht hätte selbst das Dreiklassenparlament beschlossen und hätten Regierung und geborene Gesetzgeber trotz alles Sträubens und Würgens schlucken müssen, wenn das Zentrum nicht von allem Anfang an dem um sein Wahlrecht kämpfenden Volke in den Rücken gefallen wäre und selbst die schwächlichsten liberalen Forderungen mit der unerbittlichen Konsequenz geschworener Wahlrechtsfeinde im Wettstreit mit den junkerlichen Wahlrechtsmeuchlern abgewürgt hätte!

Der Schnapsblock ist Triumpfhator geblieben. Aber bei seinem Siege ist ihm gar nicht wohl zumute. Nicht nur, daß ihm doch vor der Abrechnung der betrogenen Volksmassen graut — er glaubt auch nicht einmal auf das Ja und Amen der Regierung und des Herrenhauses rechnen zu können, wenn es ihm nicht gelingt, auch noch die Nationalliberalen als

Komplizen für die verbrecherische Rechtsmeuchelung zu gewinnen!

Die Frage ist also, ob die Nationalliberalen sich durch die Sirenentöne der Junker verlocken lassen werden! Auch am Montag wieder überboten sich die konservativen Redner in girenden Serenaden. Freilich war es nur viel Gefreisch und wenig Wolle. Denn die nationalliberalen Anträge wurden von dem Schnapsblock niedergedrampelt.

Der Kuhhandel dauert freilich fort. Wahrscheinlich werden sich die Koalitionen des Schnapsblocks zu weiteren Zugeständnissen in bezug auf Kulturträgerprivilegien bereithalten lassen. Das bedeutete eine weitere Verschandelung des Wahlrechtsmonstrums! Aber die Nationalliberalen verlangen noch mehr, sie fordern statt der Steuerdrittelung nach Urwahlbezirken eine andere Form der Drittelung, durch die der Einfluß des Unternehmervergeldsads noch verstärkt wird!

Was jetzt hat sich außer den Freikonservativen kein Mensch für diese Forderung erwärmt! Rechte, Mitte und Linke sind vielmehr wenigstens darin einig gewesen, daß durch eine andere Form der Steuerdrittelung der ohnehin skandalöse Einfluß des Vergeldsads nur in unerträglicher Weise vergrößert werden würde. Wir halten es danach für völlig ausgeschlossen, daß selbst der Schnapsblock zu einer weiteren Verhöhnung des Wahlrechts seine Hand bieten könnte!

Auf der anderen Seite können jetzt die Nationalliberalen zeigen, ob ihre entristeten Protekte gegen die „reformatio in pejus“, die Verschlechterung des Wahlrechts, wirklich ehrlich gemeint waren, oder nur der Ausfluß des Kerkers angeschalteter Mäcker, die sich dadurch der Möglichkeit beraubt sahen, ihrerseits unter dem Vorwand der Reform das Wahlrecht so zu gestalten, wie es ihren kleinlichen, volksfeindlichen Parteiinteressen passte!

Fallen die Nationalliberalen um, lassen auch sie sich für das Kompromiß des Wahlrechtsverrats einfangen, so sind sie um kein Haar besser, als die schwarze Heuchlerbande, über die die Herren Friedberg, Schiffer und Konsorten sich doch noch soeben so urkräftig entristet haben!

Die große Abrechnung des verratenen, genasführten, mit Füßen getretenen Volkes würde dann an den Nationalliberalen ebenso unerbittlich vollzogen werden, wie am Zentrum!

Der Schnapsblock arbeitet mit einem Fleiße, der einer besseren Sache würdig wäre. Wie er es sich vorgenommen hatte, hat er in der Sitzung vom Montag die zweite Lesung der Wahlrechtsvorlage beendet. Eine Beratung kann man das, was da in der Prinz-Albrechtstraße vor sich ging, kaum noch nennen. Zwar ließ die Mehrheit diesmal gnädigst auch unsere Genossen reden, aber sie selbst beteiligte sich so wenig wie möglich an der Debatte.

Daß die konservativ-kerikale Majorität fest entschlossen ist, der Minorität auch nicht das geringste Zugeständnis zu machen, das zeigte sich gleich zu Beginn der Sitzung; sie lehnte einen nationalliberalen Antrag, wonach die Auslegung der Abteilungslisten nicht in Privaträumen erfolgen darf, wenn in einem Stimmbezirk Geschäftsräume einer öffentlichen Behörde vorhanden sind, kurzerhand ab. Die um Heubrand und Herold wollten damit dokumentieren, daß sie den Nationalliberalen nur unter der Bedingung entgegenkommen würden, daß diese sich verpflichten, dem Kompromiß ihren Segen zu erteilen und so das Odium für das Geseh auch auf ihre Schultern zu laden. Ganz offen erklärte der Hr. v. Belding (fr.) bei einer anderen Gelegenheit, und auch sein Fraktionsfreund Abg. v. Wöhrn suchte den Nationalliberalen noch einmal gut zuzureden. Die so viel Umworbenen sagten weder ja, noch nein, sondern sie hüllten sich in Schweigen. Die dritte Lesung wird ja die notwendige Klarheit bringen.

Ihr wahres Antlitz enthüllte die Gesellschaft bei der Beratung des § 16a, der besagt, daß die Wahlmänner — außer in Berlin — aus dem Stimmbezirk entnommen werden müssen. Die Nationalliberalen hatten hierzu einen äußerst zohlenen Antrag gestellt, der eine noch bei weitem nicht ausreichende Erweiterung des Kreises bezweckte, aus dem die Wahlmänner entnommen werden dürfen. Aber selbst davon wollte die Mehrheit nichts wissen! Der konservative Abg. Hr. v. Nichte-hofen erklärte rund heraus, daß davon nur die Sozialdemokratie Vorteil hätte, und das Zentrum, die Partei, die angeblich für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ist, schloß sich dieser wahlrechtsfeindlichen Auffassung an. Genosse Ströbel geißelte in scharfen Worten den niederträchtigen Verrat, den das Zentrum auch bei dieser Gelegenheit wieder an den Arbeitern verübte.

Ueberhaupt wird das Zentrum sich bei den Neben, die unsere Genossen am Montag hielten, kaum sonderlich wohl gefühlt haben. Die sozialdemokratische Fraktion hatte es sich zur Aufgabe gemacht, immer und immer wieder dieser Partei ihre heuchlerische Rolle

vom Gesicht zu reißen, und daß ihr das gelungen ist, beweisen die Wutausbrüche der Herald und Konsorten. So nagelte Leinerz natürlich nicht ohne wiederholt zur Ordnung gerufen zu werden, das Verhalten des Zentrums gegenüber der Frage der Terminwahl fest. Die Kommission hatte die Terminwahl gestrichelt, aber da die beiden konservativen Parteien mit Rücksicht auf den Terrorismus, den sie dabei betreiben können, unbedingt auch die Terminwahl beibehalten wissen wollen, beistellte sich das Zentrum, ihnen Handlangerdienste zu leisten und einen Antrag einzubringen, der in Deutschsätzen mit nicht mehr als 3000 Einwohnern sowohl die Frist- als auch die Terminwahl gestattete.

Ganz besonders verätherisch geberdete sich das Zentrum gegenüber dem freistimmigen Antrag, der auch für die Abgeordnetenwahl die geheime Stimmabgabe eingeführt wissen will. Hierbei schloß diese Partei einen ihrer Renommierarbeiter, Herrn Giesberts vor, der ein Loblied auf die öffentliche Stimmabgabe anstimmte, daß den Reaktionen auf der äußersten Rechten das Herz im Leibe lachte. Zwar zog sich Herr Giesberts eine gründliche Abfuhr seitens des Genossen Ströbel zu, aber was macht sich die Klasse daraus? Wenn die „Volksvertreter“ nachher in ihren Wahlkreisen sind, werden sie schon mittels der bekannten München-Clabacher Jesuitenlogik das Blau vom Himmel herunter schwindeln und dem Volke Sand in die Augen zu streuen suchen. Wenn wir ihnen nur keinen Strich durch die Rechnung machen!

Schließlich hielt noch Genosse Lieblrecht bei Beratung eines Antrags auf Sicherung des Wahlgeheimnisses eine Art Generalabrechnung mit dem Zentrum, die sich durch das Eingreifen des Vizepräsidenten Dr. Porzsch höchst dramatisch gestaltete. Hielt Herr Dr. Porzsch selbst ein frommer Zentrumsmann, der in seiner Amtsführung alles andere, nur nicht Unparteilichkeit, an den Tag legt, es doch für geboten, unsern Genossen zu rügen, weil er dem Zentrum vorgeworfen hatte, daß es sein Programm zertritt und mit Füßen tritt. So etwas, meint Herr Dr. Porzsch, darf man einer „großen“ Partei nicht vorwerfen.

Mit diesem Akt schloß die zweite Lesung. Nach einem Ruhetage, der zum Kuhhandel benutzt werden soll, beginnt am Mittwoch die dritte Beratung, die spätestens am Donnerstag beendet werden muß, denn am Freitag darf noch den Wünschen der Reaktion nicht mehr über das Wahlrecht geredet werden, weil dann der 18. März ist. Die Herren sind wirklich noch ängstlicher als Herr v. Jagow.

Der Wahlrechtskampf.

Immer neue Demonstrationen.

Der Sonntag hat in einer ganzen Reihe preussischer Städte große eindrucksvolle Demonstrationen gezeitigt. Viele Tausende sind an diesem Tage wieder um des gleichen Wahlrechts willen auf die Straße gegangen. Die Polizei hat an einigen Orten wieder das Wahlrecht mit dem Säbel und mit Prüfen und Stöben beschützt. Es sind Verlegungen und Verhaftungen vorgekommen, die das Bewußtsein roge erhalten, daß Preußen kein Kulturstaat ist. Indes sind schlimmere Verlegungen bis jetzt nicht gemeldet.

Die imposantesten Kundgebungen haben diesmal Frankfurt a. M. und Breslau zu verzeichnen. Darüber wird unten gemeldet:

Frankfurt a. M., 13. März. (Eig. Bericht.) Die Mainstadt sah heute wieder eine Demonstration, die sich der großen Kundgebung auf der Hundswiese vor 14 Tagen würdig zur Seite stellt. Dort gingen die linksstehenden bürgerlichen Parteien mit der Sozialdemokratie, diesmal lehnend sie eine Beteiligung ab. Den Herren Linkliberalen war ihre Straßen-demonstration anscheinend zu brenzlich. Es ging auch ohne sie. Die Demonstration nahm bei gewaltiger Beteiligung einen glänzenden Verlauf.

Von der Parteileitung waren 23 Versammlungen auf 12 Uhr nachmittags angesetzt. Es wurden nur kurze Ansprachen gehalten, dann zogen die Versammelten nach der inneren Stadt, zu dem gemeinsamen Sammelpunkte, dem Theaterplatz. Aus dem Gewerkschaftshause zogen die Versammlungsteilnehmer in geschlossenem Zuge durch die Allerheiligenstraße zur Konstablerwache, und weiter über die Zeil, Hauptwache zu dem Theaterplatz. Bald kamen die anderen Züge anmarschiert, und binnen wenigen Minuten war nicht nur der Theaterplatz, sondern auch der daran anschließende Goetheplatz und der Rohmarkt dicht von Demonstranten — unter denen sehr viele Frauen waren — gefüllt. Ein wogendes Menschenmeer, aus dem die Klänge der Marschmusik und Hochrufe auf das freie Wahlrecht erklangen. Die Spitze des Zuges bog vom Rohmarkt aus in die Kaiserstraße — die Hauptstraße Frankfurts neben der Zeil — ein, und ein fast endloser Zug marschierte gegen den Bahnhof zu. Der größte Teil des Zuges hatte schon den Rohmarkt verlassen, da tauchte auf diesem eine starke Patrouille Schutzmansschaften auf. Sie kam zu spät, um dem Zug den Weg zu sperren, und bekam nichts zu tun.

Die Polizei hatte natürlich die üblichen Vorkehrungen wieder getroffen. Kurz vor dem Bismardenkmal, das jetzt Tag und

Entfaltung der geistigen und wirtschaftlichen Kräfte. Alle Anhänger der nennmehr geeinigten Parteien fordern wir auf, in der fortschrittlichen Volkspartei mit aller Kraft fortzuwirken. Die Festigung unserer Organisationen durch raschen Zusammenschluß aller Parteifreunde und Vereine ist geboten und die Mitwirkung jedes Einzelnen unerlässlich. Aufgefordert und willkommen sind auch jene, die sich zu einer freirechtlichen Staatsauffassung bekennen, aber bisher wegen der Parteispaltung keine Stelle gefunden und ihre Mitwirkung und Verfolg haben. Von allen erwarten wir einträchtige und tatkräftige Mitarbeit an der Hebung des Wohlfahrt und Volkbildung, am Ausbau der politischen Freiheit und an der Verwirklichung des gleichen Rechtes aller Staatsbürger. Der politische und soziale Fortschritt ist die Lösung unserer Volkspartei."

Recht schöne Worte!

Eine ungewollte Kritik preussischer Polizeipraxis.

Die Bremer Polizei hat für den letzten Sonntag Straßendemonstrationen aus Anlaß der Lehrer-maßregelungen erwartet. Aus diesem Grunde verfügte der Polizeikommandant, daß die Schulklassen zu zweien etwaiger Demonstrationen in den Polizeibüros verbleiben sollen, um Zusammenstöße mit den Demonstranten zu vermeiden. Ein Einschreiten soll nur in außergewöhnlichen Fällen erfolgen, zum Beispiel bei Beschädigung von Privateigentum, bei tätlichen Angriffen auf andere Personen, bei Aufpflanzung von roten Fahnen auf öffentlichen Gebäuden und sonstigen Unruhmahnen sowie bei Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel. Im letzteren Falle sollen die Redner am Sprechen verhindert und das Publikum aufgefordert werden, ruhig auseinanderzugehen.

Herr v. Jagow und diverse seiner Kollegen in Preußen könnten aus dieser Verfügung viel lernen, wenn sie ihnen die Junker erlaubten. Freilich, so wohlwollend sich diese Verfügung von denen preussischer Polizeipräsidenten abhebt, soweit steht sie immer noch hinter der englischen Polizeipraxis zurück.

Herr Zaunermann.

Herr Landtagsabgeordneter Zaunermann (Zentrum) hat endlich eine Antwort gefunden auf unsere Notiz „Zentrumsfische im Eisen“ (Nr. 58 des „Vorwärts“), in der nachgewiesen wurde, wie er sich im Juni 1908 verpflichtet hat, sowohl für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen als auch für eine Neueinteilung der Wahlkreise im preussischen Abgeordnetenhaus einzutreten. Aber trotz des langen Nachdenkens, das Herr Zaunermann für seine Antwort gebraucht hat, ist diese recht läppisch ausgefallen. Er wagt nicht die Möglichkeit der von uns mitgeteilten Erklärung und des Wortlauts seines Briefes vom 17. Juli 1908 zu bestritten, sondern verlegt sich lediglich darauf, über die Unzuständigkeit der Veröffentlichung jenes Briefes, den er einen „Privatbrief“ nennt, zu jammern.

Die Genossen im Rheinland werden hoffentlich daraus die Folgerung ziehen, nie mehr den Versprechungen eines Zentrumsmannes zu trauen, mag er Bourgeois oder Arbeiter sein und seine Aussagen mit Hundert Eiden beschwören. Der Sumpf der Zentrumskorruption verdirbt jeden Charakter.

Der alte Kniff.

Zum Dementi des Zentrumsabgeordneten Giesberts in unserer Sonntagsnummer wird uns aus Essen geschrieben:

Zu der in Frage stehenden Sitzung haben die Zentrumskräfte mit dem besondern Bemerkten eingeladen, daß Herr Giesberts in dieser Sitzung über Straßendemonstrationen sprechen werde. Warum die Einladung in dieser Form erfolgte, oder warum Herr Giesberts auf eine etwa in Aussicht genommene Beteiligung an dieser Sitzung verzichtete, entzieht sich unserer Kenntnis."

Die Sache verhält sich demnach so, wie wir gleich vermutet haben.

Außerdem wird uns aus Essen gemeldet:

Die Zentrumspresse bestreitet übrigens auch die Behauptung des Genossen Ledebour, daß Zentrumskräfte an der großen Essener Wahlrechtsversammlung teilgenommen haben. Dazu können wir feststellen, daß sich Geisliche als Zuhörer an den auf den Platz gehenden Benken befanden, daß aber außerdem eine erhebliche Anzahl Zentrumskräfte ihren schon vor der Versammlung zum Ausdruck gebrachten Entschluß, an dieser Versammlung teilzunehmen, ausführten, und sich ruhig die Redner anhörten. Einige vorläufige Zentrumskräfte mußten allerdings auch energisch zur Ruhe gewiesen werden."

Neuer Mordmord in Kiel.

Im Landgericht Kiel ist ein neuer Mordmord entdeckt worden. Im Verlaufe des Kieler Werkprozesses wurde festgestellt, daß verschiedene wertvolle Papiere, durch die die Angeklagten schwer belastet wurden, aus den Akten verschwunden waren. Wegen der freigesprochenen Angeklagten Großhändlermann Frankenthal wurde später ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung eingeleitet. Nachdem bereits umfangreiche Vernehmungen stattgefunden haben, stellt sich nunmehr heraus, daß auf dem Zimmer des Untersuchungsrichters die Hauptbücher des Angeklagten, die als Belastungsmaterial dienten, wieder gestohlen worden sind. Ueber den Verbleib der gestohlenen Bücher ist noch nicht näheres bekannt geworden.

Mobilmachung der Kriegervereine!

Der Wiesbadener Krieger- und Militärverein verbandte an seine Mitglieder ein Geheimzirkular, worin es heißt:

Zur besondern Beachtung! Um strengste Geheimhaltung des Nachstehenden wird dringend erlucht. Die Militärbehörde beabsichtigt, im Falle einer Mobilmachung oder bei drohender Kriegsgefahr einen besondern Schutz der Eisenbahnlinien unter Mitwirkung der Kriegervereine zu organisieren. Es kommt dafür in Frage: freiwillige Unteroffiziere und Mannschaften der Landwehr II, freiwillige Unteroffiziere und Mannschaften des ausgebildeten Landsturms, freiwillige, nicht mehr landsturmpflichtige Soldaten aller Waffengattungen. Der Dienst besteht in Postenstellen und Patrouillenmärschen an den Eisenbahnlinien Wiesbadens. Kameraden wollen sich melden unter Angabe des Zivilberufes, Namens, Lebensalters usw. und ob sie im Besitze eines brauchbaren Gewehres sind.

Es wird nochmals um sorgfältige Geheimhaltung dieser letzten Angelegenheit dringend gebeten.

Es ist bekannt, daß im Kriegsfall die Eisenbahnen bewacht werden, um zu verhindern, daß der Aufmarsch der Truppen durch herbeigeführte Eisenbahnunglücke erschwert wird. Bekannt ist auch, daß hierzu die nicht mehr kriegsfähigen Mannschaften verwendet werden. Merkwürdig ist aber die Frage, ob die betreffenden sich im Besitze eines brauchbaren Gewehres befinden. Sollen die Kriegervereine auch noch in anderen Fällen als Polizeihilfsstruppen verwendet werden? Vielleicht gegen den inneren Feind?

Die völlige Aufhebung des Oktrois

Beschluß der Gemeinderat der oberelbischen Kreisstadt Gießhain vom 13. gegen 12 Stimmen. Die Mehrheit setzt sich aus 8 Sozialdemokraten und 3 Liberalen zusammen, die Minorität aus 4 Liberalen und 2 Vertretern des Großbürgertums. Nach der Abstimmung legten 7 liberale Gemeinderatsmitglieder ihre Ämter nieder, so daß Ergänzungswahlen zum Gemeinderat erforderlich werden. Es wird damit bezweckt, die Regierung zu einem Eingriff in die Selbstverwaltung

der Gemeinde zu veranlassen, damit, daß dem Gemeinderatsbeschlusse die erforderliche Genehmigung des Bezirkspräsidenten versagt bleibt.

„Patrioten“ und Wahlrechtsdemonstranten vor der Justiz.

Vor dem Schöffengericht in Halle stand dieser Tage der Arbeiter Franz Heinrich von dort, um sich gegen eine aus Anlaß der Wahlrechtsdemonstration am 16. Januar erlassene Strafverfügung wegen Widerstand und Körperverletzung zu verantworten. Der Angeklagte war zufällig zwischen die Demonstranten geraten. Infolge der polizeilichen Absperrung einer Straße entstand eine Stauung der Menge, aus der mehrere „Außerordner“ verhaftet wurden. Die Polizisten wollten bei dieser Gelegenheit getreten und gestoßen worden sein. Einer will deutlich gesehen haben, wie der Angeklagte „seinen Fuß zurückzog“. Andere Zeugen sagen aus, daß der Angeklagte gar nicht in Frage kommen könne, da er von dem Fleck, wo getreten worden sein soll, entfernt stand. Das Gericht erkannte auf einen Monat Gefängnis, da es die Schulpflicht natürlich für glaubwürdig hielt.

Ebenfalls in Halle wurde gegen einen Studenten aus Merseburg verhandelt, der dort anlässlich des sogenannten Sedantages sich mit anderen „besseren Herren“ stark betrunken und in diesem Zustande größtmöglichen Unfug verübt hatte. So rief er Geschäftsleute die Stimmenschilder herunter, wobei die Hausmannen stark beschädigt wurden usw. Als ihn ein Polizist stellte, hieb der hoffnungsvolle Jüngling auf diesen mit dem Handstock los. Schließlich wurde er zur Wache geführt. Das Gericht erkannte in dem Verprügeln des Polizisten keine Körperverletzung, da der Beamte sich nicht in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes befunden hätte (der Student hatte nämlich seine Karte vorgezeigt), und erkannte nur wegen Unfugs auf 45 M. Geldstrafe.

Die beiden Urteile sprechen für sich selbst. Wann befindet sich ein Polizist einmal einem Wahlrechtsdemonstranten gegenüber in „nicht rechtmäßiger Ausübung seines Amtes“?

Frankreich.

Kompromittierte Politiker.

Paris, 14. März. Die Hausdurchungen in der Angelegenheit Duez dauern fort. Bei seinem gestrigen Verhör erneuerte Duez seine Geständnisse, weigerte sich jedoch, sich in irgendeiner Weise zu rechtfertigen. Ein Teil der beschlagnahmten Akten ist eröffnet worden; ihr Inhalt ist äußerst interessant. Diese Papiere betreffen größtenteils die politischen und geschäftlichen Beziehungen, die der Liquidator unterhielt, sowie auch seine Beziehungen zur Presse. Unter den in den Papieren entdeckten Namen von Politikern und Mitgliedern der Presse befindet sich auch der Name eines antisemitischen Agitators, der vor zehn Jahren viel von sich reden machte. Duez verteidigte die Zuwendungen an die in der gefundenen Liste genannten Persönlichkeiten ausschließlich gegen Duntzung. So wurde u. a. eine Duntzung aufgefunden über eine Summe von 10 000 Franken, unterzeichnet „Jacques“. Auf der Rückseite der Duntzung hatte Duez den Namen eines Revolverblattes vermerkt. Der Untersuchungsrichter konnte jedoch feststellen, daß ein Duplikat der Duntzungen mit dem richtigen Namen der Empfänger vorhanden ist. Als er Duez aufrief, ihm diese Duplikate auszuhandigen, erklärte Duez in spöttischem Tone: „Das ist mein Schuhmantel, ich allein besitze den Schlüssel, und Sie werden ihn nicht erhalten.“ Der Untersuchungsrichter hofft trotzdem, den Schlüssel aufzufinden, und zwar speziell unter den bei Martin beschlagnahmten Papieren. Es handelt sich um über 150 Personen, hauptsächlich Politiker und Journalisten, die von Duez Bestechungen erhielten.

Auch Mitglieder der Rechten scheinen durch die Enthüllungen über die guten Gewinne, welche die Kongregationen erzielt haben, und über das Zusammenarbeiten gewisser Kongregationen mit dem verbrecherischen Liquidator kompromittiert. Ministerpräsident Briand hat bereits am Freitag in der Kammer mehrere Anspielungen hierauf gemacht, auf welche die Rechte scharf zurückkommen und deren Präzisierung sie kaum wünschen dürfte. Es ist daher wahrscheinlich, daß die Debatte in der Kammer keine politische Wendung nimmt. Weiter wird mitgeteilt, daß Briand im Laufe einer Unterredung über die Angelegenheit erklärte, für den Fall, daß in der Kammer ein Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gestellt werden sollte, würde er erklären, daß ein solcher Ausschuss zu ekellos sei angesichts des bereits im Senate bestehenden Ausschusses. Man würde nicht wissen, welchem dieser beiden Ausschüsse die notwendigen Schriftstücke zuerst ausgehändigt werden müßten. Uebrigens werde die Kammer in drei Wochen auseinandergehen, denn es sei zweifelhaft, ob bis dahin der Untersuchungsausschuss seine Arbeiten beendet haben würde.

Paris, 14. März. Die Deputiertenkammer schloß heute die Verhandlung der Interpellationen über die Liquidatoren fort. Minister Millerand erwiderte auf die Zwischenfrage, welche zwei Deputierte der Rechten in der Sitzung am Freitag gemacht hatten. Er habe für den Liquidator Duez in einem Prozeß plädiert, in welchem besonders schwierige Prinzipienfragen auf dem Spiele standen hätten und weil er seiner Ansicht nach nicht das Recht gehabt habe, sich der Verteidigung eines Wertes des Ministeriums Wadde zu entziehen, dem er selber angehört habe. Millerand erinnert daran, daß er sich bereits gegen die Anschuldigung eines Senators der Rechten gerechtfertigt habe, in diesem Prozeß 10 000 Franc erhalten zu haben. Diese Honorare stellen in Wirklichkeit die Kompensationen für eine jahrelange Arbeit für Ratsschläge, Konsultationen, und Plaudereien sowohl in Paris wie in der Provinz dar. Millerand versicherte zum Schluß unter dem Beifall der Linken, es gäbe in seinem ganzen Leben keine einzige Handlung, die er nicht laut bekennen könne. Hierauf erklärte Justizminister V a r t h o u, daß die Wahl der Liquidatoren nicht von politischen Erwägungen geleitet worden sei. Die Regierung wolle nichts verbergen. Die Verantwortlichkeiten werden festgelegt und die notwendigen Bestimmungen getroffen werden. Die Regierung werde die Aufmerksamkeit der Gerichte auf gewisse Urteile lenken, welche infolge von Abmachungen zwischen den Liquidatoren und den Kongregationen vorgekommen seien. V a r t h o u formulierte seinen Vorbehalt gegenüber den Dokumenten, deren sich Jaurès in der Angelegenheit der Grande Chartreuse bedient habe. Die Strafkammer in Grenoble habe die Vermutung zurückgewiesen, daß ein betrügerisches Unternehmen bestanden habe zwischen dem Liquidator und dem Industriellen, dem der Zuschlag für die Werke Grande Chartreuse erteilt worden sei. Wenn die Rechtmäßigkeit von Strafverfügungen betreffend den Liquidator Recouturier dargelegt wäre, so würden diese Verfügungen erlassen werden. Was Duez anbetrifft, so habe die Regierung ihre volle Schuldigkeit getan. Die Staatsanwaltschaft und der Minister hätten die Notwendigkeit seiner Verhaftung festgestellt V a r t h o u kündigte sodann die Reorganisation der Adversität der Liquidatoren an, die einer scharfen Kontrolle unterstellt werden würde. Der Minister forderte zum Schluß alle Republikaner auf, die Regierung bei der Enthüllung

aller Delikte zu unterstützen, um alle Schuldigen zu bestrafen. (Beifall).

Der Progressist Beaugard erklärte, die Majorität, welche nicht gewillt habe, daß die Liquidationen der Kongregationen auf administrativem Wege durchgeführt würden, sei verantwortlich für die jetzige Lage der Dinge. Der Progressist Prache sprach sich in demselben Sinne wie Beaugard aus, worauf die Verhandlungen auf morgen vertagt wurden.

Spanien.

Gegen den Merkantilismus.

Baragona, 13. März. Nach einer Versammlung, die heute hier abgehalten wurde, um gegen die Leinwandfabriken zu protestieren, kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Katholiken und deren Gegnern. Nachdem die Polizei wiederholt eingeschritten war, wobei mehrere Personen verwundet wurden, wurde die Ruhe wiederhergestellt.

England.

Die Marineebatte.

London, 14. März. Unterhaus. Der erste Lord der Admiralität, R. C. Kenna, brachte den Voranschlag des Marinebudgets ein und führte aus, daß nur die dringendste Notwendigkeit, die Sicherheit des Landes zu sichern, solche Summen rechtfertige, wie sie in dem Voranschlag enthalten seien. Wenn aber diese Rechtfertigung vorhanden sei, so sei er überzeugt, daß sowohl das Haus wie das Land ebenso bereit seien, Opfer zu bringen, wie früher. Er erwarte eine Kritik aus dem oppositionellen Lager, hoffe jedoch nachzuweisen, daß der Voranschlag weder übertrieben noch ungenügend sei. Es seien in dem Voranschlag zwei Schiffe nicht erwähnt, welche von den Regierungen von Australien und Neuseeland gebaut würden. Diese Schiffe werden im Sommer 1912 vollendet sein. Sie würden jedoch die europäischen Gewässer nicht verlassen bis gegen das Ende des Herbstes, wo die fünf Schiffe des neuen englischen Flottenprogramms ihrer Vollendung entgegengehen würden.

Mac Kenna führte weiter aus: Die tatsächliche Stärke unserer Flotte in den Heimatgewässern an Dreadnoughts und Kreuzern wird dann folgende sein: Wir werden im März 1912 20 von diesen Schiffen besitzen, im Sommer 1913 zwei weitere Schiffe der Kolonien, und bevor diese unsere Gewässer verlassen haben, werden fünf Schiffe des neuen Programms sich ihrer Vollendung nähern. Wir können daher gewiß sein, daß während des ganzen Jahres 1913 bis zum 31. März 1914 unsere absolute Ueberlegenheit an Schiffen des neuen Typs gesichert ist. Hinter diesen Schiffen befindet sich eine unvergleichliche Flotte älteren Typs. Er behauptete daher, daß die britische Flotte im strengen Sinne des Wortes den Zweimächtestandard behauptet, er behaupte, daß er nicht die geringste Hoffnung auf irgend eine künftige in Betracht kommende Minderberung des Budgets machen könne.

Bei der Aufstellung des Budgets habe sich die Admiralität von der Maßnahme auf die bestehenden Flottenprogramme der anderen Länder leiten lassen. Er hoffe nicht, daß das Haus von ihm ein Eingehen auf diese Programme im Einzelnen erwarte. Im vergangenen Jahre habe er es mit Bezug auf das Programm eines Landes getan und er habe sich damit Schwierigkeiten geschaffen. Wenn er auch noch so bemüht und mit noch so sorgfamer Vermeidung jeder Art von Uebertreibung der Admiralität bekannte Tatsachen anführen würde, so würde sich eine gewisse Presse sofort derselben bemächtigen und eine Panik schaffen. Wenn er aber Tatsachen nicht anführe, so werde er sicher von der Opposition beschuldigt werden, daß er Geld ohne hinreichende Begründung verlange. Er ersuche daher das Haus, sich mit der Erklärung zu begnügen, daß während des letzten Jahres keine Verminderung fremder Flottenbau-Programme stattgefunden habe.

Eine Prüfung der Entwicklung der Weltflotten und der fremden Flotten würden das Programm der Admiralität rechtfertigen. Robert H a r c o u r t unterbrach den Redner mit dem Zwischenruf: „Kann uns Mac Kenna nichts über die dreizehn oder vierzehn deutschen Dreadnoughts im Jahre 1912 mitteilen, welche den Grundzug der vorjährigen Debatte gebildet haben? Mac Kenna antwortete, augenblicklich hat Deutschland dreizehn Dreadnoughts im Bau. Nach seinem Programm sollen vier weitere Schiffe im Laufe des Jahres 1910/11 begonnen werden, nach dem deutschen Gesetz können diese Schiffe an jedem Tage des Jahres 1910/11 begonnen werden. (Beifall der Opposition.)

Mac Kenna schloß: Wenn die vier Schiffe des deutschen Bauprogramms per 1910/11 am 1. April auf dem Kiel gelegt werden können, und wenn irgend eine Notwendigkeit oder ein Entschluß vorliegt, es zu tun, so können sie, glaube ich, so schnell vollendet werden, als die „Kassau“ oder „Weifalen“, und so sollten vier weitere Dreadnoughts in 2 Jahren 2 Monaten in Dienst gestellt sein. Wir aber treffen hinreichende Maßregeln gegen jede Möglichkeit. Ich hoffe, daß das, was ich gesagt habe, nicht als Grund für eine Panik angesehen werden wird, daß eine befreundete Macht ihr Programm in irgend einer feindseligen Absicht gegen uns beschleunigt. Aber wir haben für unser Vauen mit Tatsachen zu rechnen, und wir entsprechen diesem Gebote der Vorsicht jetzt durch ein Bauprogramm von fünf großen Panzerschiffen, um und gegen jede mögliche Gefahr zu sichern und um die Suprematie des britischen Reiches auf den Meeren aufrecht zu erhalten.

Bulgarien.

Ein blutiger Zusammenstoß.

Sofia, 14. März. In Ruschuk hat ein blutiger Zusammenstoß zwischen Militär und der Volksmenge stattgefunden. Die Ursache ist nach der amtlichen Darstellung darin zu suchen, daß die Menge eine Türkin, die gegen den Willen der Eltern einen Bulgaren geheiratet hatte, aus dem Volksgewalt befreien wollte. Der Pöbel griff das Militär mit Steinwürfen an und schloß auch auf die Soldaten, worauf eine Salve zunächst in die Luft abgegeben, und, nachdem General Dimitriew verwundet worden war, auch eine scharfe Salve abgefeuert wurde. Die Zahl der Getöteten wird mit 17 und die der Schwerverwundeten mit 22 angegeben. Auch wurden mehrere Personen leicht verwundet. Vor dem Hause des Divisionsgenerals Dimitriew bei der Volksmenge mit schwarzen Fahnen demonstriert und die Fenster eingeworfen. Die Türkin, bereutwegen die Demonstration entstand, soll mit ihrem Entführer, einem bulgarischen Panbeamten, nach Rumänien entflohen sein.

Argentinien.

Präsidentenwahl.

Buenos Aires, 14. März. Die Wahlen der Delegierten für die im Juni stattfindenden Wahlen des Präsidenten und des Vizepräsidenten haben stattgefunden. Die Gewählten gehören zum großen Teil der Partei an, die für Saenz Pena eintritt; die Anhänger von Urquiza enthielten sich der Abstimmung.

Gewerkschaftliches.

Sozialdemokratische und konservative Moral.

Eine Kollig der „Freisinnigen Zeitung“, nach welcher der Maurerverband es ablehnte, Sterbegeld für die Frau eines Mitgliedes zu zahlen, die 2 1/2 Jahre vor ihrem Tode von ihrem Manne getrennt lebte, macht die Kunde durch die ganze bürgerliche Presse. Alle Zeitungen entrüsten sich in ihrer Art. Bemerkenswert ist aber die Entrüstung der „Kreuz-Zeitung“. Das fromme Junkerblatt findet in dem Umstand der Ablehnung der Auszahlung des Sterbegeldes einen Beweis, daß die Sozialdemokraten die Ehe untergraben wollen. Dieser Beginn des Umsturzes der bestehenden Gesellschaftsordnung wird wie folgt gebrandmarkt:

„Die Sozialdemokraten pflegen mit Entrüstung zu befehlen, daß sie darauf ausgehen, die Ehe zu untergraben. In dem Schreiben des Vorstandes des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands“, der die vorstehenden Auslassungen unterzeichnet hat, liegt ein bündiger Beweis für diese zerschenden Bestrebungen vor. Hier steht man, was für Auffassungen die führenden „Genossen“ von der Ehe haben. Es ist, als befänden wir uns heute schon in dem von Webel in seinem Buche „Die Frau“ geschilderten Zukunftsstaate: „Der Kollege Laubinger kummerie sich nicht um seine Frau; wir müssen die Ehe deshalb als geschieden ansehen.“ So „verfügt“ der Verbandsvorstand. Dieses Verhalten eröffnet für die Ehefrauen organisierter Arbeiter recht angenehme Aussichten. Es beleuchtet aber auch die Moral, die in den leitenden sozialdemokratischen Kreisen herrscht, in sehr deutlicher und lehrreicher Weise.“

Der Gedanke, daß eine Ehe, die nicht durch Urteil eines preussischen Landgerichtes geschieden ist, als nicht mehr bestehend betrachtet wird, dünkt dem Junkerblatt so revolutionär, daß der Vorgang gebührend hervorgehoben werden muß. Dieses Mal hat das Junkerblatt aber Pech mit seiner Entrüstung, denn es bringt die Verbündeten Regierungen und seine eigenen Parteigenossen in den Verdacht umfängerischer Bestrebungen.

In der Novelle zum Unfallversicherungsgesetz, welche die Verbündeten Regierungen am 17. November 1898 des Reichstages vorlegte, lautete der zweite Absatz des § 6a:

„Der Anspruch der Witwe eines durch Unfall verstorbenen Mannes ist ausgeschlossen, wenn die Ehe erst nach dem Unfall geschlossen worden ist. Der Anspruch kann ganz oder teilweise abgelehnt werden, wenn die Ehefrau ohne gesetzlichen Grund die eheliche Gemeinschaft aufgehoben, vor dem Unfall seit mindestens einem Jahre von ihrem Ehemann getrennt gelebt und ohne seine Beihilfe ihren Unterhalt gefunden hat.“

Der selbe Passus fand sich wieder in der Novelle von 1900. Damals bekämpften die Sozialdemokraten die Ausschließung der Witwenrente, indem sie die Streichung des Absatzes 2 beantragten, wie aus Nr. 728 Ziffer 6d zu ersehen ist, aber damals stimmten alle Konservativen gegen den Antrag und erkannten einer Reihe von Witwen den Rentenanspruch ab. Nun, da eine Gewerkschaft so handelt, wie die Konservativen es 1900 für Recht erkannten, erblickt das Organ des Herrn v. Seydewitz hierin den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung. Haben die Konservativen ihre Anschauung geändert? Dann werden sie bei Beratung der Reichsversicherungsordnung Gelegenheit haben, dieses „Untergraben der Ehe“ wieder aus den Unfallversicherungsgesetzen zu beseitigen.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Eisenbahnbranche! Die für heute Dienstag angeordnete Versammlung der Eisenbahnbranche findet wegen der Volksversammlung nicht statt.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Der Streik bei der Firma Leuschner vormals Kühlstein

wurde in einer außerordentlichen Branchenversammlung der Stellmacher, die am Sonntagvormittag im „Rosenhaller Hof“ stattfand, lebhaft besprochen. Die Stellmacher der Wagenfabrik von Leuschner, Charlottenburg, hatten sich geweigert, regelmäßig Überzeit zu arbeiten, gemäß dem Beschlusse ihrer Organisation. 40 Mann hatten ein Schriftstück unterzeichnet, worin ihre Weigerung dem Chef der Firma mitgeteilt wurde. Eine Kommission von vier Mann überbrachte das Schriftstück; diese Kommission wurde aber sehr anmaßend behandelt und mit Entlassung aus der Arbeit bedroht. Die Firma verlangte streng, daß Überstunden gemacht werden; der Obermeister sagte sogar, daß man lieber bei Tage etwas langsamer arbeiten konnte, wenn man nur die verlangten Überstunden mache. Die Arbeiter beharrten in ihrer Weigerung und stellten noch eine Reihe von Forderungen auf in bezug auf einen Akkordtarif, Mindestlöhne und den Arbeitsnachweis. Die Firma ließ sich aber auf nichts ein; die Stellmacher, durch die plötzliche Entlassung von drei Kollegen noch besonders erregt, standen nun vor der Frage eines Streiks, der am Dienstag mit 27 gegen 5 Stimmen beschlossen wurde. Schon am nächsten Tage meldeten sich 35 Mann zur Streikkontrolle. Den Streikposten machte die Polizei sofort Schwierigkeiten, und die Posten wurden außerdem noch belästigt durch das Kontorpersonal. Der Obermeister Brümml bemüht sich sehr darum, Streikbrecher heranzuziehen. Am Freitag fand eine Betriebsversammlung statt, in der über vermerkt wurde, daß von den Sattlern kein Mann erschienen war. 15 Stellmacher sind noch in Betriebe beschäftigt; diese werden von den Streikenden nicht gefährdet, denn die Firma braucht jetzt viele gute Kräfte. Die Geschäftslage ist im allgemeinen sehr günstig für die Stellmacher, die überall viel zu tun haben. Die Streikenden fordern ihre Kollegen dringend auf, keine Streikarbeit zu verrichten!

Der Branchenleiter hob in der Versammlung am Sonntag hervor, daß gegenwärtig die beste Gelegenheit vorhanden sei, in den verschiedenen Fabriken für günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten. Als Vorbedingung dazu müsse aber der Anschluß an eine starke Organisation, an den Deutschen Holzarbeiterverband, erfolgen.

Er schilderte, wie die Stellmacher in den letzten Jahren ihre Pflichten gegenüber der Organisation vernachlässigt haben und wie die Verhältnisse im Verufe gerade dadurch immer schlechter wurden. Die gegenwärtige gute Konjunktur im Verufe sollte zum Wehen der Organisation und damit zur Hebung der Lage der Stellmacher ausgenutzt werden.

Achtung, Schuhmacher! In der Schuhfabrik von Kaelz, Kaiserstr. 11/12, sind Differenzen ausgebrochen. Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands.

Streik im Rixdorfer Krankenhaus.

Das gesamte männliche Personal des Rixdorfer Krankenhauses, Pfleger, Wärter und Hausdiener, hat am Montag früh die Arbeit niedergelegt. Die Differenzen entstanden infolge der Verweigerung der Ausgehzeit. Während anfänglich das Personal die Erlaubnis hatte, nach Beendigung der Arbeiten abends auf einige Zeit die Anstalt zu verlassen, wurde die Erlaubnis kürzlich zurückgezogen. Am Freitag, den 11. d. M., nahm eine Versammlung des Personals zu dieser Angelegenheit Stellung. Ein Teil des Personals hatte an dieser Versammlung, die übrigens in der nächsten Nähe der Anstalt stattfand, teilgenommen, ohne Urlaub zum Verlassen der Anstalt. Redakt.: Carl Vermuth, Berlin-Rixdorf. Inseratverantw.: E. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druck u. Verlagsanstalt

der Anstalt zu haben. Am Montag früh erhielten nun diese Leute ihre Kündigung. Aus Solidarität legte nun auch das übrige männliche Personal die Arbeit nieder. Die sofort eingeleiteten Verhandlungen verliefen resultatlos. Wohl hatten sich die Streikenden in der Verhandlung mit Herrn Bürgermeister Weierich bereit erklärt, die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn ihnen die Verfügung über ihre freie Zeit nach Feierabend gewährt werde; als sie sich aber auf Grund dessen im Krankenhaus meldeten, wurden sie vom Direktor Nagel unter Androhung mit der Anwendung des Hausfriedensbruchparagraphen aus der Anstalt verwiesen.

Damit ist der Streik perfekt. Wir richten an das Personal der Heilanstalten das Ersuchen, keine Engagements nach dem Rixdorfer Krankenhaus einzugehen.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Ortsverwaltung Berlin, SO. 10, Engelauer 14.

Achtung, Tapezierer! Wegen der heutigen Protestversammlungen fällt die zu heute anberaumte Verbandsversammlung aus. Das Nähere wird noch bekannt gemacht. Die Verbandsleitung.

Die zentralen Verhandlungen im Baugewerbe sind abermals gescheitert!

Die Verhandlungskommission des Arbeitgeberbundes und der vier in Frage kommenden Zentralverbände der Arbeiter traten am 9. und 10. März erneut zur Verhandlung zusammen, um eine Einigung zu versuchen.

Im November sind diese Körperschaften schon einmal zusammen gewesen, ohne daß eine Verhandlung in irgendeinem wesentlichen Punkte erfolgt wäre. Die Situation ist schwierig und eigenartig. Der Arbeitgeberbund ist es nämlich, der das Alte stürzen und Neues, wenn auch nichts Besseres, an Stelle des Bisherigen setzen will. Er unterbreitete den Zentralverbänden Forderungen, die das bisherige Vertragsverhältnis auf eine völlig andere Grundlage stellen. In dem von den Unternehmern unterbreiteten Vertragsmuster erblickten die Arbeiterverbände ein Mittel zur Bekämpfung ihrer Organisationen, und es verläßt auch in Wirklichkeit die Grundlagen der Parität und tastet die Gleichberechtigung der Organisationen an.

Die Zentralverbände haben nur wenige Anträge und Änderungsanträge eingebracht, die die Grundlagen des Bestehenden aber durchaus nicht berühren.

Die Verhandlung verlief ebenso resultatlos wie die im November. Nur in nebensächlichen Dingen ist ein Ausgleich erzielt worden; in allen Fragen von sachlicher und prinzipieller Bedeutung sind sich die Parteien keinen Schritt näher gekommen.

Strittig blieben die Fragen:

1. Ob ein Vertrag nach dem Wunsche des Arbeitgeberbundes von Zentralvorstand zu Zentralvorstand abgeschlossen werden soll. Die Arbeitnehmer lehnen diesen Antrag ab und wünschen, daß die örtlichen Organisationen Träger der Verträge bleiben.
2. Die Arbeitgeber verlangen, daß der Vertragslohn, der bis jetzt in 65 Proz. der Vertragsgebiete ein Einheitslohn oder Minimallohn war, jetzt nur für gelernte und tüchtige Gesellen und für geübte und tüchtige Hilfsarbeiter gelten soll. Wer tüchtig ist, bestimmt nur der Arbeitgeber. Diese Verschlechterung lehnen die Arbeiter ebenfalls ab.
3. Die Zentralverbände sollen anerkennen, daß während der nächsten Vertragsdauer eine Verkürzung der Arbeitszeit unter 10 Stunden nie eintreten darf.
4. Die Akkordarbeit war bisher zulässig. Es konnte aber jeder die Akkordarbeit verweigern, und die Organisationen durften durch Auffklärung und Beschlüsse auf die Mitglieder in dieser Beziehung einwirken. Jetzt sollen sich die Parteien verpflichten, jeder hin und her den Einflußnahme sich zu enthalten. Den Arbeitgebern soll aber eine fördernde Maßnahme nicht verboten sein.
5. Im alten Tarif unterliegen die Preise besonderer Vereinbarung. Jetzt sollen sich die vertragsschließenden Organisationen ausdrücklich verpflichten, vor und nach der Vereinbarung der Akkordpreise keinerlei Einfluß auf ihre Mitglieder auszuüben.
6. Die Anerkennung dieses Verlangens müssen die Arbeiter ablehnen. Sie fordern nur die Beibehaltung des bisherigen Zustandes, mit der Maßgabe, daß dieser Paragraph aus dem zentralen Muster entfernt und den Ortsverträgen zugesetzt werden soll, in deren Geltungsbereich Akkordarbeit üblich ist. Um einem etwaigen Irrtum vorzubeugen, sei ausdrücklich bemerkt, daß die Beseitigung der Akkordarbeit nicht gefordert wird.
7. Der Arbeitgeberbund verlangt dann die tarifliche Anerkennung seiner unparitätischen Arbeitsnachweise. Die Arbeitnehmer sollen sich ausdrücklich zur ausschließlichen Benutzung dieser Nachweise verpflichten.

Diesem im gewerkschaftlichen Leben wohl ohne Beispiel bestehenden Verlangen sehen die Zentralverbände ein kategorisches Nein entgegen.

Das sind die hauptsächlichsten Differenzpunkte, außer vielen kleinen und kleineren.

Der Deutsche Arbeitgeberbund wird nun am 22. d. M. eine außerordentliche Hauptversammlung in Dresden abhalten, auf der er aller Wahrscheinlichkeit nach bereits Maßnahmen ergreifen wird, mit denen er glaubt, die Zentralverbände zur Anerkennung seiner unzulässigen Forderungen zu zwingen, nämlich: die Aussperrung anzuordnen, oder wie es in salonfähigerem Tone heißt, die Geschäfte und Betriebe zu schließen.

Der Arbeitgeberbund wird den Zentralverbänden umgehend seine Entschlüsse mitteilen und die Arbeiterverbände werden auf ihren eigens zu diesem Zweck einberufenen Verhandlungen beraten, welche Antwort dem Arbeitgeberbunde gegeben werden soll. Sollte aber der Arbeitgeberbund weitere Verhandlungen wünschen, so erübrigen sich die Verhandlungen.

Alle Wetterzeichen deuten aber auf Sturm. Zunächst hat nun der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe das Wort. In seiner Hand wird es liegen, ob in den nächsten Wochen ein Krieg entbrennt von ungeheurem Umfange und unberechenbaren Folgen, oder ob dem Baugewerbe der Friede erhalten wird.

Streik in der Schwarzblechindustrie.

Die Schwarzblechschlosser Berlins befinden sich seit Anfang dieses Monats in einer Lohnbewegung. Die Forderungen, die sie an die Unternehmer gestellt haben, sind sehr bescheiden. Als Mindestlohn werden verlangt: für die Klempner und für die Schlosser 60 Pf. die Stunde, für die Schlosser, Schmiede und Zeugschmiede 60 Pf. Diejenigen Arbeiter, die diesen oder einen höheren Lohn schon haben, sollen eine Zulage von 5 Pf. zu ihrem Stundenlohn erhalten. Für die Hilfsarbeiter werden 45 Pf. als Mindestlohn verlangt. Die tägliche Arbeitszeit ist auf 9 Stunden festzusetzen. Sonnabends soll eine Stunde, am Tage vor den hohen Festen zwei Stunden früher Feierabend sein. Für Überzeitarbeit soll in den ersten zwei Stunden 25 Proz., in den zwei folgenden

60 Proz., für Nacht- und Sonntagsarbeit 75 Proz. Zuschlag gezahlt werden. Als Bauzulage werden 10 Pf. verlangt. Gestern abend hielten die Schwarzblechschlosser im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Versammlung ab, die von den 350 bis 400 Arbeitern, die in der Branche beschäftigt sind, fast vollständig besucht war. Während der Vertreter des Metallarbeiterverbandes, berichtete über den Stand der Bewegung. Zuerst hatten sich alle Firmen durchaus ablehnend verhalten, so daß die Arbeitsniederlegung unvermeidlich wurde. Inzwischen fanden sich jedoch zwei Firmen zu Verhandlungen bereit und bewilligten. In diesen Betrieben ist die Arbeit nun wieder in vollem Gange. Einmütig im Streik steht jedoch die Arbeiterschaft bei den Firmen Koldenhauer und Rehdorf, Förster und Runge und Baum. Unter den Streikenden sind Leute, die viele Jahre bei einem und demselben Unternehmer beschäftigt waren, bei Förster und Runge solche, die 5 bis 45 Jahre der Firma ihre Arbeitskraft opfereten. Sie hatten nicht erwartet, daß dieser Unternehmer, der sich sonst in Worten so human zu zeigen pflegte, nun so brutal zu handeln vermöge. Die Arbeitgeber haben übrigens einen Verein gegründet, dessen Vorsitzender Herr Koldenhauer ist. Sie haben sich auch schon in einer Versammlung mit den Forderungen befaßt, dabei aber, wie verlautet, nicht viel mehr getan, als einander vorzuwerfen, daß sie zu hohe Löhne zahlen; obwohl gerade das Gegenteil der Fall ist. Herr Koldenhauer scheint seine Hoffnung darauf gesetzt zu haben, von Hirsch-Dunderschen Gewerkschaft Arbeitswillige zu erhalten. In der gestrigen Versammlung erklärte jedoch der Vertreter Joseph vom Gewerkschaftsverein Klipp und Star, daß seine Organisation ebenfalls hinter der Forderung stehe und weit davon entfernt sei, Streikbrecher zu liefern. Nur bleibt als Streikbrecherlieferant nur noch der bekannte Herr Lebus übrig, aber der hat keine Leute an der Hand, die die Streikenden irgendwie ersetzen könnten. Daß die Streikenden selbst treu im Kampfe aushalten, wenngleich sie stets zu Verhandlungen bereit sind, ging aus dem ganzen Verlauf der Versammlung hervor. In der Diskussion kam auch die Anregung, wenn es zweckmäßig erscheint, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen. Während erklärte darauf, daß gegen diesen Schritt durchaus nichts einzuwenden wäre.

Da die Unternehmer versuchen, von auswärts brauchbare Arbeitskräfte heranzuziehen, werden alle arbeiterfreundlichen Blätter ersucht, von dem Streik Notiz zu nehmen und vor Zugug nach Berlin zu warnen.

Deutsches Reich.

Achtung, Metallarbeiter! In Dresden ist Streik, deshalb ist Zugung nach Dresden fernzuhalten. Kein Kollege darf ein Arbeitsangebot nach Dresden berücksichtigen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Ein Notizheft der oberpfälzischen Glasarbeiter.

In den bayerischen Spiegelglas-Schleifereien und Polierereien, die in der Oberpfalz 2500 Arbeiter beschäftigen, herrschen geradezu entsetzliche, fast ungläubliche Zustände, dergleichen außer vielleicht in wenigen Zweigen der Heimarbeit nur noch aus dem Grevelin der englischen Industrie der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts bekannt sind. Bis zur Unerschwinglichkeit verschärft wird das Los der bayerischen Spiegelglasarbeiter noch dadurch, daß die Glasbarone, um die Marktpreise hoch zu halten, sehr häufig willkürlich die gesamte Industrie einfach stilllegen, während sie sonst die Arbeitskraft dieser Proletarier über alles bisher erhörte ausbeuten.

So hängen die Verhandlungen einer Konferenz, die der Zentralverband der Glasarbeiter am Sonntag zur Besprechung dieser gräßlichen Zustände in Weiden (Oberpfalz) abhielt, in einem wahren Notizheft aus.

Die sehr stark, aus den fernsten Tälern des bayerischen Waldes, besuchte Konferenz stellte folgende Forderungen auf:

1. Einführung der 12stündigen Arbeitszeit auf allen Schleif- und Polierwerken.
2. Beseitigung der Nachtarbeit.
3. Schaffung von festen Wochenlöhnen.
4. Beseitigung des jetzigen Zwischenmeisterstystems und Anstellung der Poliermeister zu festen Wochenlöhnen.
5. Vollständige Entschädigung bei Betriebsverstellungen in der Höhe des Arbeitslohnes.
6. Schaffung menschenwürdiger Wohnungen.
7. Trennung der Wohn- und Arbeitsräume.
8. Gesundheitliche Einrichtung der Werke, entsprechende Beheizung und Beleuchtung.

Unter donnernden Hochrufen auf die freie Gewerkschaft, den Zentralverband der Glasarbeiter Deutschlands, gingen die Arbeiter auseinander.

Ausland.

Streifenbahnerstreik in Rom.

Rom, 14. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Gestern unterbrachen Tramwayner Roms den Dienst, um eine Generalversammlung zur Forderung einer Lohnerhöhung abzuhalten. Heute maßregelte die Gesellschaft das gesamte Agitationskomitee, weshalb alle Tramwayner den Ausstand proklamierten. Der Tramwayverkehr ruht vollkommen. Zwischenfälle ereigneten sich nicht.

Drohender Eisenbahnerstreik in Wild-West.

Chicago, 14. März. Der Präsident des Verbandes der Lokomotivführer und Heizer hat den Direktoren der Eisenbahnen zwischen Chicago und der pazifischen Küste mitgeteilt, daß der Streik unvermeidlich sei, wenn die Streitfragen nicht einem Schlichtergericht unterbreitet würden.

Chicago, 14. März. Die Forderungen der Lokomotivführer und Heizer sind abgelehnt worden.

Versammlungen.

Verband der Leberarbeiter. Die Ortsverwaltung Berlin hielt am Sonntag ihre Mitgliederversammlung ab. Hinz berichtete über den Streik bei der Firma Samter. Mit der Bewilligung von 15 Pf. pro Duzend, die die Firma zugestand, wollten sich nun die betreffenden Arbeiter zufrieden erklären, jedoch stößt das Verlangen der Firma, einen Tarif auf drei Jahre abzuschließen, auf starken Widerstand. Ein Antrag Runge, daß die Kollegen von Samter mit dem Vorstand der Organisation die Tariffrage in einer einberufenen Sitzung einer Besprechung unterziehen sollen, wird angenommen.

Ein weiterer Antrag, die Organisation möge eine bestimmte Summe im Gewerkschaftshaus anlegen, wird abgelehnt. In den Vorstand wird Weich gewählt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein Menschenpeiniger gestorben.

New York, 14. März. (D. G.) Der frühere Kameruner Kanzler Leiff ist gestorben.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hier zu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

57. Sitzung Montag, den 14. März, mittags 12 Uhr. Am Bundesratsstische: Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg, Dr. Delbrück, Bernuth, Lisco, v. Schoen. Auf der Tagesordnung steht zunächst der

Etat des Reichskanzlers.

Dazu liegen eine Reihe von Anträgen vor. Die Abg. Albrecht (Soz.) und Genossen beantragen eine Abänderung der Verfassung dahin, daß Elsaß-Lothringen zum Bundesstaat erhoben und den übrigen Bundesstaaten verfassungsmäßig völlig gleichgestellt wird sowie daß die auf Grund der neuen Verfassung einzulebende Volksvertretung aus dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht hervorgehen soll.

erner wünschen sie Vorlegung eines Gesetzentwurfs, wonach der Reichskanzler für seine Ausführung dem Reichstag verantwortlich ist, diese Verantwortlichkeit sich auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers erstreckt und die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers von einem Staatsgerichtshof geregelt wird.

Ein dritter Antrag Albrecht wünscht eine Ergänzung des Wahlgesetzes nach in dieser Session dahin, daß Neuwahlen, die während einer Legislaturperiode notwendig werden, innerhalb 60 Tagen vorgenommen werden müssen.

Die Abg. Prinz Schönauich-Carolath (natl.) und Genossen beantragen, daß nach dem Beispiel zahlreicher anderer Staaten zur Unterstützung der Bestrebungen für die internationale Schiedsgerichtsbewegung eine Beihilfe in den nächstjährigen Etat eingeseht wird.

Endlich beantragen die Abg. Wasser mann (natl.) und Genossen Abänderung des Wahlreglements in der Richtung der Sicherung der geheimen Wahl.

Abg. Dr. Sanderfischer (Z.): Wir stimmen dem Antrag Albrecht betr. Elsaß-Lothringen zu. Dem Landesausfchuh fehlen wichtige Rechte, z. B. das Interpellationsrecht. Leider ist in der Zeit der 40jährigen Jugendzeit Elsaß-Lothringens zum Reich nicht das mindeste geschehen, ihm eine bundesstaatliche Verfassung zu geben. Ich bitte den Reichskanzler dringend, endlich sich zu dieser Verfassung zu entschließen. Zugleich habe ich aber namens der Zentrumspartei zu erklären, daß wir an die Regelung der Verfassung nicht anders gehen werden als zugleich mit der Regelung des Wahlrechts für den Landtag und daß da für Elsaß-Lothringen nur das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht in Betracht kommen kann. Der Reichskanzler hat jüngst das Reichswahlrecht für Bayern, Württemberg, Baden wegen der süddeutschen Eigenart für berechtigt erklärt; das trifft auch für Elsaß-Lothringen zu, und deshalb danke ich dem Reichskanzler im Voraus. (Heiterkeit.) Wir Elsaß-Lothringer wollen gute Patrioten sein, aber die Vaterlandsliebe wird uns recht schwer gemacht durch die außerordentlichen Verhältnisse. Die außerordentlich schwere Bestrafung Wetterlé zu 2 Monaten Gefängnis hat große Erregung hervorgerufen, und im Landesausfchuh wurden die Richter offen der Parteilichkeit bezichtigt! Die deshalb angestrenzte Disziplin-Untersuchung hat zwar etwas direkt Belastendes in dieser Hinsicht nicht ergeben (Na, also recht), aber sie hat doch Dinge enthüllt, die den Präsidenten des Landesgerichts Colmar schwer belasten. (Hört! hört! im Zentrum.) Die Elsaß-Lothringer haben bei allen nationalen Aufgaben mitgewirkt und auch bei der Reichsfinanzreform nicht versagt (Veh. Just. i. Z.); wir können verlangen, daß uns in der Agitation nicht von der Regierung vorgezwungen wird, wir treiben antinationale Politik. (Veh. Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. Grégoire (Vid. Lothringer): Die Wahlrechtsfrage ist ein interpretierender Teil der Verfassungsfrage. Das allgemeine Wahlrecht hat in Elsaß-Lothringen eine hundertjährige Geschichte; in den Gemeinden und in den Kreisen hat es sich bewährt! (Hört! hört! links.) Die Ereignisse von 1870/71 haben einen unwiderstehlichen Zustand geschaffen. Nach einem blutigen Kriege ist Elsaß-Lothringen in deutschen Besitz übergegangen; man kann aber nicht von den Elsaß-Lothringern verlangen, daß sie der Freiheit ver-

lassen, die sie Frankreich verdanken, und man wird ein gewisses Gefühl der Scham, das sie befeht, verstehen. Die Pflicht der moralischen Eroberung, die Deutschland übernahm, als es sich auf Grund des Kriegrechts Elsaß-Lothringen angliederte, ist keineswegs immer in ausreichendem Maße erfüllt worden. Redner verliest einen Artikel der „Täglichen Rundschau“, der von Beschimpfungen der „schmutzigen, indolenten Lothringer“ wimmelt. (Zuruf v. d. Soz.: Der gute Ton!) Diese gemeinen Verdächtigungen eines lokalen Volkstammes sind um so gefährlicher, als bekanntlich der Kaiser stets die Loyalität der Elsaß-Lothringer anerkannt hat! Das Gefühl des Unbehagens über die Verzögerung der Wahlrechtsfrage könnte leicht zu einer Erbitterung führen, die unheilvolle Konsequenzen nach sich ziehen könnte. Wir wollen nicht länger Deutsche zweiter Klasse sein. Die Gewährung der Autonomie an Elsaß-Lothringen würde auch die Spannung zwischen Frankreich und Deutschland vermindern, und das kann nur im Interesse des Weltfriedens liegen.

Abg. Böhle (Soz.):

Ich will mich nicht auf den Streit einlassen, ob Elsaß-Lothringen eine republikanische oder eine andere Verfassung haben soll. Viel mehr Wert legen wir auf unsere Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen, direkten Wahlrechts, weil die Schaffung demokratischer Einrichtungen nach unserer Auffassung allein die Garantie einer ruhigen Entwicklung der Verhältnisse bietet. Als 1871 die jetzige Verfassung eingeführt wurde, hat niemand geglaubt, daß sie 40 Jahre in Elsaß-Lothringen bestehen werde. Fürst Bismarck deutete damals an, daß dieses Gesetz den Charakter eines Uebergangsgesetzes tragen solle. (Hört! hört!) Desto bedauerlicher war die Rede des jetzigen Herrn Reichskanzlers vom 18. Dezember vorigen Jahres, die in allen Parteien und in allen Schichten der Bevölkerung Elsaß-Lothringens die größte Enttäuschung hervorgerufen hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man fragte sich ganz allgemein: Was haben wir denn verbrochen, daß man Garantien von uns verlangt? Der Herr Reichskanzler hat die Weihenburger Feier angeführt. Demgegenüber möchte ich betonen, daß die große Mehrzahl der dortigen Bevölkerung dieser Feier ganz kühl gegenüberstanden hat. Hauptächlich diejenigen, die Angehörige damals verloren hatten, waren an der Feier beteiligt. Wer den Weltfrieden will, möchte sich fragen, daß es endlich an der Zeit ist, die Gegensätze zwischen Frankreich und Deutschland zu vermindern. Die Weihenburger Feier ist vor allem von der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ und den „Hamburger Nachrichten“ ausgeschlachtet worden, und das ist sehr verständlich, denn diese sind Gegner des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts und hatten ein Interesse daran, Stimmung gegen die Elsaß-Lothringer und ihre Bestrebungen auf die Einführung eines solchen Wahlrechts zu machen.

Der Reichskanzler hat damals auch die Affäre Wegelin in Rülpsen erwähnt. Was hat es aber zu sagen, wenn ein betrunkenen Mann eine deutsche Militärkapelle veranlaßt, die Marschmusik zu spielen? Das ist doch wirklich kein Anlaß, um die Beunruhigung Deutschlands zu steigern und an der Loyalität der deutschen Elsaß-Lothringischen Bevölkerung zu zweifeln! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wegelin ist hart bestraft dadurch, daß er ausgewiesen ist. Der Unterstaatssekretär Jörn v. Busch hat im Landesausfchuh hervorgehoben, daß Wegelin nicht deshalb ausgewiesen sei, weil er die Marschmusik spielen ließ, sondern, weil es dabei zu einer Demonstration gekommen war. Er ist also zu Unrecht ausgewiesen, wozu noch kommt, daß er kein Elsaß-Lothringer, sondern ein Schweizer ist. Es ist geradezu unerhört, daß man fortgesetzt das Spielen und Singen der Marschmusik den Elsaß-Lothringern verbietet, während sie im übrigen Deutschland ruhig gesungen werden kann.

Der Reichskanzler hat dann auch von einer Beweiskunde des Landes gesprochen. Die Einführung des französischen Wahlrechts, die er anführte, hat aber nicht politische, sondern wirtschaftliche Gründe. Wenn die Elsaß-Lothringer sich trotz der vielfachen Polizeiverordnungen mit der Reichszugehörigkeit ausgeföhnt haben, so deshalb, weil sie sich wirtschaftlich Deutschland vollständig angepaßt haben. Die Zahl der Freiwilligen, die in das deutsche Heer eintreten, ist von Jahr zu Jahr gestiegen, da kann von einer Beweiskunde doch nicht die Rede sein. Der Prozeß Wetterlé war nach meiner Meinung eine politische Dummheit.

Ich hätte Wetterlé nicht beurteilt und ihm nicht den billigen Triumph beschafft, sich heute wieder als nationaler Held in Elsaß-Lothringen aufzuspielen.

Das jetzige Parlament in Elsaß-Lothringen ist vollständig ungeeignet, die Interessen des Volkes zu vertreten. Das haben gerade die letzten Vorgänge bewiesen. Nicht allein die Sozialdemokratie und die Demokraten verlangen eine Aenderung des jetzigen Zustandes, sondern auch die nationalliberale „Straßburger Post“! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es soll nicht gesungen werden, daß in den letzten Jahren die Abneigung gegen Allddeutschland in Elsaß-Lothringen zugenommen hat. Die große Mehrzahl der Elsaß-Lothringischen Bevölkerung ist demokratisch veranlagt. Herr Wetterlé soll ja neuerdings auch — Demokrat geworden sein. (Wetterlé: Immer gewesen vor Ihnen! Zuruf bei den Sozialdemokraten: Aber was für einer!) Wenn man die großen Umwälzungen bedenkt, die in Frankreich in der Richtung der Demokratisierung inzwischen erfolgt sind, daß die Kirche vom Staate getrennt und die Schule dem Alerus aus den Händen genommen ist, so leben wir demgegenüber in vollständiger Stagnation. Bei und werden der Bevölkerung nichts wie neue Lasten auferlegt! Ich bestreite ganz entschieden, daß der „Demokrat“ Herr Wetterlé damit einverstanden wäre, wenn das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht bei uns eingeführt würde! Es wird in Straßburg behauptet, daß nach Berlin außer den Behörden von den Zivilbehörden auch noch solche der Militärbehörde gehen, die ganz anders lauten! Der Reichskanzler wird nicht umhin können, über diesen Punkt Auskunft zu geben, damit dieser Legende ein Ende bereitet wird.

Wenn der Herr Reichskanzler gesagt hat, im Interesse des Reichsganges müßten Garantien gegeben werden seitens der Elsaß-Lothringischen Bevölkerung, so hat das die Zustimmung bezüglich der Reichszugehörigkeit in Elsaß-Lothringen nur vermehrt.

Die Reichsverdroffenheit

hat überhaupt in ganz Süddeutschland sehr zugenommen. Die Aeußerungen des Reichskanzlers über das Reichstagswahlrecht haben im gleichen Sinne gewirkt, ebenso die Haltung der Junker bei der Erbschaftsteuer. Die preussischen Junker und die preussische Regierung fördern die Reichseinheit, und man muß sich die Frage vorlegen,

ob Preußen noch die Führung in Deutschland behalten kann,

oder ob nicht dadurch die Kluft zwischen Nord- und Süddeutschland immer größer wird. Wenn sich in ganz Deutschland die Verhältnisse so zugespielt haben, kann man der Elsaß-Lothringischen Bevölkerung keinen Vorwurf daraus machen, wenn sie sich mit dem verfassungsmäßigen Zustand nicht befremden will und wenn die Reichsverdroffenheit zunimmt. Wenn Sie der Agitation gegen die Reichszugehörigkeit das Wasser abgraben wollen, müssen Sie das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für Elsaß-Lothringen einführen, und die Regierung wird gut daran tun, diesem Wunsch so schnell wie möglich zu entsprechen. (Vehhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Neumann (fortsch. Sp.): Als 1871 Elsaß-Lothringen als erobertes Land an Deutschland kam, sah es nicht an Stimmen, die es als die Erfüllung eines langersehnten Wunsches ansehen, daß nun endlich dieses verloren gegangene Bruderland zur deutschen Gesamtmasse herangezogen würde. Damals mußte es scheinen, als ob die deutsche Bevölkerung, wenn sie einmal dieses Land haben würde, sich fogusagen garnicht genug tun könnte in Vereinen ihrer Freundschaft, ihres Entgegenkommens, um sie wieder an die alte Heimat zu gewöhnen, die früher viel an ihm verfaumt hatte. Sobald sie aber Elsaß-Lothringen hatte, verlor sich dieses Interesse. Die Schuld an allen heutigen verschrobenen Zuständen dürfen wir nicht allein bei Regierung und Beamten suchen, sondern wir müssen fragen, was sie denn eigentlich getan hat, um die Verbindung mit Elsaß-Lothringen nur einigermaßen enger und wärmer zu machen. Hier ist viel verfaumt worden. Hätte man den Anschluß Bayerns an das Deutsche Reich im Jahre 1870/71 davon abhängig gemacht, wann die letzte Stimme im bayerischen Hochgebirge verklungen ist, die etwas Schändliches über Preußen sagt, dann würde man bis heute warten, denn

Kleines feuilleton.

Welches Volk steht auf der niedrigsten Kulturstufe? Das niedrigste, was uns bisher überhaupt von menschlichen Lebensformen bekannt geworden ist, finden wir bei den Kuku in Südamerika; Zustände, die sich tatsächlich nur wenig über das Tierische erheben. Die sogenannten „wilden“ Kuku sind ein auf den unzugänglichen Urwald Südamerikas beschränktes Volkchen, das familienweise zusammenlebt und in kleinen Familienhorden ohne festen Wohnsitz umherstreift, die Nacht unter ganz einfachen, aus Laub hergestellten Regenkapuzen oder in vorgefundnen Schlafwinkeln verbringt und deren ganzes Leben im Suchen nach Nahrung besteht. Ihre Kleidung ist ein zwischen den Beinen hindurchgezogener Gürtel aus geklopftem Bambus sowie eine aus demselben Stoffe verfertigte Kopfbinde. Eine lange, spitze Holzstange als Lanze bildet ihre einzige Waffe. Mit einem zugespitzten Grabstock in der Hand, einen geflochtenen Tragkorb auf dem Rücken, durchziehen sie den Wald auf der Nahrungssuche. Ihr ist ihnen alles, was einigermaßen genießbar ist; so leben sie von der Hand in den Mund, und da sie keinen Besitz haben, abgesehen von den wenigen Sachen, die sie am Leibe tragen, so ist Eigentum bei ihnen unbekannt; infolgedessen gibt es auch weder Diebstahl noch sonstige aus dem Begriffe des Eigentums hervorgehende Vergehen. Selbst Ehemann ist unbekannt. Ebenfalls gibt es Haustiere oder Kulturpflanzen; Hunde und Hühner sind erst spätere Erwerbungen. Fremde sieht man und selbst mit Nachbarhorden vermeidet man Verührung. So ergibt sich von selbst das Fehlen von Tänzern, Vergnügungen irgendwelcher Art, auch von Kunst. Sobald die Kinder groß genug sind, trennen sie sich von ihren Eltern und ziehen selbst herum; dementsprechend sind auch die Hochzeitsgebräuche denkbar einfach, die Anknüpfung der Abficht genügt. Noch leichter ist die Trennung der Ehe; man geht einfach auseinander. Eine andere soziale Einrichtung als die Familie gibt es nicht; ebensowenig gibt es einen Grundbesitz oder Territorialrecht, obwohl sich die Horden innerhalb bestimmter natürlicher Grenzen zu halten pflegen. Ueberflüssige Vorkellungen irgendwelcher Art, und sei es der einfachste Aberglaube, geben den Kuku vollständig ab; dementsprechend fehlt jeder Begriff von Zauberei, und auch die Einrichtung von Zauberdoktoren ist unbekannt. Man fühlt sich werlos gegen Krankheit und Tod, und nicht jemand, so läßt man ihn einfach liegen und geht seiner Wege. So behält denn, wie Professor Dr. W. Volz in der loben im Verlage von Stroedel u. Schwärder in Stuttgart erdienenen, von Dr. G. Buschan herausgegebenen „Jahrbuch der Völkerkunde“ (gebunden 2.00 M., gebunden 3.50 M.) schreibt, tatsächlich in diesen wilden Kuku ein Volk, das sich nach seinem Kulturzustande kaum über die Tiere des Waldes erhebt.

Theater.

Freie Volkshühne (im Thalia-Theater): „Der Dorfthron“ von Hermann Hoppe. Ein Salester — Goldschmied seines Zeichens — hat diese von übermäßigem Humor durchtränkte Bauernkomödie geschrieben. In ihr offenbart sich ein origineller Gestalter und ein origineller Stoff. Dieses ist hoch erfreulich. Der Verfasser greift unbedarbt in das bürliche Leben seiner Heimat hinein und hat, was er braucht: häuerliche Typen, die ihm täglich vor Augen sind und deren Charaktere oder bald verdeckte, bald mit derber Offenheit verfolgte Interessen er gründlich kennt. Es ist nun amüsant

zu sehen, wie die sprichwörtlich bekannte Pflügigkeit dieser Bauern einen Pferdehändler und Geldverleiher, der fast schon jeden über den Köffel barbirt hat und dem sie selber nachräumen, daß er schlauer sei als zehn Juden zusammengekommen, schließlich doch ganz gehörig hineinlegt. Ihr schadenfrohes Gelächter über den doppelt geschlagenen und dreifach Geprüelten wirkt ansteckend — und befreiend. Das Komische sitzt im Stoff, in der Handlung, die mit gesunder Kraft aufgerollt und mit derbem Humor ohne sentimentale Abkühlung resolut durchgeführt wird. Daß das Stück einen durchschlagenden Erfolg davontrug, ist nicht zum wenigsten der von Fritz Witte-Wild sehr sorgfältig vorbereiteten Aufführung zu danken. Man wird ja darüber verschiedener Meinung sein, ob diese oder jene Figur noch einer besonderen Unterbreitung durch den Darsteller bedürfte, oder wie weit gegangen werden kann, ohne an karikaturistische Zeichnung zu streifen. So haltet beispielsweise der Wiedergabe von Bauernrechten und Mägden meist etwas von feststehender Theatertradition an, indem landwässliche Einfalt mit komischer Vividität verwechselt zu werden pflegt. Die Anwendung dieses Darstellungsstils mutet nähergerade ziemlich veraltet an. Gleichwohl läßt sich dessen bombastischere Wirkung auf die Lust der zusehenden Mehrheit nicht leugnen — und so sei es drum: Hans Werder spielte den Titelhelden nicht auf einen Theaterbösewicht hinaus; er verließ ihn dafür individuelle Charakterzüge. Wenn er den Seifert, beinahe rührsam, erzählen läßt, warum er ein Halsabschneider geworden, so glaubt man schier an eine Art Rächeramt aus erlittener Unbill — so schön kann er klingen. Eine vorzügliche Beate gab Clara Veeger; deren Tochter Nielsen wurde von Clara Oberländer mit angelegender Stimme hingestellt. Als ihr Partner, den jugendlichen Bauerngutsbesitzer Deppler, bewährte sich Ewald Schindler; zweifelhaft erstreimt mir aber, ob er da zu Hause mit Soldatenmütze und Hoie herumlaufen wird. Schließlich soll Jacques Norway als Audzjäger Dittmann lobend genannt sein.

Schiller-Theater O. „Goldfische“. Lustspiel von Schönhan und Kadelburg. Die Autorenkompanie ist in anderen Lustspielen und Schwänken ein gut Teil wirriger. In einer temperamentvoll drastisch gesteigerten Situationskomik wie im „Maus der Sabinerinnen“ oder zu humoristisch gefärbter Charakterzeichnung wie in dem „Derrn Senator“ finden sich hier nicht einmal einzelne Aufzüge. In einem gemächlichen, manchmal auch arg weitläufigen Plaudertempo, hier und da durch Einfälle flankiert, schlingeln sich die verchiedenen Verlobungsgesellschaften ihrem unvermeidlichen glücklichen Ausgang zu. Für jeden gibt es ein Geschenk. Der Schwereuder-Leutnant, der nach einer reichen Erbin angeht, entdeckt bei der Begegnung mit einer anderen Dame noch rechtzeitig sein Herz. Die Erbin wird mit einem jungen Militär, der sich zur Verlobung der Fuhschauer als eine Art von Max und Moritz im verlobten Stande aufzuführen hat, bedacht. Bei all ihrer geistigen Entfaltbarkeit, vielleicht gerade darum, hat die Komödie sich im deutschen Bühnenrepertoire fest eingebürgert. Auch im Schillertheater fand sie in flotter Aufführung eine äußerst fremdliche Aufnahme.

Humor und Satire.

Ultramontane Wahlrechtskomödie.

Am Bund, zum permanenten, Dem Junker reicht die Hand; Dann sind wir Nitrogenen

Im Reiche wie im Land! Des Liebste Lust zu selgen, Und vor der Welt zum Schein, Muß man zuerst sich weigern, Wie jedes Mägdlein!

Du lieber Gott! Wir pfeifen Auf Wahrheit, Freiheit, Recht Und Volk, denn mit dem steifen Prinzipie fährt man schlecht! Wir mögen und betrogen, Doch wenn's die Menge merkt, Wird sie mit frommen Sägen Im Glauben frisch bestärkt!

Und mag auf allen Gassen Das Volk auch noch so dräu'n: Es gibt ja Sand in Wasser, Die Augen voll zu streu'n! So wird sich bald verlieren Der dumme Freiheitsdurst. — Wenn wir nur mitregieren, — Das andere ist uns — trüß!

(Boda in der „Jugend“.)

Notizen.

— Neue Dramen. Waeterlinds biblisches Drama „Maria Magdalene“ erwidet sich bei der Völziger Uraufführung am Sonnabend als ein Theaterstück in der Art der „Manna Banna“.

— Der Astronom Schiaparelli, der weit über die Fachkreise hinaus populär geworden ist und seine Wissenschaft populär gemacht hat, beging am 14. März seinen 75. Geburtstag. Er lag seinen Studien auch von 1856—1859 an der Berliner Sternwarte unter Ende ob. Von 1862—1900, wo ihn ein Augenleiden zum Rücktritt nötigte, war er Direktor der Brera-Sternwarte in Mailand. Von den zahlreichen Arbeiten Sch. haben besonders zweierlei ihn bekannt gemacht. Aus der Beobachtung der Sternschnuppen stellte er fest, daß ihre Schwärme vielfach die gleichen Bahnen wie gewisse Kometen verfolgen. Daraus leitete er dann seine allgemein angenommene Theorie ab, daß die Sternschnuppen die Reste aufgelöster Kometen sind. Die andere weithin bekannte, aber keineswegs gesicherte Annahme, die mit Sch.'s Namen verknüpft ist und neuerdings wieder bis zum Ueberdruß erörtert wurde, ist die Mars-Hypothese. Die von ihm und anderen beobachteten Linien auf der Marsoberfläche deutete er als künstlich hergestellte Kanäle. Indes ist sowohl die Existenz wie die Erklärung dieser Kanäle recht zweifelhaft geworden.

— Zu Paul Heyse's 80. Geburtstag hat der Verlag der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung in Hamburg-Großborstel eine der frühesten und schönsten Novellen des Dichters: „An d'ra Delfin“ als Fest 26 ihrer empfehlenswertesten Volksbücher herausgegeben. Das 136 Seiten starke Heft, das auch eine Einleitung und ein Bild Heyse's bringt, kostet 80 Pf., geb. 60 Pf. — Die Firma Gotha Nachf., die die meisten Werke Heyse's im Verlag hat, kann sich leider immer noch nicht entschließen, eine billige Auswahl Heyse'scher Werke zu veranstalten.

bleibe Stimm nicht niemals verstümmelt! (Sehr gut! links.) Hätte man von 1871 bis heute mit so viel preussischen Beamten verwalten wie Elsass und hätte man von da an unter dem Diktaturparagrafen stehen lassen, was glauben Sie, daß aus diesem ungewissen deutschen Lande Baden geworden wäre? (Lebhafte Zustimmung links.)

Wirtschaftlich hängt Elsass-Lothringen mit Deutschland zusammen. Selbst diejenigen Elssässer, die noch eine gewisse französische Romantik im Bufen haben, haben im Hauptbuch einen nationaldeutschen Wirtschaftszusammenhang, und selbst in Mühlhausen wird man nicht mehr wünschen, außerhalb des deutschen Wirtschaftsgebietes zu stehen. Die Eisenindustrie von Lothringen und die verschiedenen Gewerbe von Strassburg können niemals wieder daran denken, undeutsch werden zu wollen; denn dann würden Teile von ihnen auf die rechte Seite des Rheines wandern. (Sehr wahr! links.) Wenn wir also anerkennen, was der Aufschwung des deutschen Wirtschaftslebens für diese Reichslande bedeutet, so müssen wir doch feststellen, daß der Mensch nicht vom Brot allein leben kann, auch in politischer Hinsicht nicht. Er braucht auch in staatlicher Beziehung Befriedigung. Nun wird der Elssässer aber von einer Epoche zur andern mit Verschiebungen getroffen. Die Annäherung Elsass-Lothringens an Deutschland wird eher schwieriger als leichter. Demgegenüber wäre die richtige Antwort, daß sowohl von der Reichsregierung wie vom Reichstag mit Bestimmtheit gesagt wird, die Zeit der Vertreibungen sei vorbei. Die Zeit des Wartens, in der es heißt: Ihr müßt auch die nächsten 10 Jahre brot bleiben, dann bekommt ihr in 20 Jahren eine Verfassung! (Sehr gut! links.) Es geht kaum anders, als daß Elsass-Lothringen ein Reichsland, ein Land des Kaisers bleibt; aber gebrochen werden muß mit dem System der

Statthalter auf tägliche Rindigung.

(Große Heiterkeit.) Die Möglichkeit einer Erbherrschaft, einer Statthalterchaft auf Lebenszeit ist zu erwägen; unbedingt zu fordern aber ist Vertretung im Bundesrat. Es scheint allerdings, daß Preußen eine Verstärkung der außerpreussischen Stimmen im Bundesrat nicht gern sieht! Statt eines Zweikammersystems dürfte es sich empfehlen, eine einzige, auf Grund des Reichstagswahlrechts gewählte Kammer dem (eventuell) auszubauenden Staatrat gegenüberzustellen.

In Bezug auf das Wahlrecht wenden wir uns nicht an den preussischen Ministerpräsidenten, sondern an den deutschen Reichskanzler, der ein Wähler und Verteidiger des Reichswahlrechts sein sollte. (Lebhafte Zustimmung links.) Das Reichsland kann und darf kein anderes Wahlrecht haben, als das Reichswahlrecht. (Lebhafte Bravo! links.) Elsass-Lothringen bedarf keiner Erziehung durch anderweitige Wahlvereinstellungen. (Heiterkeit und lebhaftes Sehr gut! links.) Elsass-Lothringen hat seit langem das allgemeine und gleiche Wahlrecht in den Gemeinden. Strassburg hatte zeitweise eine sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Nur die relative Mehrheit: 10 von 30 Stimmen.) Die jetzige verzwicelte Wahlart ist dem Lande

von Berlin aus aufgetrieben

worden. (Lebhafte Sehr richtig! links.) Wir verlangen also vom Reichskanzler die Einführung einer auf Grund des Reichswahlrechts gewählten Volksvertretung unter Anwendung des Proporzsystems während in Elsass-Lothringen und Schlössen und den Resolutionen Albrecht und Gregoire an. Außerdem beantragen wir die Einführung einer Kommission zur Vorbereitung der elssäss-lothringischen Verfassung. (Lebhafte Bravo! links.)

Abg. Dr. Dieber (nall.): Ich glaube nicht, daß man um die Forderung der Einführung des Reichstagswahlrechts für die elssäss-lothringische Volksvertretung herumkommen wird, zumal da die süddeutschen Staaten — Baden, Württemberg, Bayern — dieses Wahlrecht besitzen. Auch durchaus konservative reichslandische Kreise verlangen die Ersetzung des heutigen Notablenparlamentes durch ein wirkliches Volksparlament (Hört! hört! links.) Elsass-Lothringen muß die autonome Stellung eines Bundesstaates erhalten; die Einzelheiten — wie die Vertretung im Bundesrat usw. — sind demgegenüber von nebensächlicher Bedeutung. Die beiden Hauptforderungen aber, Autonomie und freies Wahlrecht, müssen Elsass-Lothringen zugesprochen werden, wenn wir treue Reichsbürger in Elsass-Lothringen haben wollen. Die innere Verschmelzung Elsass-Lothringens mit dem Deutschen Reich wird beschleunigt werden, wenn Elsass-Lothringen den anderen deutschen Bundesstaaten gleichgestellt wird. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg:

Durch die eingehende und lebhafteste Debatte über die elssäss-lothringische Verfassungsfrage beweist der Reichstag, wie ernst es ihm damit ist, daß die staatsrechtliche Stellung der Reichslande in Zukunft gelichtet werde, die nicht nur die zweckmäßige Versorgung der Landesbevölkerung verbürgen, sondern auch die Verschmelzung der Reichslande mit dem Reich fördern. Der warme Ton, mit dem die Herren Vertreter aus Elsass-Lothringen gesprochen haben, kann der Lösung der Aufgabe nur förderlich sein. Ich habe schon im Dezember vorigen Jahres erklärt, daß die Erweiterung der politischen Selbständigkeit der Reichslande der unbedingt gewünschte Weg ist. Auch ich belege es, daß seit 30 Jahren in der betreffenden Gesetzgebung ein Stillstand eingetreten ist. Ich glaube nicht, daß das zum Segen des Landes gemein ist. (Sehr richtig! links.) Auf den sogenannten Kurappositionen gebe ich nichts. (Bravo!) Die deutschfeindlichen Gesinnungen, von denen auch in der Debatte die Rede gewesen ist, können natürlich die Gewährung größerer Selbständigkeit nicht gerade erleichtern. (Sehr richtig!) Solche Kundgebungen können einer Entwicklung immer aufs neue, absichtlich oder unabsichtlich, Hindernisse in den Weg legen, die vom Lande, von der Reichsregierung in den Reichslanden und auch von der Reichsleitung nicht gewünscht werden. Wenn einzelne dieser Vorgänge besonders dringlich in einzelnen Bewendungen im Landesausschuß hervorgetreten sind, so haben diese und andere kleine Episoden für mich nicht die Bedeutung, daß von ihnen die Geschichte einer Bevölkerung abhängig gemacht werden können, deren wahre Bestimmung in ihnen nicht zum Ausdruck kommt. (Bravo!) Ich habe infolgedessen einen Gesetzentwurf, der sich mit der Verfassung und der Fortbildung (Abg. Göttsche: Offensichtlich nicht einer „organischen“ Heiterkeit.) der elssäss-lothringischen Verfassung beschäftigt, ausarbeiten lassen. (Bravo!) Dieser Gesetzentwurf ist fertiggestellt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sie können ihn ja noch gar nicht! Lieber den Inhalt werde ich aber erst im einzelnen Mitteilung machen können, wenn die Beratungen des Bundesrats beendet sein werden. Die staatsrechtlichen Schwierigkeiten, mit denen bei einem solchen Gesetzentwurf zu kämpfen ist, werden überwunden werden. (Lachen links.) Ich weiß auch hier nicht, weshalb Sie lachen. Die Schwierigkeiten werden überwunden werden, und ich kann nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß das Bestreben der Regierung, die Angelegenheit bald zu einem Abschluß zu bringen, auch von der elssäss-lothringischen Bevölkerung in gleich nachhaltiger Weise gefördert werden möge, wie es nach meiner Hoffnung durch die heutigen Verhandlungen des Reichstags gefördert worden ist. (Bravo!)

Abg. Müllen (Mf.) (bei der Unruhe im Hause zunächst unverständlich) scheint auf die Vorgänge im elssäss-lothringischen Landesausschuß einzugehen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) (Sehr erregt.) Sie (zu den Sozialdemokraten) haben kein Recht, sich zu unserem Behrmen aufzuwerfen. Denken Sie an die Szenen beim Pollax! (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sehr gut! Im Zentrum und rechts! Hebrigens soll man solche Szenen nicht tragisch nehmen. Ein Parlament ist doch schließlich keine Schule, in der es immer hübsch artig begeben muß. Zusammenstöße werden immer vorkommen; um Extravaganzen vorzubeugen, ist die Geschäftsordnung da. Das elssäss-lothringische Volk ist gewiß demokratisch, aber von einer sozialdemokratischen Republik wollen wir konservativen Demokraten nichts wissen. Wie es in einer solchen sozialdemokratischen Republik aussieht, sieht man in Frankreich! (Lauter Lachen bei den Sozialdemokraten, Aufse: Gibt es

in Frankreich etwa eine sozialdemokratische Majorität?) Wir sind überzeugte Anhänger des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts. Für das, was das preussische Zentrum tut, tragen wir keine Verantwortung. In Elsass-Lothringen gibt es gar keine nationalpolitische Partei, sie existiert nur in der Erfindung der Sozialdemokratie, die dort hoffähige Regierungspartei ist. (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Döffel (Rp.): Der Landesausschuß, dessen Tätigkeit der Abg. Böhle so herabgesetzt hat, hat vielfach sehr wertvolle positive Arbeit geleistet. Es fragt sich sehr, ob es sich empfiehlt, die Frage des Wahlrechts gleich in der Verfassung zu regeln, oder ob es nicht besser ist, die Regelung des Wahlrechts dem Lande selbst zu überlassen. (Beifall rechts.)

Abg. Fahrenbach (Z.): Elsass-Lothringen hat unter deutscher Herrschaft an Wohlstand gewonnen, seine wirtschaftlichen Interessen beweisen es nach Deutschland; die Zustände, wie sie sich in Frankreich entwickelt haben, breiten nichts Verlockendes. (Bravo! rechts und im Zentrum.) Wenn es auch nur eine Vernunftliebe ist, die Elsass-Lothringen mit Deutschland verbindet: Vernunftsteden sind oft glücklicher als stürmische Liebessehen. (Große Heiterkeit und Zustimmung.)

Abg. v. Dziembowski-Pomian (Pole): Kamens meiner Partei habe ich die lebhafteste Sympathie mit den Bestrebungen der Elsass-Lothringer nach politischer Selbständigkeit zu bekunden. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Emmel (Soz.):

Herr Müllen hat den Landesausschuß so sehr verteidigt, daß demnach eine andere Zusammensetzung dieses Parlamentes garnicht nötig wäre, während er doch selbst eine andere Zusammensetzung wünscht. Weiter stellte er sich hier als „konservativen Demokraten“ vor. Eine wunderbare Art von Demokraten! Weiter lehnte er namens des elssässigen Zentrums die Verantwortung für die Taten des preussischen Zentrums ab! Wo bleibt da der Zusammenhang im Zentrum als Gesamtpartei? Weiter lächelte er wieder das Märchen auf, in Elsass-Lothringen sei die Sozialdemokratie hoffähig und Stütze der Regierung! Daraus sprach der Herr, daß die Regierung nicht mehr einzig und allein mit dem Zentrum arbeiten will. In dieselbe Kerbe schlug Herr Fahrenbach. Aber worin soll denn die Bevorzugung der Sozialdemokratie bestehen? Bis jetzt ist ein einziger sozialdemokratischer Abgeordneter bestatigt worden! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Persönlich möchte ich Herrn Müllen noch bemerken, daß ich nicht durch die Unzufriedenheit der Wähler aus dem Landesausschuß hinausgewischt bin, sondern nur infolge des indirekten Wahlsystems.

Herr Müllen verteidigte das elssässige Zentrum gegen den Vorwurf französisch-nationalistischer Bestrebungen; da empfehle ich ihm die Lektüre eines Zentrumsblattes, der „Kölnischen Volkszeitung“. Der Reichskanzler hat selbst anerkannt, daß seit dreißig Jahren in Elsass-Lothringen nichts geschehen ist, um so notwendiger ist, daß man jetzt nachholt, was man in dreißig Jahren veräumt hat. Statt dessen hat der Reichskanzler wieder von „nationalen Garantien“ gesprochen! Aber bei der Aufhebung des Diktaturparagrafen hat der Reichskanzler betont, daß die elssässige Bevölkerung arbeiten sei und ihre Pflicht erfüllt habe, und daß kein Grund vorliege, sie ausnahmsweise zu behandeln.

Herr Döffel meinte, das Wahlrecht solle man im Lande selbst lösen, nachdem man ihm die Selbständigkeit gegeben. Aber das wäre sehr unpraktisch; denn der Reichstag kann die Frage garnicht anders lösen, als daß er das Reichstagswahlrecht gibt. Mit einem anderen Wahlrecht werden wir Elssässer auch nicht zufrieden sein, und es würde keine Ruhe im Lande geben, bis das Reichstagswahlrecht erreicht ist. Warum also will man bei der Regelung der Verfassung nicht auch die Frage des Wahlrechts regeln, sondern die Sache so machen, daß der Kampf nach der Regelung der Verfassung sofort weitergehen muß?

Herr Fahrenbach sagte, Elsass-Lothringen werde noch immer als Kriegsbeute betrachtet. Das sollte doch endlich aufhören. Herr Fahrenbach sprach auch von einer Vernunftliebe. Um bei dem Worte zu bleiben, möchte ich sagen: Nach dem Weiberraub muß endlich eine Auslösung stattfinden, und dem geraubten Weibe muß das volle Recht gegeben werden. Die Regierung soll sich also recht überlegen, daß es keine Ruhe geben wird, bis die Verfassungsfrage im vollen Sinne, ohne Ausschaltung des Wahlrechts, gelöst ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Haub (Z.): Die heutige Rede des Herrn Reichskanzlers wird den schlechten Eindruck der Rede vom Dezember ver Wischen. Offensichtlich wird es recht bald dazu kommen, daß Elsass-Lothringen den übrigen Bundesstaaten gleichberechtigt dastelt.

Es folgt die

Debatte über die allgemeine Politik.

Abg. Frank (Natibor) (Z.) führt Beschwerde darüber, daß der Kreis Natibor, obwohl 60 Proz. seiner Bevölkerung Reichsdeutsche sind, nicht in den 12 des Vereinsgesetzes einbezogen sei.

Abg. Baummann (Kortfär. Sp.): Es wäre interessant, zu erfahren, ob auswärtige Militärbesoldungsdiploatische Verträge an das Militärkabinett senden. Im Interesse einer einheitlichen auswärtigen Politik wäre es wohl zweckmäßiger, wenn solche Verträge nur durch das Auswärtige Amt an die höchste Stelle gelangen. Die Spannung in unseren Beziehungen zu Frankreich ist erfreulicherweise gelöst. In der

Mannemann-Frage

hat die Budgetkommission eine Resolution gefaßt, die eine goldene Brücke nicht für die Regierung, sondern für die Gedrübten Mannemann bedeuten soll. Ein Richtpunkt ist unser Verhältnis zu Oesterreich, und die Konzepte des Kanzlers wird jedenfalls auch das Verhältnis zu Italien verbessern. Im Verhältnis zu England veränderte sich die Politik der Zurückhaltung; diese Politik war der Vorspann für die englische Schuldbewegung. Dabei hat die konservative Partei Englands in demagogischer Weise Deutschland als Wauwan bei den Wahlen benutzt. Die Konservativen aller Länder haben eine Neigung zur Demagogie. (Lebhafte Zustimmung bei den Freisinnigen. Widerspruch rechts.) Die wichtige Frage des Einhaltens mit den Italienern sollte deshalb nicht mit allgemeinen Erörterungen abgehan, sondern es muß eine Politik wirklicher Verständigung betreten werden. Diese Politik kann der Regierung nicht durch Resolutionen aufgedrängt werden, sie muß, um wirkungsvoll zu sein, aus ihrer eigenen Entschlieung hervorgehen.

Die große Frage der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers wollen wir lieber bei Gelegenheit unserer Anträge dazu erörtern, wenn wir auch der jetzt wieder vorgelegten Resolution Albrecht zustimmen werden.

Ihre Politik gegenüber der dänischen Bevölkerung sollte die Regierung ebenso einer Revision unterziehen wie ihre reichslandischen Mittel gewonnen werden kann. (Sehr gut! links.)

Die innere Lage ist noch nie so unklar gewesen wie jetzt. Programmklärungen hat uns Herr v. Bethmann Hollweg nicht gegeben. Die Autorität der Regierung hat nicht zugenommen, sondern verlor sich dadurch, daß die Meinung, sie führe die Geschäfte, auf das allerstärkste widerlegt worden ist bei der Reichsfinanzreform und der Wahlrechtsvorlage. In welcher

Zweipältigkeit

muß die Politik des Reichskanzlers fähren, wenn er in diesem Hause vor kurzem gesagt hat: „Ich werde Euch das Reichstagswahlrecht nicht nehmen“ und in Preußen: „Ich werde Euch das Reichstagswahlrecht nicht geben!“ Das sagt derselbe Staatsmann über dasselbe Institut zu denselben Personen; denn die Preußen sind doch auch Deutsche und werden als Deutsche für fähig erklärt, vom Reichstagswahlrecht den richtigen Gebrauch zu machen! (Sehr gut! links.) Welche Verwirrung des öffentlichen Reichsbewußtseins muß es herbeiführen, wenn solche Erklärungen von demselben Staatsmann abgegeben werden, die sich wie ja und nein gegenüberstehen! Einer der Herren von der Rechten hat im Abgeordnetenhaus gesagt, das allgemeine Stimmrecht sei die größte Ungerechtigkeit!

Wie entspricht das dem christlichen Grundsatz von der Gleichheit der Menschen? (Sehr gut! bei der fortschrittlichen Volkspartei.) Der Reichskanzler hat erklärt, bei der Unbestimmtheit der Parteien „binkuliert“ sich die Regierung nicht. Man kann auch umgekehrt sagen: Bei der Unbestimmtheit der Regierung „binkulieren“ sich die Parteien nicht! Wir werden erst dann zu einem fruchtbareren öffentlichen Leben kommen, wenn die Regierung sich offen zu dem Grundsatz bekennt: Eine Regierung muß auch eine Regierungspartei haben! (Bravo! bei der fortschrittlichen Volkspartei.)

Abg. Wommelsdorff (nall.) erklärt die Klagen der Dänen über rigorose Anwendung des Sprachenparagrafen des Vereinsgesetzes für übertrieben.

Abg. Dr. v. Dziembowski-Pomian (Pole) kritisiert die Politik der Regierung: eine solche unglückliche Politik würde ein guter Staatsmann nicht weiterführen.

Abg. Hansen (Däne) polemisiert gegen den Abgeordneten Nowinski.

Damit ist die Debatte erschöpft. Das Haus verlag die Weiterberatung auf Dienstag, 1 Uhr. (Vorher Abstimmung über die Dismarckengulagen aus dem Postetat.)

Schluß: 7¼ Uhr.

Aus der Partei.

Gemeinderatswahlfrage.

Bei der am 12. März vollzogenen Ergänzungswahl zur Gemeindevertretung zu Reken wurden für die dritte Abteilung die Genossen Johannes Funder und Karl Klechen mit je 382 Stimmen einstimmig gewählt. Die Gegner hatten keine Kandidaten aufgestellt.

In Heegmühle (Brandenburg) wurden in der dritten Abteilung die Genossen Palm und Wächter mit 210 bzw. 208 Stimmen gegen 104 und 99 Stimmen der Bürgerlichen gewählt.

Parteitag der P. P. S.

Die P. P. S. (Polnisch-Sozialistische Partei) beranstaltet ihren diesjährigen Parteitag zu Ostern in Rabege D.-Schl. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Landarbeiterfrage, Änderung des Organisationsstatuts und die politische Lage.

Der Vorstand der P. P. S. hat bereits den an den Parteitag zu erscheidenden Bericht in der „Gazeta Robotnicza“ veröffentlicht. Der Bericht umfaßt den Zeitraum von zwei Jahren, hingegen Ende 1909 waren es 28 Vereine mit 1230 Mitgliedern. Die stabilen Einkünfte von den Vereinen der P. P. S. (40 Proz. der eigenen Einnahmen) stiegen von 638,55 M. im Jahre 1908 auf 1069,43 M. im Jahre 1909. Im Laufe der Zeit wurden insgesamt gegen 400 000 Flugblätter herausgegeben und verbreitet. Der polnische Kalenderskalender erschien im letzten Jahre in einer Auflage von 50 000 Exemplaren, außerdem ein illustrierter Kalender, dessen Auflage 2000 Exemplare betrug. Ferner sind erschienen: 10 000 Exemplare „Arbeiterliederbuch“, 4000 „Grundsätze des Sozialismus“, 10 000 „Ein katholischer Pfarrer Sozialdemokrat“. Die P. P. S. hatte viele gerichtliche und polizeiliche Scherereien und einige kleine Strafen zu ertragen.

Parteiliteratur.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschien: Zur Gesundheitspflege des Nervensystems. Von Dr. Leo Hirsch. Von dieser Arbeit, die als Heft 3 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek erschienen ist, gelangte die 4. Auflage zur Ausgabe. Preis 20 Pf. In besserer Ausführung 50 Pf.

Das sogenannte Gesetz des Mose. Von Max Maurer. Heft 6 der Biblischen Geschichten. Preis 1 M. Vereinskassengabe 40 Pf.

Reichstagskandidatur.

Im 8. sächsischen Reichstagswahlkreis Pirna-Sebnitz, der von 1903—1908 von unserem Genossen Frähdorf im Reichstage vertreten war und jetzt durch den Antikemiten Hanisch vertreten ist, wurde als Kandidat der Genosse Otto Kähle. Halle von der Parteileitung gewählt. Seine Wahl durch die Parteigenossen im Kreise gilt als gesichert. Genosse Frähdorf hat die Wieder-auffstellung abgelehnt in Konsequenz des Beschlusses der sächsischen Landesversammlung, der Doppellandidaturen zum Land- und Reichstags nicht gestattet.

Sozialdemokratische Wahlerfolge in Schweden.

Bei den Kommunalwahlen in Stockholm, die am Donnerstag und Freitag im ersten und zweiten Wahlkreis stattfanden, wurden von 5404 Wählern 57 802 sozialdemokratische, von 2460 Wählern 41 623 liberale und von 2424 Wählern 64 889 konservative Stimmen abgegeben. Gewählt sind 6 Sozialdemokraten, 6 Konservative und 4 Liberale. Bisher war die Sozialdemokratie nur durch 3 Stadtbezirke in dem 100 Mann starken Stadtparlament vertreten. Die jetzigen Wahlen erstrecken sich auf die Hälfte der Mandate und dauern bis zum 21. März. Es ist das erste Mal, daß hier das neue Kommunalwahlgesetz in Anwendung kommt, daß je nach der Steuerleistung dem einzelnen Wähler bis zu 40 Stimmen gibt, wogegen bormer 100 Stimmen das Maximum waren. Unter jenem hundertgradigen Wahlrecht kamen auf die konservativen Wähler im Durchschnitt 65 bis 70 Stimmen pro Mann, wogegen sie sich nun im ersten Wahlkreis mit 25, im zweiten mit 28 Wählerstimmen begnügen mußten, während auf die liberalen Wähler im Durchschnitt je 17 und 18, auf die sozialdemokratischen je 10 und 10,8 Stimmen in den beiden Kreisen kamen.

Trotz der schweren Opfer, die ihnen der allgemeine Klassenstreik auferlegt hatte, verstanden es die Arbeiter, sich ihr Wahlrecht zu sichern, und sie tugen es mit voller Kraft aus. Auch die Arbeiterinnen und Frauen, die ja, soweit sie selbständig Steuern zahlten, ebenfalls wahlberechtigt sind, beteiligten sich äußerst lebhaft an den Wahlen. Wann erst die Wahlergebnisse aus den übrigen vier Wahlkreisen vorliegen, wird es sich um so deutlicher zeigen, daß die Sozialdemokratie bei dem ja noch immer höchst ungerechten Wahlrecht doch eine weit stärkere Vertretung als früher erhalten hat.

„El Socialista“.

das Zentralorgan der spanischen sozialistischen Partei, feiert demnächst sein 25jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß wird unser Brüderrblatt demnächst eine Spezialnummer veröffentlicht mit Beiträgen von Webel, Kautsky, Lantors, Turati, Guesde, Wandervelde und den bekanntesten spanischen Sozialisten.

Im Laufe dieses Jahres wird „El Socialista“, das jetzt 14tägig erscheint, in ein Tagesblatt umgewandelt werden. Wir begrüßen den tapferen Streiter, der auf schwierigstem Posten, stets seine Pflicht getan, und hoffen, daß er als Tagesblatt mit gesteigelter Wirksamkeit und Erfolg für unsere gemeinsame Sache neue Anhänger werden wird.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist und werden Nr. 12 des 22. Jahrganges zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Ueber den März hinaus. — Der Zentrumsverrat am Wahlrecht. Von H. B. — Kinderfrage. Von w. a. — Zur Frauenkonferenz. I. Von Kathilke Wurm. II. Von Frieda Wulf. — Zur Geschichte einer gewerkschaftlichen Frauenorganisation. —

Oeffentliche

Volks-Versammlungen

Dienstag, den 15. März, abends 8 Uhr.

Tages-Ordnung:

1. Polizeimaßregeln statt Wahlrecht.
2. Diskussion.

Berlin.

- | | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 1. Kreis: Dräfels Festsäle, Neue Friedrichstr. 35. | 4. Kreis: Borgmann, Andreasstraße 21. |
| 2. Kreis: Aliens Festsäle, Hasenheide 12/13.
Gosmann, Kreuzbergstraße 48.
Nizle, Dennewitzstraße 13. | 5. Kreis: Musiker-Säle, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m. |
| 3. Kreis: Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.
Armin-Hallen, Kommandantenstr. 58/59.
Märkischer Hof, Admiralstraße 18a. | 6. Kreis: Brauerei Königstadt, Schönhauser
Allee 10.
Brater-Theater, Kastanien-Allee 7/9.
Wilke, Brunnenstraße 188. |
| 4. Kreis: Sansjoui, Kottbuser Straße 6.
Drachenburg, Vor dem Schlesiſchen Tor.
Prachtsäle des Ostens, Frankfurter
Allee 151/152.
Kellers Festsäle (Freyer), Koppenstr. 29.
Glyſium, Landsberger Allee 40/41.
Littins Festsäle, Memeler Straße 67.
Boeker, Weberstraße 17. | Ballſchmieders Säle, Badstraße 16.
Frankes Festsäle, Badstraße 19.
Borussia-Säle, Uckerstraße 6/7.
Schmidts Festsäle, Gartenstr. 6.
Crauz' Festsäle, Kößliner Straße 8.
Pharus-Säle, Müllerstraße 142.
Prachtsäle Nordwest, Wickeſſtr. 24.
Artuſhof, Perleberger Straße 26. |

Teltow-Beeskow.

- | | |
|----------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------|
| Adlershof. Eschner, Bismarckstraße 60. | Rixdorf. Wolff, Kirchhoffstr. 41. |
| Köpenick. Kaiserhof, Grünstraße. | Schöneberg. Neue Rathausſäle, Meiningen Str. 8. |
| Königswusterhausen in Wildau bei Heiſer. | Tempelhof. Schneidereit, Berliner Str. 9. |
| Rixdorf. Hoppe, Hermannstr. 48/49.
Karlgarten, Karlgartenstraße. | Treptow-Baumſchulenweg. Badrennbahn. |
| Felſch, Kneſebeckſtr. 48/49. | Wilmersdorf. Geſellſchaftshaus, Wilhelmſaue 112. |

Nieder-Barnim.

- | | |
|----------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------|
| Erkner. Degebrodts Geſellſchaftshaus. | Oranienburg. Waldhaus, Schützenſtraße. |
| Friedrichshagen bei Conrad, Friedrichſtr. 137. | Rummelsburg. Bellevue, Hauptſtraße 2. |
| Hohen-Schönhausen bei Herſchleb, Berliner Str. 93. | Weißensee. Schloß Weißenſee. |
| Lichtenberg. Schwarzer Adler, Frankfurter Chausſee 5/6. | Wilhelmsruh. Paulinenhof, Hauptſtraße. |
| Ober-Schöneweide. Mörners Blumengarten. | |
- Referenten: Die Genossen **Albrecht. Paul Barthel. Dr. Alfred Bernſtein. Böhle. Julian Borchardt. Eugen Brückner. Julius Cohn. Dr. Oskar Cohn. Davidſohn. Dittmer. Düwell. Eichhorn. Emmel. Ewald. Fendel. Theodor Fiſcher. Gehrman. Geyer. Glocke. Grauer. Groger. Grunwald. Handke. Dr. Herzfeld. Jul. Hildebrandt. Paul Hirsch. Adolf Hoffmann. Jäckel. Kaliski. Kloth. Küter. Link. Müntner. Pätzel. Adolf Ritter. Dr. Kurt Rosenfeld. Sassenbach. Severing. Rob. Schmidt. Schmit. Kern. Schulz. Schumann. Schütte. Siering. Dr. Südekum. Thurow. Hans Weber. Klara Weyl. Zubeil.**

Alle Freunde eines freien Wahlrechtes ſind zum Erſcheinen geladen.

Für die Einberufer: **Eugen Ernst, Böhlerſtraße 9.**

Abgeordnetenhaus.

40. Sitzung, Montag, den 14. März 1910, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerische: v. Nolke.

Zweite Lesung der Wahlrechtsvorlage.

(Dritter Tag.)

§ 12 trifft Bestimmungen über die Auslegung der Wählerlisten und die Dauer der Einspruchsfrist. Er wird debattellos angenommen.

§ 13 behandelt die Auslegung der Abteilungslisten. Abg. Höbrecht (natl.) beantragt, daß die Auslegung der Abteilungslisten nicht in Privaträumen erfolgen darf, falls in einem Stimmbezirk Geschäftsräume einer öffentlichen Behörde vorhanden sind.

Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Nationalliberalen, Volksparteiler, Polen und Sozialdemokraten abgelehnt und § 13 unverändert angenommen.

§ 18a, der die Verteilung der Wahlmänner auf die Abteilungen, und § 14, der die Verteilung der Wähler und die Festsetzung des Wahltages regelt, werden debattellos angenommen. Ebenso § 16 (Zusammensetzung des Wahlvorstandes) und § 16 (Art der Wahl).

§ 18a bestimmt, daß die Wahlmänner aus der Zahl der stimmberechtigten Wähler der ganzen Gemeinde ohne Rücksicht auf die Abteilung genommen werden können.

Abg. Höbrecht (natl.) beantragt, den Kreis, aus dem die Wahlmänner genommen werden können, auf den ganzen Stadt- oder Landkreis zu erweitern.

Abg. Frhr. v. Nitzsch (l.): § 18a ist für uns von prinzipieller Bedeutung. Würde über die Bestimmung der Kommission hinausgegangen werden, so müßten wir uns überlegen, ob wir bei den vielen Bedenken, die wir gegen das ganze Gesetz haben, überhaupt noch für das Gesetz stimmen könnten.

Abg. Dippe (natl.): Unser Antrag soll es ermöglichen, unabhängige Wahlmänner zu wählen. Die Kommissionsfassung genügt uns nicht, weil damit für das platte Land so gut wie nichts gewonnen wäre.

Abg. Frhr. v. Jellib (l.): Da die Mitarbeit der Nationalliberalen und sehr wertvoll ist, so würden wir, wenn bei der Annahme des Antrages Höbrecht die Nationalliberalen bereit wären, der ganzen Vorlage zuzustimmen, mit uns reden lassen, daß vielleicht die Wahlmänner noch aus dem nächstliegenden Bezirk entnommen werden können. Aber schließlich hat das Gewicht, das wir auf die Mitwirkung der Nationalliberalen legen, auch seine sachlichen Grenzen. Im Übrigen sind die Kreise viel zu groß, als daß noch von einem persönlichen Vertrauen, einer persönlichen Bekanntschaft der Wähler des städtischen und nördlichen Teils eines Kreises zum Beispiel zu reden wäre.

Abg. Ströbel (Soz.): Die Ausführungen des Frhrern v. Jellib waren ja sehr interessant; sie werden hoffentlich dem Zentrum beweisen, daß alle diese Vorschläge nur dazu dienen, das Einwirken der Sozialdemokratie zu verhindern, es ihr unmöglich zu machen, auf dem platten Lande die nötige Zahl von Wahlmännern aufzustellen.

Die Ausführungen des Frhrern v. Jellib waren ja sehr interessant; sie werden hoffentlich dem Zentrum beweisen, daß alle diese Vorschläge nur dazu dienen, das Einwirken der Sozialdemokratie zu verhindern, es ihr unmöglich zu machen, auf dem platten Lande die nötige Zahl von Wahlmännern aufzustellen. Der jetzige Zustand dient nur dazu, daß eine oppositionelle Partei die nötige Anzahl von Wahlmännern nicht aufbringen vermag. Daraus geht hervor, wie außerordentlich recht ich hatte, daß die geheime Wahl auf dem platten Lande gar nichts nützt, solange nicht die nötige Zahl unabhängiger Wahlmänner aufgestellt werden kann.

Die Schwierigkeiten sind außerordentlich groß. Es war ganz deplaciert, wenn Frhr. v. Nitzsch wieder vom sozialdemokratischen Terror sprach. Gerade der Terror auf dem platten Lande gegen Leute, die sich als oppositionelle Wahlmänner aufstellen lassen würden, beweist, wie stark der konservative Terror ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Herren nicht selbst von der Intenität dieses konservativen Terrors überzeugt wären, dann würden sie gar kein so großes Gewicht auf diesen Punkt legen; sie würden sagen: die Entnahme der Wahlmänner aus den Wahlbezirken ist ganz einelei. Aber sie wollen, daß auf dem platten Lande aus jedem Urwahlbezirk die Wahlmänner selbst aufgestellt werden, weil sie wissen, daß das bei dem agrarischen Terror ganz unmöglich ist! Wenn das Zentrum an diesem Punkt festhält, so macht es sich zum Mitschuldigen dieses Terrors. Das Zentrum sorgt dafür, daß die Sozialdemokratie auf dem Lande keine Wahlmänner bekommt, daß das geheime Wahlrecht den sozialdemokratischen Wählern

nicht einen Pfifferling

nützt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Selbst wenn aber die Wahlmänner dem ganzen Wahlbezirk, nicht nur dem Urwahlbezirk entnommen werden könnten, auch dann würde das geheime Stimmrecht doch nicht von allen Wählern ausgeübt werden können, denn es gibt zahlreiche Landkreise, die nur so kleine Städte enthalten, daß die Sozialdemokratie gar nicht die nötige Zahl von Wahlmännern aufbringen kann. Denn in jedem Wahlkreis sind hunderte von Wahlmännern von jeder Partei aufzubringen, und der Sozialdemokratie kann es nicht möglich sein, auch wenn diese dem ganzen Bezirk entnommen werden können, weil so viel hunderte vollständig unabhängiger Existenzen in diesen Wahlkreisen nicht vorhanden sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Immerhin erwarte ich, daß das Zentrum mindestens für den nationalliberalen Antrag eintreten wird und daß die Nationalliberalen in diesem Punkte wenigstens fest bleiben, daß die Urwähler aus dem Stadt- oder Landkreis, dem der Stimmbezirk angehört, genommen werden können.

Frhr. v. Nitzsch meinte, daß die Sozialdemokratie Terror üben würde, wenn

die Kumulierung

eingeführt wird. Er hatte um so weniger Ursache, einen solchen Vorwurf zu erheben, als auch ihm bekannt sein dürfte, daß gerade wir in der Kommission in zweiter Lesung gegen die Kumulierung gestimmt haben, und zwar eben deshalb, weil, wenn die Majorität kein wäre, wahrscheinlich ein sehr lebhafter terroristischer Kampf um die Stimme eines Wahlmannes entbrennen würde. Wir wollten einen solchen Terror nicht, und deshalb wollten wir auch nicht das System der Kumulierung.

Wenn Frhr. v. Nitzsch weiter erklärte, seine Partei habe doch sogar dafür gestimmt, daß in Berlin die Wahlmänner aus dem ganzen Wahlbezirk entnommen werden können, so ist das wieder

ein echt konservatives „Entgegenkommen“

ein „Entgegenkommen“, das der Demokratie absolut nichts nützt. Denn hier in Berlin ist noch nie eine Partei in Verlegenheit geraten, die nötige Anzahl Wahlmänner aufzubringen. In Großstädten bedeutet diese angebliche Verbesserung überhaupt nichts. Notwendig aber war es, dafür zu sorgen, daß die Wahlmänner in den ländlichen Bezirken aus dem ganzen Wahlkreis entnommen werden können. Auch das Zentrum sieht nicht auf dem Standpunkt des Herrn v. Nitzsch, daß der Wahlmann Vertrauensmann des einzelnen Urwählers sein müsse. Er soll nur das

Zwischenglied sein, das anzuführen hat, was die Urwähler wollen, und da kann es diesen gleichgültig sein, ob der Wahlmann ihnen persönlich bekannt ist oder nicht, wenn der Wahlmann nur ihrer Partei angehört und so stimmt, wie sie wollen. Das Zentrum müßte also unbedingt für den nationalliberalen Antrag eintreten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Bahndke (Fortf. Sp.): Die Rechte hätte hier einmal vom Wort zur Tat des Entgegenkommens übergehen können. Sie hat es aber nicht getan, und auch das Zentrum vermag vollkommen. Wenn die Mehrheit hier der Linken nicht entgegenkommt, dann wird die Linke wissen, was sie zu tun hat, wenn es sich um die Zustimmung zum ganzen Gesetz handelt. (Bravo! links.)

Abg. Herold (Z.): Ursprünglich ist die Anregung, den Wahlmann aus einem größeren als dem Stimmbezirk zu nehmen, vom Zentrum ausgegangen. Man kann ja gewiß darüber verschiedener Meinung sein, wie groß der Kreis schließlich gezogen werden soll. Nach reiflicher Prüfung der Verhältnisse aber (Abg! links) sind wir der Ansicht, daß der richtige Kreis die Gemeinde ist. Dort besteht ein gewisser Lokalpatriotismus, und es würde zu Unzufriedenheit führen, wenn der Wahlmann aus anderen Gemeinden genommen werden könnte. (Lachen links.)

Unter Ablehnung des Antrages Höbrecht wird § 18a in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 17 setzt allgemein die Fristwahl fest. Ein Antrag Hörens (l.) will in den Ortschaften mit nicht mehr als 3000 Einwohnern die Wahl in gemeinschaftlicher Versammlung zu bestimmter Stunde (Terminwahl) stattfinden lassen.

Ein Antrag Biered (l.) will dem Oberpräsidenten das Recht geben, die Terminwahl auf Antrag anzuordnen. Ein Antrag Dr. Bell (Z.) will für Ortschaften bis 3000 Einwohner Terminwahl oder Fristwahl zulassen.

Abg. v. Geiser (l.): Die Fristwahl erschwert dem ländlichen Wähler die Ausübung seines Wahlrechts außerordentlich. Bei der Terminwahl aber kann die Stichwahl gleich nach der ersten Wahl vorgenommen werden, so daß der ländliche Wähler Zeit spart. Gegenwärtig besteht die Terminwahl in Gemeinden bis zu 50 000 Einwohnern. Unter Antrag stellt also ein weiteres Entgegenkommen dar. (Lachen links.)

Abg. Biered (l.): Gegen den Antrag Hörens bestehen mancherlei Bedenken. Diese fallen fort, wenn der Oberpräsident die Befugnis erhält, dort, wo die örtlichen Verhältnisse es bedingen, die Terminwahl auf Antrag zuzulassen.

Abg. Hoff (Fortf. Sp.): Die sogenannte Terminwahl ist eine der ständischen Einrichtungen des ganzen preussischen Wahlgesetzes. (Sehr richtig! links.) Da werden sämtliche Wähler der 3 Klassen zu einer bestimmten Stunde eingeladen; zuerst wählen die Wähler der 3. Abteilung, dann die der 2. usw. Wie in der Schule werden die Wähler der Reihe nach aufgerufen, dann dürfen sie an den Wahlisch herantreten und ihre Stimme abgeben. Würde man ein Preisauschreiben veranstalten, welche Bestimmung am meisten geeignet ist, das preussische Wahlrecht den Wählern zu vereinfachen und von seiner Ausübung abzusprechen, so müßte der erste Preis unbedingt dem System der Terminwahl zufallen. (Sehr richtig! links.) Es müßte auf das peinlichste berühren, daß die Regierungsvorlage ohne die geringste Veranlassung die Terminwahl aufrecht erhält. Die Fristwahl sollte überall obligatorisch gemacht werden. Jetzt, wo die Wahlmänner in geheime Wahl gewählt werden, hat die Terminwahl noch weniger Sinn als früher. Die Stimmzettel sollten in Briefumschlägen abgegeben werden, man könnte es ja dem schwarz-blauen Vlod überlassen, die Farben für die einzelnen Abteilungen zu bestimmen, entweder schwarz-weiß-rot oder blau-weiß-rot. (Heiterkeit links.) Die Sache ist die, daß man damit rechnet, die Wähler würden bei der Terminwahl überhaupt nicht kommen. Wir haben aber die sittliche Pflicht, diesen Zustand nicht weiter bestehen zu lassen. Der Antrag des Zentrums wäre bloß ein neuer Summiparagraf. (Sehr richtig! links.) Früher ist das Zentrum immer für die Fristwahl eingetreten. Nun ist es mit einem Male wieder umgefallen! Ich verheiß nicht, wie sich das Zentrum nach diesem neuen unerhörten Umfall, der das Wahlrecht weiter ungebührlich verschlechtert, noch als eine Partei für Wahrheit, Freiheit und Recht bezeichnen kann. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Gottschalk (natl.) schlägt sich dem Vordruder an. Geh. Rat v. Falkenhayn: Die Regierung ist mit der Tendenz der konservativen Anträge und des Zentrumsantrages einverstanden.

Abg. Leinert (Soz.): Nachdem man die geheime Wahl durch die Verquickung mit der indirekten Wahl schon gänzlich wertlos gemacht hat, schlägt man sie durch die Wiedereinführung der Terminwahl geradezu tot. (Sehr richtig! links.) Die Wähler der dritten Klasse sollen unter der Aufsicht der ersten und zweiten Klasse wählen? Damit verewigt man den Terrorismus der konservativen Landjunker. (Sehr richtig! links.)

Es hat mich gewundert, daß unter den Unterzeichnern des Zentrumsantrages sich auch der Abg. Giesberts befindet. Herr Giesberts ist in der Zentrumsparterie insofern ein enfant terrible, als er bisher immer ein Verteidiger der Landarbeiterinteressen war. Auf einem Katholikentag hat er sogar einmal erklärt, daß die Arbeiter in einer Kommission eines solchen Katholikentages nicht wie Menschen behandelt würden, sondern daß man mit Unwahrheiten gegen die Arbeiter vorgehe! (Hört! hört! links.) In der „Westfälischen Arbeiterzeitung“ hat der Abg. Giesberts schon sehr häufig in drastischer Weise zum Ausdruck gebracht, daß die Landarbeiter von dem Terrorismus der Gutbesitzer und Gutsinpektoren befreit werden müßten. Durch diesen Antrag aber liefert er die Arbeiter dem Terrorismus in der unerschämtesten Weise wieder aus. (Sehr richtig! links. Unruhe im Zentrum.)

Herr Giesberts hat einmal gesagt, man müsse sich schämen, ein Preuze zu sein. Das ist vollständig richtig. (Lärm rechts.) Aber man muß sich auch schämen, daß hier in preussischen Abgeordnetenhaus das höchste Recht des Staatsbürgers mit solch teuflischen Kniffen illusorisch gemacht wird. (Lärm rechts.)

Abg. Leinert (Soz.): Ich bitte Sie, sich in Ihren Ausdrücken zu mäßigen.

Wie wird denn auf dem Lande gewählt? Es kommt vor, daß Gefinde- und Gutsvorsteher, wenn die Terminwahl auf 10 Uhr festgesetzt ist, noch am Tage vorher durch Ortsherrliche bekannt machen lassen, daß nicht um 10, sondern um 8 Uhr gewählt wird! (Hört! hört! links.) Natürlich erfahren das nicht alle Wähler, und das ist ja auch der Zweck der Werbung. Man will die Wahl von sozialdemokratischen Wahlmännern verhindern. Ja, man ändert in letzter Stunde die Wahlbezirke eines Ortes noch so ab, daß der sozialdemokratische Wahlmann nicht mehr zu dem Bezirk gehört, in dem er gewählt werden sollte! Diesen unerhörten Wahlbeeinflussungen wird durch die Terminwahl Tür und Tor geöffnet. (Sehr richtig! links.) Man will durch die Terminwahl die Wähler in eine Art preussische Hüringerziehung nehmen. (Sehr gut! links.) In einer Ortschaft meines Wahlkreises hat der Gutsherr sämtliche Landarbeiter antreten lassen. Als das Wohlgeschick begann, begab sich der Hüringergeher in das Wahllokal, und als er sah, daß eine ganze Reihe von Arbeitern nicht zur Wahl ausgetreten waren, schickte er den Gutsinpektor, der in der zweiten Klasse wählte, zum Gutshof mit der Befehung: Holen Sie die Arbeiter, es ist doch notwendig, daß sie wählen! (Lebhafte Hört! hört! links.) Als die Arbeiter kamen, stellte sich der Gutbesitzer vor den Wahlisch und sagte:

„Nun wählt!“ (Hört! hört! links.) Diesen Zustand will die Mehrheit des Abgeordnetenhauses bereinigen. (Lärm rechts: Frennhaus!) Wenn Sie diese Bezeichnung auf dieses Haus anwenden, so habe ich nichts

dagegen. (Lärm rechts.) Sie wollen ja die Landarbeiter überhaupt nicht bei der Wahl haben!

Mit der Terminwahl will die Rechte auch die Agitation möglichst einschränken. (Sehr richtig! links.) Die Konservativen wollen keine Aufklärung der Wähler. Für sie genügt es, wenn der Gutsinpektor oder der Landrat seine Meinung sagt und wenn dann das Wahlloch zur Urne geschickt ist. Gegen solche Anträge, die die geheime Wahl illusorisch machen, erheben wir im Interesse des Volkes Protest.

Herr v. Falkenhayn meinte, man würde den Wählern auf dem Lande mit der Fristwahl keine Freude machen. Er hat seine Meinung von den Verhältnissen auf dem Lande. (Hört! rechts.) Nicht einen Schimmer von Ahnung! (Erneuter Widerspruch rechts. Zustimmung links.) Legen Sie uns den ersten Gutsvorsteher, der gegen die Fristwahl ist, hier auf den Tisch des Hauses nieder! (Lärm rechts: Jawohl! ja wohl!) Es ist ja möglich, daß Sie die Arbeiter nach allen Richtungen so dreschieren, daß sie sich gegen die Fristwahl erklären, aber bringen Sie uns den Arbeiter, der b e w u ß t e r m a ß e n gegen die Fristwahl ist. Es soll auch hier eine echt preussische Eigenart zur Verfestigung der konservativen Wahlen erhalten werden. Mit solchen Bestimmungen bereiten Sie den Wählern auf dem Lande das Wahlen. Wir wollen die geheime Wahl und einen Schutz der geheimen Wahl. Diese Anträge aber liegen im Interesse des ostelbischen und westelbischen Gutbesitzes, die sich nur dadurch unterscheiden, daß in Ostelbien der Gutsvorsteher, in Westelbien aber der Kaplan an der Spitze steht. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. Krause: Ich werde das stenographische Protokoll der Rede des Abg. Leinert abwarten und dann auf eine feiner Äußerungen zurückkommen. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Herold (Z.) verteidigt den Zentrumsantrag. Unter gewissen Umständen liegen die Terminwahlen im Interesse der Wähler, namentlich auf dem Lande.

Ein

Schlussantrag

wird angenommen.

Verständlich bemerkt

Abg. Giesberts (Z.): Ich muß es mir verbitten, daß der Abg. Leinert aus einer Äußerung von mir den Schluss zieht, als ob ich und meine Partei in einem feindseligen Gegensatz zu den Landarbeitern stünde.

Abg. Leinert: Ich habe den Katholikentag nicht in einen Gegensatz zu den Landarbeitern, sondern zu den Arbeitern überhaupt gestellt, und Herr Giesberts muß es mir überlassen, welche Schlüsse aus seinen Äußerungen ich für gut befinde. (Bravo! bei den Sozialdemokraten. Lachen im Zentrum.)

Vizepräsident Dr. Krause:

Von der rechten Seite soll während der Rede des Abg. Leinert gerufen worden sein: „Frennhaus“. Ich weiß nicht, wer das gerufen hat und ob sich der Ausdruck auf den Abg. Leinert bezogen hat. Sonst würde ich das gerügt haben. Der Abg. Leinert hat auf den Ruf erwidert: „Wenn dieser Ausdruck „Frennhaus“ eine Bezeichnung dieses Hauses sein soll, da haben Sie ganz recht.“ Wegen dieser Bezeichnung rufe ich den Abg. Leinert zur Ordnung. (Beifall rechts.)

Es folgt die

Abstimmung.

Abg. 1 der Kommissionsfassung (Terminwahl neben Fristwahl) wird mit allen gegen die Stimmen der Polen und Sozialdemokraten angenommen.

Der Antrag Biered (Befugnis der Oberpräsidenten zur Anordnung der Terminwahl) wird gegen die Freikonservativen, der Antrag Hörens (obligatorische Terminwahl in Orten unter 5000 Einwohnern) gegen die Konservativen abgelehnt.

Der Antrag Bell (Z.) (obligatorische Terminwahl in Orten bis zu 3000 Seelen) wird gegen die Linke angenommen. Der Antrag Biered auf Wiederherstellung des Abs. 2 der Regierungsvorlage (Teilung von Abteilungen mit 500 und mehr Wählern in Abstimmungsgruppen) wird gegen die Polen und die Sozialdemokraten angenommen.

Schließlich wird der ganze § 17 mit diesen Änderungen gegen die gesamte Linke genehmigt.

Die Debatte werden die §§ 17a, 17b, 18 und 19 angenommen. § 20 lautet in der Kommissionsfassung:

„Der Tag der Wahl der Abgeordneten wird vom Minister des Innern festgelegt.“

In der Regierungsvorlage behandelt § 20 die Ermittlung des Wahlergebnisses für den Wahlbezirk. Als dritter Absatz war bestimmt:

„Der Zutritt zu dem Raume, in dem die Ermittlung des Wahlergebnisses stattfindet, steht jedem Wähler des Wahlbezirks offen.“

Diese Bestimmung ist von der Kommission gestrichen worden, während die übrigen Bestimmungen des § 20 eine andere Fassung im § 21 der Kommissionsvorlage gefunden haben.

Abg. Leinert (Soz.):

Sie haben die Bestimmung gestrichen, daß die Ermittlung des Wahlergebnisses öffentlich stattfinden soll. War nicht Ihre Absicht, so haben Sie den Sinn des Gesetzes in sein Gegenteil verkehrt. War es nicht Ihre Absicht, handelte es sich nur um ein Versehen, so ist das ein Beweis dafür, daß der schwarz-blaue Vlod mit einer Niederlichkeit arbeitet, die keine Grenzen hat. (Lebhafte Zustimmung links.)

Vizepräsident Dr. Krause:

Wegen dieser Äußerung rufe ich Sie zur Ordnung! (Beifall rechts und im Zentrum.)

§ 20 wird in der Kommissionsfassung angenommen, so daß es bei der Erreichung des dritten Absatzes des § 20 bleibt.

Abg. Biered (l.) beantragt, einen § 20a einzuschalten, wonach der Minister des Innern beauftragt sein soll, anzuordnen, daß in Wahlbezirken mit 500 oder mehr Wahlmännern die Wahl der Abgeordneten in Gruppen der Wahlmänner oder in der Form der Fristwahl vorgenommen wird.

Der Antrag wird nach unwesentlicher Debatte angenommen. Bei § 21 (Öffentlichkeit der Abgeordnetenwahl) liegt ein freistimmiger Antrag Kronsohn vor, der für die Wahl der Abgeordneten geheime Stimmabgabe fordert.

Abg. Dr. v. Campe (natl.): Wir werden mit wenigen Ausnahmen für den Antrag stimmen. Wir sind davon überzeugt, daß die volle Durchsicht des geheimen Wahlrechts bei der indirekten Wahl nicht möglich ist; wenn aber die direkte Wahl nicht zu erreichen ist, so soll die geheime Wahl wenigstens so weit als möglich durchgeführt werden.

Abg. Kayß (Fortf. Sp.): Der Abg. v. Heydebrand hat deutlich erklärt, daß seine Freunde durch ihren Antrag für die öffentliche Wahl festhalten wollten, ob in diesem Hause noch eine Mehrheit dafür vorhanden ist. Die geheime Wahl ist aber vorläufig nur für die bedeutungslosere Hälfte der ganzen Wahl durchgeführt. Das Haus wünscht die geheime Wahl überhaupt. Die Wahlmänner werden auf dem Lande den V e a m t e n entnommen! Ich habe selbst erlebt, wie bei einer Wahl ein Weber, der sich als Wahlmann hatte aufstellen lassen, von seinem Fabrikherrn heraufgerufen und damit bedroht wurde, daß er entlassen würde, wenn er freistimmig stimmte! Der Mann ist mit irrendem Auge zu mir gekommen. (Gelächter rechts.) Ihr Lachen beweist, daß Sie für die Empfindungen dieser Leute kein Herz und kein Verstand haben.

Abg. Giesberts (Z.): Die Wahlmänner müssen öffentlich wählen, damit die Wähler kontrollieren können, ob sie den Willen ihrer Auftraggeber bei der Abgeordnetenwahl ausführen. Das ist durchaus demokratisch. Schon in der Kommission und fortwährend hier

im Hause wird und von der Linken und von den Sozialdemokraten angeordnet, daß man unseren Wählern ein Licht über unsere Haltung aufdecken werde. Nun wir fürchten das nicht. Unsere Wählerkraft ist politisch so gut geklärt, das zeigt sich bei allen Nachwahlen, daß sie den großen Fortschritt in diesem Geleise anerkennt und unsere Haltung billigt. (Lachen links; lautes Bravo! im Zentrum und rechts.)

Abg. Ströbel (Soz.):

Wir treten für die geheime Abstimmung der Wähler ein. Wir tun das, obwohl in den großen Städten die öffentliche Abstimmung gar nicht einmal so unangelegentlich zu sein braucht, denn in den großen Städten hätte die Sozialdemokratie die Möglichkeit, einen Einfluß auf die bürgerlichen Wähler auszuüben. Wir sind aber gegen jeden Terror: gegen den Terror von unten und gegen den Terror von oben. (Aha! Rufe im Zentrum.) Die von den freisinnigen und nationalliberalen Rednern vorgetragene Forderung, in welcher Weise die Konservativen auf dem Lande die Wähler terrorisieren. Welchen Zweck hat die öffentliche Wahl denn auch weiter als den, diesen Terror ausüben zu können? Die Konservativen wollen eben auf dem Lande die Wähler unter ihrer Faust behalten. (Sehr richtig! links.) Nun sagt das Zentrum, die Wähler müssen die Möglichkeit haben, die Abstimmung der Wähler zu kontrollieren. Das Zentrum braucht bei der Auswahl der Wähler nur vorsichtig zu sein, und diese Kontrolle ist überflüssig. (Sehr richtig! links.) Man braucht ja nicht den ersten besten als Wahlmann aufzustellen, von dem man befürchtet, daß er nachher nicht im Sinne der Wähler stimmt. Wir trauen uns ja, solche Wahlmänner zu finden, die nachher nicht konservativ oder ultramontan wählen. Was wir uns trauen, sollten Sie sich doch auch trauen! (Sehr richtig! links.) Eben erst hat Herr Giesberts von der politischen Schulung der Zentrumsmitglieder gesprochen. Da brauchen Sie doch erst recht nichts zu befürchten.

Auf den wahren Zweck der öffentlichen Abstimmung der Wähler hat die „Arens-Zeitung“ kürzlich hingewiesen. Sie hat gesagt, bei der öffentlichen Wahl würden ungesunde Wahlbündnisse verhindert werden. (Hört! hört! links.) Sie hat dann ausgeführt, daß bei öffentlichen indirekten Wahlen, in Baden zum Beispiel, das Bündnis zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten nicht möglich gewesen sein würde. Man sieht, das Zentrum ist auch hier weiter nichts als der Handlanger für konservative reaktionäre Bestimmungen. (Sehr richtig! links.) Das Zentrum hat ja bei den letzten Landtagswahlen in einzelnen Kreisen auch seinerseits Wahlbündnisse mit der Sozialdemokratie abgeschlossen. Nach dem Verhältnis des Zentrums bei der Wahlrechtsvorlage wird es zu einer Erneuerung dieser Bündnisse wohl nicht wieder kommen. (Sehr richtig! links.)

Herr Giesberts hat gesagt, daß auf unserer Parteitagung ja auch öffentlich abgestimmt wird. Ich habe bisher noch nicht gewagt, daß ein Wahlmännerkollegium zu vergleichen wäre mit einem Parteitag. Wenn Herr Giesberts konsequent wäre, müßte er sagen, daß ja auch hier im Abgeordnetenhaus öffentlich abgestimmt wird und deshalb auch die Wähler öffentlich wählen müssen. (Sehr richtig! links.)

Dann hat Herr Giesberts behauptet, es wäre eine maßlose Übertreibung, wenn man erklärte, daß nach der Einführung der indirekten Wahl die geheime Wahl nichts mehr wert sei. Wir stützen uns darauf, daß es auf dem Lande bei der öffentlichen Abstimmung der Wähler den oppositionellen Parteien nicht möglich sein wird, die nötige Zahl von Wahlmännern aufzubringen. (Sehr richtig! links.) — Herr Giesberts sagt, die Aufstellung als Wahlmann einer oppositionellen Partei an sich rufe schon den Terror hervor und es sei daher ganz gleichgültig, ob nachher geheim oder öffentlich abgestimmt wird. Damit gibt ja Herr Giesberts selbst zu, was wir von der indirekten Wahl behaupten: daß ihre Veroppelung mit der geheimen Wahl diese vollkommen wertlos mache! (Sehr richtig! links.) Ich hätte nur gewünscht, daß Herr Giesberts einmal den Versammlungen beigewohnt hätte, die wir in Zentrumskreisen abgehalten haben. Aber da waren freilich die Zentrumsführer eifrig bemüht, ihre Wähler von den Versammlungen fern zu halten! (Hört! hört! links.) Die Wähler sollen eben die Wahrheit nicht erfahren. (Widerbruch im Zentrum.) Wenn Sie (zum Zentrum) bei der Wahlrechtsvorlage dies alles ungeprüft glauben und zu dürfen, so liegt das eben daran, daß Sie in Ihren Versammlungen keine Redefreiheit gewähren oder höchstens nur 10 Minuten. (Ruf im Zentrum: Ist nicht wahr!) Das könnte ich Ihnen nachweisen! Das Zentrum hat das gleiche Wahlrecht preisgegeben, das direkte Wahlrecht, die Freiwahl, und wenn es jetzt auch noch die geheime Abstimmung der Wähler preisgibt, dann wird man es mit Recht im Lande als den Tabu unter den Parteien bezeichnen. (Lachendes Bravo! bei den Sozialdemokraten. Lärm im Zentrum.)

Abg. Maffei (L.): Wenn die Sozialdemokratie hier sich rühmt, daß ihr das öffentliche Wahlrecht nahe, warum erzählt sie im Lande, dieses Wahlrecht erwiderte die Arbeiter? Das ist doch ein unüberbrückbarer Widerspruch.

Der erste Worte der Herren v. Seydewitz und v. Pappenhelm hat Herr Kopisch wieder mit dem Warden von einem konservativen Sachverständigen getroffen, weil wir hier einen Antrag auf öffentliche Wahl stellen. Will er das im Lande weiter tun, mit, dann redet er eben zu politischen Kindern, die sich für Warden interessieren. Herr Kopisch stellt es so hin, als erenne der Landrat die Wahlmänner. Nächstens wird es wohl noch heißen: der Warden. (Ruf links: Der hilft dabei! Große Heiterkeit.) Herr Kopisch macht dem Zentrum und uns beleidigende Vorwürfe wegen unseres Zusammenwirkens. Was würde er sagen, wollten wir ihm vorwerfen, die Haltung seiner Freunde sei erzwungen durch die Angst vor der Sozialdemokratie. (Sehr gut! rechts.) Nur unsere Grundzüge führen uns zu unserer Stellungnahme. (Abg. Borgmann [Soz.]: Schöne Grundzüge!) Wir kümmern uns nicht um Ihre Grundzüge, lassen Sie die unseren unbetrefflich. (Bravo! rechts.)

Abg. Giesberts (L.): Herr Ströbel hat gesagt, wir gewärtigen in unseren Versammlungen keine Redefreiheit. Das ist nicht richtig, wir fürchten uns vor Auseinandersetzungen mit den Sozialdemokraten nicht. Aber was wir nicht wollen, das ist, daß die Sozialdemokraten unsere Versammlungen zu Diskussionsabenden über Verstärkungen machen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich habe mich mit Sozialdemokraten in Essen über die Reichsfinanzreform auseinandergesetzt und dabei gesehen, wie schwach die Argumente der Sozialdemokraten waren. (Lachen d. d. Soz.) Wenn die Sozialdemokraten wie Herr Ströbel in der Kommission sagten, bei unseren Wählern mit uns umbringen wollen, so handeln sie nach dem Worte des früheren Bergarbeiterführers Röcker: „Man muß die Führer vor den Wunden treten und die Massen streicheln“. Wir nehmen den Kampf auf. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Kopisch (Hortfähr. Sp.): Als Herr Maffei den konservativen Terror leugnete, haben ihm seine Freunde verständnisvoll zugeklaut. Das war ein Zugurückgehen. (Großes Gelächter rechts.) Die Rechte will die geheime Abgeordnetenwahl nicht, weil sie dann keine Wahlmänner mehr kontrollieren kann. Wahrscheinlich, daß hier und da nicht der Landrat die Wahlmänner ernannt, dann macht es eben der Herr Kreisdirektor. (Bravo! links. Gelächter rechts.)

Abg. v. Woyne (L.): Der Landrat hat mit der Aufstellung der Wahlmänner nichts zu schaffen. Die macht sich ganz von selbst, dafür sorgen die großen Parteien selber. Herr Kopisch hat die Nationalliberalen für die Opposition mit Beschlag belegt. Die Nationalliberalen sind, wenigstens in Hannover, noch eine durchaus regierungsfähige Partei. (Ständische Heiterkeit.) Wir haben dort mit ihnen bis jetzt Gott sei Dank, Schüller an Schüller gestanden, und wir würden es sehr bedauern, wenn das nicht weiter so sein sollte. (Ruf bei den Nationalliberalen: Haha! Haha! Heiterkeit.) Die Nationalliberalen sollten nicht vergessen, daß ein großer Teil ihrer Freunde in Hannover mit uns in der Frage des öffentlichen Wahlrechts zusammengeht. Die Haltung der Nationalliberalen macht den Eindruck, ich möchte sagen, beinahe der Vergewaltigung! (Große Heiterkeit bei den Nationalliberalen.) Es ist sehr traurig, daß es dahin gekommen ist. Es ist die höchste Zeit, daß gegenüber dem Ansturm von links alle bürgerlichen Parteien zu-

sammentreten. Es handelt sich hier um einen Ansturm von links auf Preußen, nicht um eine Vorleitzung. (Ruf: Liebeswerben?) Ich hoffe, daß bis zur dritten Lesung sich die Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien gemindert haben werden und daß in der dritten Lesung etwas zustandekommt, was wenigstens auf eine Reihe von Jahren dem Ansturm von links widersteht. Ich hoffe, daß die dritte Lesung eine Einigung der Parteien bei diesem Verfassungsverweil bringen wird, die auch einen gewissen Eindruck auf das Land macht. (Beifall rechts. Lachen links.)

Ein

Schlussantrag

wird angenommen.

Abg. Ströbel (persönlich):

Ich habe in der Kommission nur davon gesprochen, daß wir mit dem Zentrumswahlrecht umbringen würden, nicht aber, daß wir sie vor den Wunden treten wollen. Der mich leimt, weiß, daß ich kein solcher Tierquäler bin. (Ständische Heiterkeit.) Ich habe gesagt, daß wir die Zentrumswähler über die Haltung ihrer Führer aufklären würden; sie werden Sie dann nicht vor den Wunden treten, aber hoffentlich in einen anderen belannten Körperteil. (Heiterkeit.)

Der Antrag Kronsohn wird gegen die Stimmen der Volkspartei, der Polen und der Sozialdemokraten abgelehnt und § 21b gegen dieselbe Minderheit in der Kommissionsfassung angenommen. Der Rest der Vorlage wird debattiert genehmigt.

Ein Antrag Kronsohn (Hortfähr. Sp.) fordert Einfügung eines neuen Artikels 6 zur Sicherung der geheimen Wahl. Er verlangt:

„Der Tisch, an welchem der Wahlvorstand bei der Wahl der Wahlmänner Platz nimmt, ist so anzulegen, daß er von allen Seiten zugänglich ist. Auf diesem Tisch wird die vom Staat kostenfrei zu liefernde Wahlurne zum Hineinlegen der Stimmzettel gestellt. Vor dem Beginn der Abstimmung hat sich der Wahlvorstand davon zu überzeugen, daß die Wahlurne leer ist. Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem Kennzeichen versehen sein; sie sollen 9 zu 12 Zentimeter groß und von mittelstarkem Schreibpapier sein und sind von dem Wähler in einem mit amtlichem Sperrpapier versehenen Umschlag, der sonst kein Kennzeichen haben darf, abzugeben. Die Umschläge sollen 12 zu 15 Zentimeter groß und aus undurchsichtigem Papier hergestellt sein; sie sind in der erforderlichen Zahl bereit zu halten. Es ist entweder durch Vereitlichung eines oder mehrerer Nebenräume, die nur durch das Wahllokal betretbar und unmittelbar mit ihm verbunden sind, oder durch Vorrichtungen an einer oder mehreren von dem Vorstandstische getrennten Nebentischen Vorsorge dafür zu treffen, daß der Wähler seinen Stimmzettel unbeachtet in den Umschlag zu legen vermag.“

Abg. Dr. Pashide (Hortfähr. Sp.) begründet den Antrag. Das Zentrum hat alle seine Wahlrechtswünsche veräußert. Angeblich will es nur so seine Hauptforderung, die Geheimhaltung der Wahl, erreichen konnte. Dann muß ihm unser Antrag doch besonders sympathisch sein! Die Beschaffung einer Wahlurne, wie wir sie fordern, macht dem Mißbrauch ein Ende, der heute mit den Zigarrenstiften, Hutspindeln usw. getrieben wird. Auch unserer Forderung wegen der Stimmzettel, der Wahlurnen und der übrigen Maßnahmen zur Sicherung des Wahlgeheimnisses muß jeder beipflichten, denn es ist mit der geheimen Wahl Ernst ist. Sollte die Rechte sich dagegen auflehnen, so nimmt sie ihrem geringem Zustandsbild noch den letzten Rest des Wertes. Die Regierung wird schon zustimmen, Herr v. Weymann zeigt ja schon durch seine Abwesenheit, daß er auf die Leitung der Geschäfte verzichtet! Die heutige Regierung will nicht selbst führen, sondern sich von den Parteien führen lassen — von denen, die zum schwarz-blauen Bloß gehören! Nehmen Sie unseren Antrag an, so nimmt ihn auch die Regierung an. Im Notfall sollte das Haus wenigstens eine Resolution gleichen Inhalts annehmen, wenn auch Resolutionen nicht viel Wert haben.

Abg. Frhr. v. Rittshofen (L.) beantragt Ablehnung des Antrages. Wie wenig die Wahlurne sich bisher eingebürgert hat, beweist, daß in meinem Kreise ein Wähler den Wahlzettel in den eisernen Ofen stecken wollte, der darin stand. Ein anderer kam aus der Jense überhaupt nicht wieder heraus. (Heiterkeit. Ruf d. Soz.: Das ist Ihre Volkserziehung!) Hoffentlich wird unter Schulunterricht sich so verhalten können, daß die Zahl solcher Leute sich künftig verringert. Dann werden vielleicht auch die Sozialdemokraten gebildeter sein, und wir werden mit ihnen dann vielleicht sogar arbeiten können. (Beifall rechts. Abg. Borgmann (Soz.) ruft: Freiherrliche Einbildung!)

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

Herr v. Rittshofen und seine Freunde sprechen vergeblich viel, um ihren Kerger über den Vorgang zum vorigen Freitag zu verbergen. (Lachen rechts.) Daran spricht nur die schamhafte Wut. Es wird Ihnen nicht gelingen, das Land darüber zu täuschen.

Wenn das Zentrum behauptet, es hätte sich nur für eine Resolution ausgesprochen, damit möglichst schnell positive Arbeit zustande kommt, so meinen wir, daß das Zentrum hier im ganzen eine positive Arbeit zustande gebracht hat, von der die weitesten Kreise im Lande wußten, daß sie nicht zustande gebracht worden wäre. Es kommt darauf an, welche positive Arbeit geleistet wird. (Sehr richtig! links.) Positive Arbeit leistet hier die Rechte zum Schaden des Volkes, leisten draußen im Lande die Gendarmen, die auf die Menge einbauen. Aber solche „positive Arbeit“ paßt dem Volke nicht. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Herr Giesberts sprach von den Verbesserungen dieses Gesetzes! Solche wird man wohl nur mit einem Mikroskop ausfindig machen können, es müßte aber ein Wundermikroskop sein, denn ernsthafteste Verbesserungen liegen überhaupt nicht vor. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist noch nicht einmal ein Einseitigkeit, sondern nichts anderes als eine breite Bettelulpe, was die Herren vom Zentrum gewähren. Wenn das Zentrum den freisinnigen Antrag in Stich läßt, so geschieht das, weil die Konservativen nicht für diesen Antrag zu haben waren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hier haben wir den Angelpunkt der ganzen Last des Zentrums, denn sonst müßte das Zentrum im Interesse seiner Popularität für den freisinnigen Antrag eintreten. Aber das Zentrum ist jetzt einsehlos, nichts zu tun, was nicht die Zustimmung der Rechten findet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Aufregung im Lande über das preussische Wahlrecht erklärt sich daraus, daß man die herrschenden Parteien, insbesondere die konservative und freikonservative, nicht mehr dulden will in ihrer gegenwärtigen Rechtsstellung, die durchaus nicht der sozialen Bedeutung dieser Klassen entspricht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Denn jede Wahlreform muß sich unbedingt gegen die Konservativen richten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es ist ein Kontrast, eine Wahlreform mit den Konservativen machen zu wollen, die durch sie depossidiert werden sollen. (Heiterkeit rechts.) Es heißt Sand in die Augen streuen, wenn das Zentrum so tut, als wenn es ernstlich eine Wahlreform verlangt, während es tatsächlich seine Rechtsstellung nur auch in Preußen etablieren will. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Bezeichnenderweise ist heute

der Kampf zwischen Konservativen und Nationalliberalen verknüpft! Velleit hat schon die Verhandlungen begonnen, die zwischen der zweiten und dritten Lesung in Aussicht gestellt waren. Man muß glauben, daß die Geneigtheit zu einem Einverständnis zwischen den gleich gelagerten Parteien der Nationalliberalen schon wieder vorhanden ist. (Sehr gut!) Sonst werden die Konservativen die Wahlreform ohne die Nationalliberalen machen, weil sie eben im Zentrum eine Partei für sich haben, die mit einem gewissen Recht sich als Vertreterin der breiten Massen bezeichnen kann. (Aha! im Zentrum.) Wenn es auch die Interessen des Volkes nicht vertritt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn auch die Interessen des Volkes, besonders in diesem Falle, verraten werden. (Lachen im Zentrum.) Das Zentrum allein ermöglicht diese Wahlreform, die eine Wahlrechtsverfälscherung, ein Volksverrat, ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das schärfste Bewußtsein des Zentrums ergibt sich schon daraus, wie es bereits beim Beginn der diesjährigen Staatsberatung, als es vermutlich schon den Dolus für den gegenwärtig veräbten

Verrat befohl. (Lachen im Zentrum und rechts) zum Erlaunen der ganzen Welt plötzlich einen gar nicht existierenden Kulturkampf in draußigen Sachen an die Wand zu malen begann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden aber diese Last, das Wasser trübe zu machen, durchkreuzen. Warum hat das Zentrum als Volkspartei, ehe es so großlich gegen sein eigenes Programm vertritt, sich nicht die Zustimmung seiner Wähler geholt? So wäre jede Volkspartei verfahren, sie würde nicht ihr Programm mit Füßen treten, wie Sie es tun, sondern vorher wenigstens . . .

Vizepräsident Dr. Borck:

Sie dürfen einer großen Partei des Hauses nicht vorwerfen, daß sie ihr Programm mit Füßen tritt.

Abg. Dr. Liebnecht (fortfahrend):

Sie (zum Zentrum) hätten einen gewaltigen Volkssturm entfachen können und mit der Sozialdemokratie — (Lachen rechts und im Zentrum.) — Die Mandaten haben Sie von uns gern genommen! (Lachen im Zentrum.) Tun Sie, bitte, mal nicht so! Es ist Ihnen natürlich unangenehm, daran erinnert zu werden, nachdem Sie in eine so aristokratische Nähe gerückt sind. (Heiterkeit links.) Aber der gute Geruch der sozialdemokratischen Waffenbrüderschaft wird Ihnen immer anhaften. Wenn Sie heute über

Strahendemonstrationen

sprechen, so ist die Sozialdemokratie ja nicht die erste große politische Partei, die Strahendemonstrationen gemacht hat. (Widerspruch.) Wie war es in den Zeiten des Kulturkampfes? Würde das Zentrum mit uns mit aller Begeisterung in den Kampf um das Reichstagswahlrecht eintreten, dann müßte die preussische Regierung und das Interregiment einem solchen Ansturm erliegen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und doch ist der Herrgott selbst ja sozialdemokratisch geworden! Das dürfte Ihnen vielleicht das wunderschöne Beispiel beweisen, das wir zu den großen Demonstrationen in Deutschland gehabt haben. (Heiterkeit im Zentrum.) Die Stimmung, die draußen im Volke sich immer lebendiger zeigt, ist einer weiteren Steigerung fähig, sie ist kein Strohschnee! Willen Sie sich nicht ein, daß die Gefahr vermieden ist, wenn Sie jetzt Ihre Seite recht schnell unter Dach und Fach bringen. Sie haben heute gesagt, daß Sie mit dem Landen sehr reich bei der Hand sind. Sie sind heute sehr vergnügt und zufrieden. Es wird darauf ankommen.

wer zuletzt lacht!

Und wir sind uns noch lange nicht darüber klar, daß Sie zuletzt lachen werden! Auch die Herren, die sich hinter Kanonen und Hüften verstecken, werden nicht immer die Herren in Preußen bleiben. Auch die Wähler des Zentrums werden sich einmal darüber klar werden, daß die Zentrumspartei samt allen Parteien des gegenwärtigen Kompromisses die Feinde des Volkes sind und die Sozialdemokratie wird dafür sorgen, daß Sie, die Sie mit dem Brandmal des Volksverrates behaftet sind. . . .

Vizepräsident Dr. Borck

ruft den Redner zur Ordnung. (Bravo im Zentrum.)

Abg. Liebnecht (fortfahrend):

Sie glauben, die Nacht in den Händen gegliht. Die Wahlrechtsreform wird bereits nicht mehr im Abgeordnetenhaus, sondern außerhalb gemacht. (Lachen rechts.) Sie sollten doch rechtzeitig einlenken, ehe der Volksturm dazu übergeht (andauerndes Gelächter rechts), die Wächter, Feilscher und Schächerer, die in dem Tempel des Volkes hausen, aus dem Tempel hinauszukerfen! (Vehementer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte.

Persönlich bemerkt

Abg. Freiherr v. Rittshofen (L.): Der Abg. Borgmann hat mir vorhin zugerufen: Eingebildeter Freiherr! Ich bitte den Präsidenten, dafür zu sorgen, daß solche verlebenden Juristen künftig unterbleiben. Ich weiß nun nicht, ob ich eingebildet sein soll auf den Freiherren oder ob der Freiherr eingebildet sein soll auf seine Bildung. (Heiterkeit rechts.) Herr Borgmann hat vermutlich eine Silbe zu viel gesagt, er wollte sagen: „Gebildeter Freiherr“. (Sehr gut! rechts.) Ob ich nun eingebildet bin oder nicht, ich glaube, daß ich durch meine Mitarbeit in diesem Hause mehr zum Wohle Preußens beitrage als Herr Borgmann. (Beifall rechts.)

Abg. Borgmann (Soz.): Es kann nicht meine Aufgabe sein, die Auffassungen und die Tätigkeit des Freiherrn v. Rittshofen in diesem Hause zu analysieren. Ich will nur darauf hinweisen, daß der Ruf, den ich gemacht habe, provoziert worden ist durch eine Anwendung des Abg. v. Rittshofen, die ich unbedingt als beleidigend ansehen mußte. Da Herr v. Rittshofen wiederholt in diesem Hause sich uns gegenüber auf seine höhere Bildung bezogen hat, so glaube ich, daß sagen zu dürfen, was ich ihm zugerufen habe.

In der

Abstimmung

wird der Antrag Kronsohn gegen die Stimmen der Linken abgelehnt. Die Resolution der Kommission, die dieselben Bestimmungen enthält, wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Es folgt die

Beratung der Petitionen.

Darunter befinden sich zahlreiche Petitionen auf Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen. Eine Resolution Wittmann und Genossen (Solingen) verlangt die Befreiung der preussischen Wähler dritter Abteilung von der Militärpflicht.

Abg. v. Seydewitz (L.): Ich beantrage, die Petitionen bis zur dritten Lesung zurückzustellen.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.): Ich hatte mich bereits zum Wort gemeldet. Diese Wortmeldung muß überhört sein.

Vizepräsident Dr. Borck: Dann frage ich das Haus, ob es Dr. Liebnecht hören will. (Juruse rechts und im Zentrum: Nein! nein!)

Der Antrag Seydewitz wird angenommen. Damit ist die zweite Lesung der Wahlrechtsvorlage beendet. Nächste Sitzung: Mittwoch, 11 Uhr. (Verhörenordnung für die Rechtsanwälte.)

Dritte Lesung der Wahlrechtsvorlage.

Schluss 4 1/2 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Gute Verbindungen.

Gerade so, wie es Gründer lieben, ihre Prospekte mit hoch klingenden Namen zu schmücken, behnden die Erwerbgesellschaften eine Vorliebe für Leute mit guten Verbindungen als Aufsichtsräte. Ehemalige Minister, sonstige Leute aus der „Firma Regierung“, herunter bis zum Landrat, sind begehrte Objekte für Gesellschaften, die nach „oben“ Anschlag suchen. Socheminis spielt dabei gewöhnlich eine untergeordnete Rolle; mit solchen Akquisitionen will man sich ja nur die sonst verlockenden Ären öffnen, und damit den Weg zu guten Geschäften frei machen. Das z. B. die Große Berliner Strahendbahn so große Erfolge bei der Regierung hatte, zum Schaden der Gemeinden, wird in eingeweihten Kreisen in der Hauptsache auf die guten Verbindungen zurückgeführt, die der Direktor der Gesellschaft, Ministerialdirektor a. D. Wirtl. Geh. Oberregierungsrat Dr. jur. Wids, aus seiner früheren Staatsstellung in das Direktorium der Strahendbahngesellschaft mit übernommen hat. Weil solche Verbindungen sehr wertvoll sind, empfiehlt die Darmstädter Bank ihren Aktionären nun den gewesenen Staatssekretär Dr. v. Stengel als Aufsichtsrat zu angeht. Da solche Pöfchen

nette Stangen Gold einbringen, lassen sich die Herrschaften in der Regel auch nicht lange nötigen. So trat der verlassene Handelsminister Müller nachher in den Ausschicht der Kommerz- und Diskontobank ein. In der Preussischen Zentral-Verkehrs-Bank... (Text continues with names of officials and institutions)

Das ist natürlich nur eine kleine Auslese. In die Hunderte geht die Zahl der Generale, Admirale, Regierungsräte a. D., die nach dem Ausschreiben aus dem Dienst resp. Amtsverhältnis in den Ausschicht großer Gewerkschaften eintreten. Recht auffällig war zum Beispiel auch der Uebergang, den der Regierungsrat Boelter mit seinem Sprung in das Direktorium des Stahlwerksverbandes vollzog. Auf dem hier gezeigten Wege finden die Scharfmahergelüste der Industriegehaltigen auch das — geeignete Ohr der Regierung! Das erklärt manches!

20 Prozent Dividende — Unerträgliche Lasten.

Der Geschäftsbericht der Bergwerksgesellschaft „Arenberg“ für das Jahr 1909 stellt den Aktionären das laufende Jahr bessere Ertragnisse in Aussicht, als das Berichtsjahr erbrachte. Voraussetzung für eine höhere Dividende sei allerdings, daß dem Bergbau nicht wiederum von allen Seiten neue Lasten aufgebürdet werden, die nachgerade eine fast unerträgliche Höhe erreicht haben. Und die Nummerdividende für 1909 beträgt „nur“ 20 Prozent.

Süße Geschäfte.

Neben der Schnapddruckerie ist der Zuckerrübenbau für unsere Neben Agrarier der lukrativste Zeitvertreib. Wenn auch bei dem letzteren die Internationalität der Produktion, die zugleich die Konkurrenz des Zuckers in sich schließt, eine absolute Nachteilstellung der deutschen Rohproduzenten, wie sie in der Rübenproduktion besteht, ausschließt, so wirkt trotzdem auch dieser Geschäftszweig ganz enorme Gewinne in die unergründlichen Taschen der Agrarier. Als begünstigendes Moment wirkt, daß die internationale Regelung des Zuckerverkehrs eine leidlich sichere Basis für die spekulativen Interessen gibt. Die Preise für Zucker sind in den letzten Jahren fortgesetzt gestiegen. Es betrug zum Beispiel der Preis im Anfang März auf dem Magdeburger Markte für sofortige Lieferung in Markt pro 50 Kilogramm:

1904	1906	1908	1910
16,15	17,60	20,25	28,30

Jetzt ist demnach der Preis um rund 76 Prozent höher als im Jahre 1904.

Eifrig kolportierte Nachrichten über schlechte Ernten und daneben die internationale Großspekulation tragen an der die unglaublichen Gewinne in sich schließenden Preissteigerung die Schuld. Da die deutschen Agrarier mit den Zuckerrüben eng verflochten sind, so fällt auf sie außer den glänzenden Rübenpreisen auch noch ein Teil des spekulativen Zuckergewinnes. Der Konsument zahlt ja alles.

Feierschichten.

Die Einlegung von Feierschichten auf fiskalischen und privaten Gruben im rheinisch-westfälischen Kohlengebiet scheint über weniger bedeutungsvolle Einzelfälle hinauszugehen. Große Felsen haben im März schon zwei Feierschichten eingelegt. Der nachlassende Abwurf veranlaßt das Kohlen Syndikat, vorläufig noch von einer Erhöhung der Beteiligung Abstand zu nehmen.

Norddeutscher Lloyd. Nach dem Geschäftsbericht für das Jahr 1909 ergeben sich folgende Zahlen: Betriebsüberschüsse 32 800 000 (1908 3 218 000), anhergesehene Reparaturen 3 877 000 (im Vorjahre 3 205 000), allgemeine Unkosten, Steuern, Zinsen usw. 7 518 000 (im Vorjahre 8 291 000), Abschreibungen 20 083 000 (im Vorjahre 14 027 000), Ueberweisung an den Versicherungsfonds 1 401 000 (im Vorjahre 1 407 000), Ueberweisung an das Fiskuskontenloko 70 000. In diesen Ziffern ist der dem Lloyd aus den Abmachungen mit dem Morgan-Traut zuschende Betrag nicht berücksichtigt.

Die Dampfpflüge in Preußen am 1. April 1909.

Die neueste Auszählung der Dampfpflüge in Preußen hat ein weiteres Anwachsen ihrer Zahl um 49 seit der letzten Verarbeitung der Katasterkarten ergeben. In bezug auf die Verteilung nach den Provinzen schreitet Posen mit 137 Dampfpflügen nach wie vor an der Spitze; ihm schließen sich an Schlesien mit 131 und Sachsen mit 123 von ihnen. In weitem Abstande erst folgen dann Westpreußen mit 51, Pommern und Brandenburg mit 27 und 28, Ostpreußen mit 14, Hannover mit 12 Dampfpflügen. Schleswig-Holstein hat deren nur 2, Westfalen und Hessen-Nassau je 4; Mecklenburg und die Pommerschen Lande haben dagegen keine Dampfpflüge.

Rückgang der Holzgepreise.

In Großbritannien sind nämlich die Notierungen für Blooms in den letzten Tagen von 90 bis 82 Schilling auf 90 Schilling, die Notierungen für Knüppel um 82—84 Schilling auf 92 Schilling und für Planken um 95—97 Schilling auf 94 Schilling pro Tonne zurückgegangen. Diese Tatsache beweist, daß am internationalen Eisenmarkt eine Krise herrscht, die zu den vielfachen Produktionsminderungen gar nicht passen will.

Aus der Frauenbewegung.

Entwürdigende Bettelei.

In einem Diskussionsstunde hatte der Deutsche Frauenbund seine Mitglieder und Freunde in dem Weinrestaurant des Neuen Schauspielhauses geladen, um dem Vortrag der Margarete Behm über: „Welche sozialen Pflichten hat die verfertigte Frau für ihre unverfälschten Schwestern?“ zu lauschen. Wir könnten es uns wohl schenken, über die dort vorgebrachte allbekannte Weibermachtigkeit Räberes zu bringen, wenn nicht durch die Referentin ein so unglaublicher Grad von Ungehörigkeit darin dargelegt worden wäre,

daß er jeder ehelichen Heimarbeiterin die Rölle der Scham ins Ansehen treiben muß, und wenn nicht in einer Zeit, wo des Selbstbewußtseins des ungelerten Arbeiters zu erwachen beginnt, sich eine Gefinnung niedriger gehängt werden müßte. Verfolgt ist die Frau, sagt M. Behm, die in ihrem Beruf genug verdient. Das Verständnis der verfertigten Frau (der fatten Bürgerfrau) für die unverfälschte müße geweckt werden, die allgemeine Schwesternlichkeit und Brüderlichkeit zu allen Menschen. Die Verfertigten müssen helfen durch die Tat, dann sei jede Klassenluft sofort überbrückt, dabei spiele die Stimmung der unpolitischen Frauen, der Frau und Mutter, nach Margarete Behm, keine unwesentliche Rölle. Unverfälscht sei die Heimarbeiterin, die mit ihrer täglichen Arbeit nicht das Nötigste beschaffen könne, die keinen Normalarbeitslohn habe. Das beruhe nicht auf Bosheit der herrschenden Klassen, sondern kommt so aus den Weltverhältnissen heraus. Weismann Hollweg würde sagen: aus gottgegebener Abhängigkeit! Mein Wunder, daß die Heimarbeiterinnen durch ihre doppelte Last vor der Zeit altern, verbraucht sind. Die Witwe eines Gutsbesizers habe es mit Anfertigung von Stöcken auf 10 Pf. pro Stunde gebracht, manche Heimarbeiterin verdiene noch viel weniger. Beweis die Heimarbeiterausstellung 1906. Nun dürften aber darum doch nicht die Heimarbeiterinnen zu Spänen werden, sonst ginge das Singsende, Weiche, Entfaltung der deutschen Frau verloren, deshalb sollten doch die lieben bürgerlichen Schwestern helfend beizutreten, und auch die anwesenden Herren könnten diese Schütztruppen verstärken. Die Armen der Ärmsten sollten wohl ihr Recht kennen lernen und vertreten, aber beiseite sollten sie keine Kampfsorganisation werden, nicht der Hof, sondern die Liebe solle mobil gemacht werden. 60 Ortsgruppen der Gewerkschaftsbereine der Heimarbeiterinnen hätten sich schon in Deutschland gebildet, mit annähernd 6000 Mitgliedern, was M. Behm aber nicht so bestimmt behaupten wolle, weil sich manche Ortsgruppe wieder auflöse. Das läme aber nur davon, weil sich keine verfertigten Frauen an den betreffenden Orten darum bekümmerten.

Auch die „hohen Herren“ begannen jetzt schon mit den armen Frauen über Besetzungswürde zum Besten der Arbeiterinnen zu sprechen (Man denke!) Die Frau der besseren Stände müße die große Vermittlerrolle übernehmen und eine starke Organisation der armen Heimarbeiterinnen sei notwendig. Den Vorstand dieser Organisation müßten die vornehmen Frauen bilden, sie allein müßten Vorlesende, Schriftführerinnen und vor allen Dingen Kassiererinnen sein, besonders das letztere, damit sich so ein armes hungerndes Weib niemals an der anvertrauten Kasse vergreifen könne. Auch für Arbeitsgelegenheiten könnten die bürgerlichen Damen Sorge tragen. Wer von ihnen nicht mitarbeiten wolle in der Tat, der könne durch Geldgaben seine Sympathie kundgeben. Für die krumm und lahm gearbeiteten Heimarbeiterinnen gäbe es sogar schon ein Erholungsheim in Budow; wenn sie dort aufrepariert wären, könnten sie auch wieder bessere Rütter und Hausfrauen sein. Und mit einem schneidigen Hieb auf die bekannte eine Partei, die am „linkesten“ stehende, die gar nicht genannt zu werden brauche, die die Heimarbeiterinnen ausbeute um, schloß die Referentin, an deren Lobhudelei der bürgerlichen Klassen sich eine im ganzen ebenso jammervolle Disziplin anschloß. Man sollte es möglichst vielen Heimarbeiterinnen ermöglichen, so einen Vortrag der Madame Behm in hohen Kreisen beizuwohnen, dann wäre besagte Madame Behm bei den Heimarbeiterinnen am schnellsten mit ihrem Latein zu Ende.

Ein Frauentag wurde in den Vereinigten Staaten von Amerika am letzten Sonntag im Februar abgehalten. Veranstalterin war die Sozialistische Partei. In allen Staaten, von Maine bis Kalifornien, wo eine sozialistische Parteiorganisation besteht, wurden Versammlungen abgehalten, um für das Frauenstimmrecht zu demonstrieren. In zehntausenden Ansprachen wurde aufgeführt, für die Rechte der Frauen einzutreten, und zugleich erklärten die Redner und Rednerinnen, daß von allen Parteien nur die sozialistische ehrlich für die Frauenrechte eintrete. Die Versammlungen erfreuten sich fast überall eines starken Besuches; der Frauentag wird als ein großer Erfolg betrachtet.

Soziales.

Leo Tolstoj über die Genossenschaftsbewegung.

Der russische Genossenschaftler Dr. V. Tolomajew hat am 27. Januar vom Grafen Leo Tolstoj einen Brief folgenden Inhalts bekommen: „Sie haben recht, wenn Sie glauben, daß die Genossenschaftsbewegung meinem Geiste veranlagt sei. Ich behaupte und werde nie aufhören zu sagen, daß das einzige radikale Mittel gegen das herrschende Uebel des Kampfes und der Bedrückung der Mehrheit des Volkes durch eine nichtarbeitende Minderheit die religiöse Wiedergeburt der Individuen ist. Aber das hindert mich nicht, zu erklären, daß die Gründung und Förderung von Genossenschaften die einzige soziale Tätigkeit ist, welche sich einem moralischen Menschen, der kein Bedrücker sein will, in unserer Zeit ziemt. Ich stimme Ihnen darin zu, daß die Genossenschaftsbewegung das Uebel der Arbeitenden vermindern kann. Aber ich kann nicht zugeben, daß diese Bewegung eine religiöse Stimmung aus sich heraus zu entwickeln vermag. Im Gegenteil, nur die religiös-moralische Wiedergeburt der Menschen kann die Genossenschaftsbewegung befechtigen und befruchten. Jedenfalls denke ich, daß die Genossenschaftsorganisation eine der besten Tätigkeiten unserer Zeit sei. Ihr kann sich die zahlreiche Jugend, die dem Volke dienen will, widmen. Wäre ich jung, so hätte ich dasselbe getan, und sogar jetzt hoffe ich noch, etwas in genossenschaftlicher Richtung für die mit nachstehende Pauerenschaft zu tun.“

Mit Tolstoj's verächtlicher Phantasterei über Religion, religiöser Wiedergeburt und dergleichen stimmen wir keineswegs überein. Interessant ist, daß auch dieser idealistische Feuerkopf die Wichtigkeit des realen Lebens von Genossenschaften nicht verkennt. Freilich können Genossenschaften etwas Erhebliches nur leisten, wenn sie von genossenschaftlichem, demokratischem, sozialem Geiste belebt sind. Das ist der Fall bei den von und für Arbeiter errichteten Genossenschaften. In Berlin ist in letzter Zeit, seit der Zentralisation der Genossenschaften, die Zahl der Mitglieder der Konsumgenossenschaft erfreulich in die Höhe gegangen. Sie erreicht aber weder absolut noch relativ bei weitem nicht die Zahl in anderen Großstädten. Sozialdemokraten, die Konsumgenossenschaften beitreten, erzielen nicht nur für sich und ihre Familie erhebliche Vorteile, sondern wirken auch durch ihre demokratische Mitarbeit im Konsumverein propagandistisch für den Gedanken des Verwandslung der Produktionsmittel durch und für das Volk.

Rentenschinderei gegen Landarbeiter.

Nach der durch das Unfallversicherungsgezet vorgeschriebenen Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes zur Festsetzung einer Rente wird, falls die Arbeiter über 1600 M. pro Jahr verdienen, der überschüssende Teil nur zu einem Drittel in Anrechnung kommt. Von dieser Gesamtsomme bildet dann nur zwei Drittel die Vollrente. Der Arbeiter hat demnach, falls er erheblich zu Schaden kommt, weit über ein Drittel des Schadens selbst zu tragen. Noch weit schlimmer sieht es jedoch mit der Berechnung der Rente bei den Landarbeitern aus. Das Unfallversicherungsgezet für Land- und forstwirtschaftliche Arbeiter bestimmt, daß als Jahresarbeitsverdienst der Betrag zugrunde gelegt wird, der von der höheren Verwaltungsbehörde für den Kreis festgesetzt worden ist. Wir haben eine ganze Anzahl von Kreisen, in denen für erwachsene männliche Personen der Jahresarbeitsverdienst auf die niedrige Summe von 350 M. festgesetzt ist. Es klingt wie Hohn, wenn von diesem Betrag nur zwei Drittel als Vollrente — also 233 1/3 M. für das Jahr — in Anrechnung kommt. Ueberdies gibt aber der § 13 des U.-V.-G. den Genossenschaften das Recht, diesen so niedrig normierten Jahresarbeitsverdienst noch zu reduzieren, falls der Verletzte vor dem Unfall bereits erwerbsfähig gewesen ist. Wie diese Vorschriften zum Nachteil des Arbeiters wirken, zeigt nachstehender Fall: Der Viehhüterer Sch. erlitt am 4. April 1909

in einem landwirtschaftlichen Betriebe durch Verriessunfall einen Bruch des linken Armes. Nach Ablauf des Heiljahres 1909 setzte der Kreisaußschuß des Kreises Ober-Barnim in Treienwalde a. O. für die Folgen des Unfalls eine Rente von 25 Proz. fest. Für den Kreis Ober-Barnim beträgt der von dem Regierungspräsidenten festgesetzte Jahresarbeitsverdienst 500 M. Die Genossenschaft legte jedoch nicht diesen Verdienst der Berechnung zugrunde, sondern erklärte, daß Sch. schon vor dem Unfall um 75 Proz. in seiner Erwerbsfähigkeit behindert gewesen sei, demzufolge könne der Rentendeberechnung nur ein Jahresarbeitsverdienst von 125 M. zugrunde gelegt werden. Die Vollrente würde demnach 88,34 M. betragen und 25 Proz. gleich 22,08 M. als Jahresrente.

Durch das Arbeitertribunal Berlin wurde gegen den Bescheid der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Berufung eingelegt und geltend gemacht, daß Sch. den üblichen Lohn als Viehhüterer wie die anderen auch mit 210 M. nebst Duplat erhalten hat. Daß Sch. wie jeder andere Arbeiter auch seine Arbeiten vor dem Unfall ungeschädigt hat verrichten können und daß nicht angenommen sei, daß ein Arbeiter gegen einen Arbeiter, der nur noch über ein Viertel seiner Leistungsfähigkeit verfüge, den vollen üblichen Lohn zahlen würde. Des Weiteren wurde hervorgehoben, daß der Jahresarbeitsverdienst, der für die landwirtschaftlichen Arbeiter in den einzelnen Kreisen festgesetzt ist, doch als durchschnittlicher Jahresarbeitsverdienst bezeichnet ist und demzufolge dieser Durchschnittslohn für alle Geltung habe.

Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung im Regierungsbezirk Potsdam holte Auskunft in Bismarck darüber ein, ob der Kläger vor dem Unfall seine Arbeiten ungeschädigt verrichtet habe. Das wurde bejaht. Das Schiedsgericht kam darauf zu der Ueberzeugung, daß Kläger vor dem Unfall voll erwerbsfähig gewesen ist. Für diese Tatsache spreche der Umstand, daß Sch. einschließlich des Wertes der freien Wohnung und der Naturalien einen Jahreslohn von 810 M., also erheblich mehr als den vom Regierungspräsidenten auf 500 M. festgesetzten durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst landwirtschaftlicher Arbeiter bezogen hat. Es erklärte mit Recht, daß den Schätzungen der Ärzte, Sch. sei vor dem Unfall um 75 Prozent erwerbsbehindert gewesen, eine ausschlaggebende Bedeutung nicht beizumessen sei. Die Genossenschaft wurde verurteilt, der Berechnung der Rente den vollen Jahresarbeitsverdienst von 500 M. zugrunde zu legen. Nunmehr beträgt die Rente 6,66 M. pro Monat.

Gerichts-Zeitung.

(Siehe auch S. Beilage.)

Ein Kollektiererei.

Die Schulkinder in Uebelsitz und einem anderen in der Nähe gelegenen Orte sollten in einer Gasmischerei ein gemeinsames Schulfest abhalten. Einer großen Anzahl Eltern war das Lokal nicht recht, wohl aus politischen Gründen. Sie veranstalteten deshalb für ihre Kinder an dem Tage eine Wagenfahrt nach Blankensee. Die Herren Teschke und Sixmann gingen, um dazu Geld aufzubringen, zu den Eltern und fragten, ob sie und ihre Kinder die Wagenfahrt mitmachen. Sie erhielten Geld, und zwar auch von solchen Eltern, deren Kinder nicht mitmachen sollten. Darauf wurden sie angeklagt wegen unerlaubten Kollektierens. Das Landgericht Altona verurteilte sie auch auf Grund der Polizeiverordnung des Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein vom 31. Januar 1892, die das Kollektieren betrifft. Das Gericht nahm an, daß die Angeklagten mit Bewußtsein und Absicht auch zu Leuten gegangen seien, von denen sie gewußt hätten, daß sie ihre Kinder nicht mitfahren ließen, daß sie aber aus Geschäftsrücksichten etwas zugeben würden. Darin wurde das Kollektieren gesehen.

Auf die Revision der Angeklagten hob das Kammergericht das Urteil des Altonaer Landgerichts auf und verwies die Sache an das Landgericht mit folgender Begründung zurück: Die Verordnung des Oberpräsidenten vom 31. Januar 1892 sei zu Unrecht angewendet worden. Diese Verordnung habe der Oberpräsident selber schon im November 1908 aufgehoben. Wahrscheinlich infolge eines Urteils des Kammergerichts. An ihrer Stelle sei eine Verordnung des Regierungspräsidenten vom 14. Dezember 1908 getreten. Sie sei durch diesen gleichsam neu eingeführt worden. Es frage sich, ob die neue Verordnung hier anwendbar sei. Darum müßte ihre Gültigkeit geprüft werden. Zunächst stehe fest, daß die preussische Regierungs-Instruktion von 1817 auch in Schleswig-Holstein gelte. Diese gebe den Bezirksregierungen (jetzt Regierungspräsidenten) das Recht, bei solchen Rechtsnormen, die etwas verbieten, ohne Strafen anzudrohen, Ergänzungen zu schaffen durch Erlaß von Strafbestimmungen. Derartige Normen beständen aber in Schleswig-Holstein aus der Dänemäler. Verbote und Beschränkungen des Kollektierens enthielten Verordnungen aus den Jahren 1777, 1782, 1784 und 1808. Sei somit das Kollektieren auch in Schleswig eine unerlaubte Handlung, so habe der Regierungspräsident mit Recht durch die Verordnung vom 14. Dezember 1908 es unter Strafe gestellt. Sie sei gültig. Das Landgericht müsse sich nochmals mit der Sache beschäftigen, um zu prüfen, ob sie sich vorliegend anwenden lasse, inwiefern der festgesetzte Tatbestand unter sie falle. Wenn es der Zweck der Polizei ist, alles für strafbar zu erklären, so erfüllt die preussische Polizei ihre Aufgabe in größtem Umfange.

Antlicher Marktbericht der kgl. Märkte-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Märkten. Markttag: Freitag: Futur stark, Weizen leicht. Preise für Rindfleisch ansehnlich, für Schmalz leicht nachgebend. Wild: Futur ohne Bedeutung, Weizen regt. Weizen fest, Weizen leicht, Weizen stark, Weizen wenig verändert. Butter und Käse: Weizen ruhig, Preise für Butter unverändert, für Käse mehrfach verändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Weizen sehr still, Preise gedrückt.

Witterungsbericht vom 14. März 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerhöhe mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temperatur in Grad C	Stationen	Barometerhöhe mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temperatur in Grad C
Emmende	762,5	SB	3bedekt	2	Qabarnum	765,2	SB	3bedekt	-14		
Damberg	764,5	SB	3bedekt	2	Petersburg	761,0	ED	4bedekt	-8		
Berlin	765,5	SB	2wolkenl.	1	Schwab	763,5	ED	4wolkenl.	-1		
Frankfurt	767,0	SO	1Dunst	1	Übersee	769,5	SB	1bedekt	8		
München	766,5	SB	2bedekt	5	Paris	766,0	ED	2wolkenl.	1		
Wien	764,5	SB	3bedekt	8							

Wetterprognose für Dienstag, den 15. März 1910.

Nachts sehr kühl, am Tage wieder etwas wärmer bei ziemlich schwachen südwestlichen Winden und veränderlicher Bewölkung, ohne erhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wassersand-Nachrichten

der Landbedarfs für Gewässerwerke, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wassersand	am 13. 3.	am 12. 3.	Wassersand	am 13. 3.	am 12. 3.
Remag. Mühl	392	-18	Saale, Gochsitz	158	-4
Bregel, Jüterburg	15	-12	Havel, Spandau	106	-2
Reichel, Tüben	178	-10	Reichel, Spandau	151	-1
Ober, Rottler	145	-3	Spree, Spremberg	76	0
Krausen	143	-5	Seeberg	143	-1
Frankfurt	105	-7	Weser, Minden	12	-4
Wahlz., Schirm	62	-4	Rhein, Rindon	109	-3
Wahlz., Landsberg	70	+3	Rhein, Rindon	455	-3
Rege, Gordanum	22	-13	Rhein, Rindon	292	-7
Elbe, Dammberg	39	-4	Rhein, Rindon	297	-9
Weser, Minden	-76	-6	Rhein, Rindon	100	-2
Weser, Minden	221	-7	Rhein, Rindon	193	-5
Weser, Minden	180	-10	Rhein, Rindon	183	-9

+) + bedeutet Wind, - Fall - *) Unterpost.

Kostenlos



Muff und Pelz, Handtasche, wie nebenstehend abgebildet, und viele andere anerkannt wertvolle Gegenstände erhalten Sie bei Benützung von **Flammers Seife und Flammers Seifenpulver**. Hunderttausende solcher Geschenke kamen bis jetzt zur Verteilung. Beide Waschmittel sind die denkbar besten, geben mühelos und ohne besonderes Bleichen schönste Wäsche, sie sind garantiert unschädlich, ausgiebig und billig im Preis. Sparfame, auf ihren Vorteil bedachte Hausfrauen verwenden nur noch



Flammer Seife u. Seifenpulver

Generaldirektor Emil Steeves, NW. 30, Bahnhof Siergarten, Glöckchenbogen 470/71, Grimpecker: Amt II (Städtl), Str. 2076.

Fruchtweine

kräftig und abgelagert sind billiger, wohlschmeckender und nahrhafter als **Branntwein!**

Johannisbeerwein, herb und süß	1/2 Flasche 60 Pf.
Heidelbeerwein, herb und süß	1/2 " 35 "
Stachelbeerwein, süß	
Himbeerwein, süß	
Kirschwein, süß	1/2 Flasche 70 Pf.
Brombeerwein, süß	1/2 " 40 "
Erdbeerwein, süß	

Zu haben in allen Geschäften, welche unsere Waren führen!

Fruchtweine

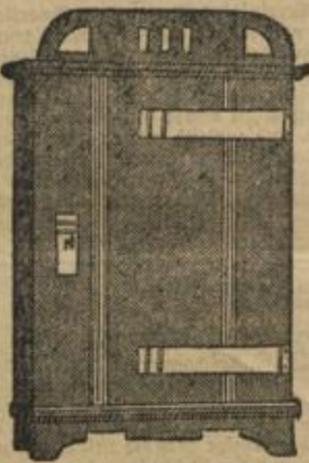
sind für Schankwirte zum Ausschänken aus dem Fasse sehr vorteilhaft; Schankwirte und Wiederverkäufer erhalten bedeutende Preisermäßigung.

Hermann Meyer & Co. Akt.-Ges.
Berlin N., Watt-Str. 11/12. 4006L*

Jeder Herr, welcher schön!

und elegant sich kleiden will, empfehlen wir große Vorräte beste Monatsgarderobe. Unsere Sachen sind in feinsten Verhältnissen (teils auf Seide) gearbeitet, von Herrschaften, Doktoren, Kavalleristen nur kurze Zeit gebraucht. Für jede Figur (auch für den höchsten Herrn) haben wir passende Sachen auf Lager, fabelhaft billig. Außerdem Herren-Baletts 8 12 14 18 W. | Gehrock-Anzüge 14 18 22 26 W. Jackett-Anzüge 10 12 16 20 W. | Herren-Hosen 3 4 5-7 W. Rock-Anzüge 12 16 18 20 W. | Jacketts, Brocks, Smoking etc.

J. WAND, Hauptgeschäft: Gr. Frankfurter Str. 116, Andreasstraße.
Monats-Garderoben-Haus. II. Geschäft: Chausseestr. 89.
III. Geschäft: Brunnenstraße 179.



Hausapotheke, dunkel Eiche.



Geschenkt bekommen Sie

neben abgebildete und noch viele andere hübsche Gegenstände, wenn Sie
Gentners Schuherème „Nigra“
Gentners Seifenpulver „Schneekönig“
Gentners Sauerstoffwaschpulver „Joffa“
Gentners Metallputzpaste „Paseba“
Gentners flüssige Metallpolitur „Gentol“
in Ihrem Haushalt verwenden.

Alleiniger Fabrikant
Carl Gentner in Göppingen (Württemb.)
und Fabrikant des beliebten Veilchenseifenpulvers „Goldperle“ mit Geschenk in jedem Paket.

!Verkauf nur an Händler!

Spezialitäten in 6, 7, 8 u. 10 Pf.-Zigarren eigenes Fabrikat aus garantiert reifen, gesunden, rein überseeischen Tabaken. Hervorragend in Geschmack, Brand und sauberer Arbeit

La Fama



La Fama

Vorstenlanden-Spezialität M. 48.— in Kisten, M. 46.50 im Karton.
!Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft!
Max Otto, Zigarren-Fabrik, BERLIN NO. 18, Landsberger Str. 90.
Geöffnet nur wochentags 8-1 und 3-7 Uhr.

Fehlt Ihnen etwas?

für die neue Wohnung,

so geben Sie rechtzeitig in unser Spezial-Haus. Dort finden Sie gr. Partie-Posten:
Teppiche v. M. 4.50, 8, 12.50, 24, 36, 45 usw.
Gardinen v. M. 2.10, 3.50, 4.00, 7.50, 9.00, 12 usw.
Portieren v. M. 3.00, 3.75, 9.00, 11.50 usw.
sowie Steppdecken, Tisch- u. Umarmdecken, Läufer- und Möbelstoffe etc.

bis **40%** im Preis herabgesetzt

Teppichhaus Adler

Königsrasse 20-21, a. d. Jüdenstraße.

Pumpen

aller Art für Abessinier- u. Kesselbrunnen, Jauchepumpen usw. in bester Ausführung zu den billigsten Preisen. Kataloge gratis.

Paul Gries,
Berlin SO. 16,
Köpenicker Straße 44.

Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in Bruchbänden, Leibbinden, Gestrüpphalter, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Lieferant für Dis- und Disfrankentassen.

Berlin N., jetzt Lothringer Straße 60. Alle Bruchbänder mit elastischen Borten, angenehm u. weich am Körper.

MANOLI CIGARETTES

zu haben in den Spezial-Geschäften
DANDY-CHIC
GIBSON GIRL - LA FLEUR

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik. Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten. Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen. Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten zu Originalpreisen.**
Amt 4, 3014.

Endlich zahnenden Kindern

eine Hilfe, um die qualvollen Schmerzen zu beseitigen und den Zahndurchbruch zu erleichtern, durch

Wehninde-Zahn-Balsam

welcher auf das Zahnfleisch aufgespritzt wird, sofort wirkt und laut ärztlichem Gutachten völlig unschädlich ist. Eine Flasche M. 1.— Für Flaschenkinder verwende man außerdem

Wehninde-Kindernahrung

Zu haben in fast allen Apotheken und besseren Drogerien. Ausführlichen Prospekt daselbst oder durch die Fabrik chem. Spezialitäten **Adolf Kirch, Bonn**, kostenlos.

Engelhardt Caramel-Bier

Alkoholfreies Spezialbier.

Ärztlich empfohlen für Nervöse, Bleichsüchtige, nährnde Mütter etc. etc.

Preis pro Flasche 10 Pf. Eherall käuflich.

Bräuerei Ernst Engelhardt Nachf. A.-G.
BERLIN-PANKOW.
Größte Malzbräuerei Deutschlands.

Saman Tee viel billiger als Kaffee

Heute Dienstag, abends 8 Uhr, finden die

48 Volks-Versammlungen in Groß-Berlin

(siehe Annonce)

statt. Kein Anhänger unserer Partei, kein Freund des freien Wahlrechtes darf fehlen.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Landtagswahl im 6. Berliner Landtagswahlbezirk.

Die Wahlmännerergänzungen für die durch Tod, Umzug u.ä. ausgeschiedenen Wahlmänner finden heute, Dienstag, für die von uns bereits veröffentlichten Urwahlbezirke statt. Es ist angeordnet, daß zuerst die

2. Abteilung in der Zeit von vormittags 9 bis mittags 12 Uhr, alsdann die

1. Abteilung von nachmittags 1 bis 2 Uhr und zuletzt die 3. Abteilung von nachmittags 3 Uhr bis abends 8 Uhr das Stimmrecht ausübt.

Die Wahlhandlung wird pünktlich mit dem Ende der für jede Abteilung festgesetzten Wahlzeit geschlossen.

Demnach dürfen nach Schluß der für jede Abteilung festgesetzten Wahlzeit Urwähler der Abteilung, die zur Wahl standen hat, nicht mehr zur Abstimmung zugelassen werden, auch dann nicht, wenn sie sich bereits vor dem Schluß der Wahlzeit ihrer Abteilung im Wahllokale eingefunden hatten.

Ferner wird darauf hingewiesen, daß der Wahlvorsteher von den zur Wahl erscheinenden Wählern die Vorlegung einer Legitimation verlangen kann; als solche gilt: Steuerquittung, Invaliditätskarte, Militärpapiere usw. oder die den Urwählern noch zugehende Wahlkarte. Diese wird außer der vollständigen Adresse des Urwählers die Nummer des Urwahlbezirks, die Wahlabteilung, die Nummer, unter welcher der Urwähler in der Abteilungsliste verzeichnet steht, sowie den Tag der Wahl nebst Wahlzeit und das Wahllokal enthalten.

Es ist wünschenswert, daß sich Hilfskräfte, vor allem arbeitslose Genossen, an der Wahlarbeit beteiligen. Meldungen im Zentralbureau von Arndt, Kolladenstraße 52, Amt VII, 6355.

Rixdorf. Für Monat März findet ein Lesabend nicht statt. — Bei der Bekehrung wurde in der „Neuen Welt“ eine Schlippsack mit Bild gefunden. Diefelbe kann in der Parteipost, Redakteur, 2. abgeholt werden. Außerdem lagern dortselbst noch ein paar Stöcke und Hüte, welche am 13. Februar auf dem Richardplatz gefunden wurden.

Charlottenburg. Heute abend Lichtbilder Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Beck: „Die baltische Revolution 1548/49“ und Gesangsvorträge der „Charlottenburger Liedertafel“. Anfang pünktlich 8 Uhr; Eintrittskarten à 10 Pf. sind bei den Gruppen- und Bezirksführern zu haben. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Nein-Schönebeck, Nichtenau, Nohndorf, Schöneiche. Zum Besuch der Wahlrechtsdemonstrationsversammlung in Friedrichshagen (bei Conrad, abends 8 Uhr), treffen sich die Parteigenossen und -genossinnen am Bahnhof Nohndorf. Abfahrt 7 Uhr 57 Minuten. Späterkommende ersuchen wir, sich direkt in die Versammlung zu begeben.

Nieder-Schönebeck. Dienstag, den 15. März, abends 8 1/2 Uhr, findet beim Genossen Kienast, Grünauer Straße 8, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Der Vorstand.

Friedenau. Heute, Dienstagabend, Flugblattverbreitung.

Mahlsdorf (Ostbahn). Am Freitag, den 18. März, abends 8 Uhr, findet im Lokale des Herrn Linke eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Die Freiheitskämpfe im Jahre 1848 und die jetzige Wahlrechtsbewegung. Referent Genosse R. Bühler, Lichtenberg. 2. Die bevorstehende Stadtwahl zur Gemeindevertretung.

Am Mittwoch, 8 Uhr abends, findet eine Handzettelverbreitung statt, an der sich alle Genossen beteiligen müssen. Treffpunkt im „Heidekrug“, Köpenicker Allee 1 und im Restaurant Dräger, Bahnhofstraße.

Friedrichshagen. Sämtliche Parteigenossen wollen sich heute abend, pünktlich 7 Uhr, zu einer wichtigen Flugblattverbreitung in den Bezirkslokale einfinden.

Ruhns-Wusterhausen. Mittwoch, den 18. März 1910, abends 8 Uhr, findet im Lokale von Wehborn, „Altes Schützenhaus“, unsere Wahlvereinsversammlung statt.

Gleichzeitig weisen wir alle Freunde eines freien Wahlrechts auf die am Dienstag, den 15. März, abends 8 Uhr, im Lokale Geiser, Wilbau, stattfindende öffentliche Versammlung hin. Tagesordnung: 1. „Polizeimahregeln statt Wahlrecht!“ Referent: Genosse Thurow-Rixdorf. 2. Diskussion.

Sarshorst. Achtung, Parteigenossen! Die Versammlung heute abend fällt der Wahlrechtsversammlungen wegen aus. Wir besuchen die Versammlung „Bellevue“, Nieß Kummelsburg.

Berliner Nachrichten.

Die Inseln im Tegeler See sind doch städtischer Besitz geworden. Aus dem Rathaus wird berichtet: Die von der Stadtgemeinde um den Preis von rund 850 000 M. für Wasserwerkzwecke gekauften drei Inseln im Tegeler See: Scharfenberg, Lindwerder, Baumwedder, mit einer Größe von rund 27 Hektar, sind am Sonnabend, den 12. März, von dem Eigentümer Volle an die Stadtgemeinde aufgelassen worden. Die Auktion hat trotz dem in Zeitungsberichten erwähnten Vorlaufrecht erfolgen können, da der Verkäufer und der Magistrat übereinstimmend zu der Ansicht gelangt sind, daß die Ausübung des Vorlaufrechtes im vorliegenden Falle rechtlich unwirksam war.

Der „Patientenstreik“ in der Heilstätte Quak, der im „Vorwärts“ mitgeteilt worden war und dann auch in der Stadtverordnetenversammlung von unseren Genossen zur Sprache gebracht wurde, soll noch weiter untersucht werden. So versprach es der Stadtverordnete Herr Stadtrat Strahmann in der Rede, durch die er Herrn Dr. Reuter, den leitenden Arzt der Heilstätte, als Unschuldengel hinzustellen suchte. Inzwischen haben wir selber noch weitere Zeugen befragt, um zu prüfen, was von den Angaben des Herrn Strahmann zu halten sei. Da ist nun auf das bestimmteste gesagt worden, daß der Patient D., dessen Person im Mittelpunkt der Affäre steht, keineswegs „mehrere Tage nacheinander“ unpolitisch in die Liegehalle gekommen sei. Nur einmal habe er sich verpatet, versichert D., und andere deutlichen es. D. hat uns auch den Anlaß zu jener Verpatung genannt: er war damit beschäftigt gewesen, einen Brief an seine Frau zu schreiben, und darüber hatte er überhaupt gelassen, daß die Liegezeit begann. Er bewachte sich dagegen, daß er gegenüber der Schwester,

die ihn deshalb zur Rede stellte, sich ungebührlich benommen habe. Falsch ist auch die Darstellung Strahmanns, daß aus diesem Grunde oder wegen „Störung der Liegekur“ D. entlassen worden sei. In Übereinstimmung mit den Angaben des „Vorwärts“ sagt man uns immer wieder, den Anstoß zu dem ganzen Zwist habe ein Wortwechsel zwischen D. und einem 16jährigen S. gegeben, wobei S. sich in der vom „Vorwärts“ geschilderten Weise benommen habe. Der Arzt Dr. Reuter habe beiden eine Rache liege gestunde und zudiktirt; D. aber habe, weil er im Recht zu sein glaubte, sich geweigert, sie zu leisten, und sei dann aus diesem Grunde entlassen worden. Die Verpatung und die angebliche Ungehörigkeit gegenüber der Schwester habe hiermit in keinerlei Zusammenhang gestanden, und auch von einer nennenswerten Störung der Liegekur durch den Wortwechsel könne keine Rede sein.

Die weiteren Angaben, die man uns über Dr. Reuter gemacht hat, werfen auf diesen Mann ein eigenartiges Licht. Es „läßt tief blicken“, daß manche Patienten geradezu eine Abneigung dagegen haben, sich von ihm untersuchen zu lassen. Der Herr soll sich dabei mitunter so ungeduldig und reizbar gezeigt haben, daß Leute mit seiner Haut ihm gern aus dem Wege gehen. Wenn die Patienten in der Liegehalle weilen und er von seinem im Hauptgebäude gelegenen Zimmer aus eine „Ungehörigkeit“ zu bemerken glaubt, kommandiert er mandatorisch sofort vom Fenster aus über die dazwischen liegende Wiefe hinweg in schreierendem Ton: „Ruhel! Liegenbleiben!“ Auch diese Manier ist charakteristisch für ihn. In der Liegehalle sollen die Patienten weder lesen noch eine laute Unterhaltung führen, ja sogar das Gilt Herrn Dr. Reuter als „Störung der Liegekur“, während der Liegezeit ausgetreten. Die Bedürfnisanstalt, die als Zubehör der Liegehalle den Patienten dicht vor die Nase gesetzt ist, gilt Herrn Dr. Reuter offenbar nur als Dekorationssache. Bei dem reichlichen Mißgeschick, zu dem die Patienten angehalten werden, ist es natürlich nicht so einfach, während einer bis zu 1 1/2 Stunden dauernden Liegezeit das Mosettverbot des Herrn Doktors zu respektieren. Auf Verhandlungen läßt Dr. Reuter sich nicht gern ein, und von der Zurücknahme einer Anordnung fürchtet er eine Schwächung seines Ansehens. Von S., der zur Begründung seiner Bitte um Erlass der Nachliegezeit ihm den Anlaß seines Wortwechsels mit S. vortragen wollte, verlangte er, erst solle er nachliegen und dann solle er kommen und mit ihm reden.

Ueber die Selbstherrlichkeitsmanier des Herrn Dr. Reuter wird auch vom Personal geklagt. Und wird versichert, aus Anlaß des „Patientenstreiks“ sei es von Wärtern wie eine Erlösung empfunden worden, daß nun endlich einmal die Öffentlichkeit Kenntnis von der in Buch herrschenden Wirklichkeit erhalten solle. Aus mancherlei Angaben, die man uns gemacht hat, schließen wir, daß sogar leitende Schwestern die Empfindung gehabt haben, eine gütliche Einigung sei wünschenswert. Herr Dr. Reuter wird sich damit trösten, daß er wenigstens des Oberbürgermeisters vollen Beifall hat.

Rebenbei bemerkt: dem Oberbürgermeister sollen wir in unserer Betrachtung über die letzte Stadtverordnetenwahl persönliche Gründe für seine Verteidigung Dr. Reuters untergeschoben haben, behauptet die „Freisinnige Zeitung“. Diese Entkräftung steht gerade ihr besonders zu gut, denn, die bekanntermaßen im Unterziehen von Motiven das menschenmögliche leistet. Wir hatten nur nach einer Erklärung dafür gesucht, daß Herr Rixdörfer, obwohl er sich noch auf kein Ergebnis irgend einer Untersuchung fügen konnte, ganz gegen seine Gewohnheit mit einem hitigen Eifer ins Zeug ging, der ihn sogar zu einer seine Befugnisse durchaus überschreitenden Aeußerung der Ungeduld über die Debatte verleitete. Wir sagten, daß Herr Rixdörfer wohl deshalb in die Debatte eingegriffen habe, weil gerade er den Dr. Reuter, der dem Herrn Oberbürgermeister während seines Sommeraufenthaltes auf Schloß Buch als Hausarzt diene, genau zu kennen glaube. Daran knüpfen wir die Vermutung, daß gegenüber ihm der Herr Doktor gewiß nicht jenen Ton anschlagen werde, der als „Unkroffigierston“ gekennzeichnet worden ist. Sollte er aber etwa doch mit dem Herrn Oberbürgermeister ebenso unspringen, so nehmen wir hiermit unsere Vermutung reumütig zurück.

Inzwischen hat freilich Dr. Reuter selber den Oberbürgermeister bereits widerlegt. Sofort nach Erscheinen des „Vorwärts“-Artikels hat er, wie wir jetzt erfahren, seinen Ton geändert. Dieser Anfang zur Besserung, der in den Reihen der Patienten Uebererregung hervorgerufen hat, ist uns ein Beweis dafür, daß Reuter sein bisheriges Verhalten als ungebührig erkannt hat. Hiermit richten sich selber auch die Unverschämtheiten, die der „Kollal-Anzeiger“ über den Patientenstreik in seiner Sonntagsnummer unter der Rubrik „Berliner Beobachter“ veröffentlicht hat.

Ein gefährlicher Lebensbrand kam gestern nachmittags gegen 5 Uhr in dem Wedding-Bazar an der Ecke der Reinholdsdorfer Straße 163 und Blantagenstraße zum Ausbruch. Das Personal flüchtete. Die Feuerwehr aus der Konigsstraße war bald zur Stelle, wodurch eine weitere Ausdehnung verhindert werden konnte.

Krank und hilflos aufgefunden wurde vorgestern nachmittag vor dem Hause Beufelstr. 44 ein unbekannter Mann von etwa 40 Jahren. Ein Schuhmann brachte ihn nach dem Krankenhaus Roabit. Der Kranke, der seinem Neuhieren nach Arbeiter zu sein scheint, ist etwa 1,70 Meter groß und trug ein Jackett, schwarze Weinkleider und einen schwarzen leisen Hut.

Die Leiche eines neugeborenen Mädchens wurde vorgestern auf der Südseite des Egerplatzes an der Schopenhauer Allee aufgefunden. Sie war ganz nackt und in einem Erdhaufen verscharrt. Die Ermittlungen nach der Mutter hatten noch keinen Erfolg.

Die ersten Opfer des Rudersports. Mit dem Eintritt des frühzeitigen Frühlingsschwitters sind auch die Anhänger des Rudersportes auf dem Havel erschienen und am Sonntag waren die Gewässer in der Umgebung Berlins von zahlreichen Booten belebt. Gleichzeitig hat sich aber auch schon der erste Unglücksfall ereignet. Ein Ruderboot des Klubs „Vellus“, das mit sechs Mann besetzt war, obwohl es nur für fünf Personen Platz aufwies, versuchte trotz der hochgehenden Wellen von Rudendorf aus den See zu durchfahren. Etwa 200 Meter vom Ufer entfernt wurde das Fahrzeug, das infolge der Ueberlastung ziemlich tief ging, von einer heftigen Welle erfasst und kenterte. Die Anassen stürzten sämtlich in das eiskalte Wasser, vermochten sich aber teils an dem Fahrzeug festzuklammern, teils durch Schwimmen an der Oberfläche zu halten. Als die Bergung infolge des kalten Bades fast zu erstarren drohten, wurden sie von dem vom Friedrichshagen kommenden Motorboot „Alexandria“ aufgenommen. Bei dem Rettungsversuch wurde das Motorboot selbst manövrierunfähig, weil Tauwerk und auf dem Wasser treibende Ausrüstungsstücke der Ruderer sich in der Schraube verfangen hatten. Der zur Hilfeleistung herbeigeeilte Dampfer „Prinz August Wilhelm“ der „Steen“-Gesellschaft brachte zunächst die sechs Verunglückten, die völlig erstarrt und benimmungslos waren, nach dem Restaurant „Bellevue“, wo ihnen ärztliche Hilfe zuteil

wurde und sie trockene Kleidung erhielten. Nach mehrstündiger Ruhe und sorgfamer Pflege konnten die Ruderer sämtlich nach ihren Wohnungen gebracht werden.

Rudervereine in Treptow. Früher als in vergangenen Jahren eröffnete die Treptower Bahn den Reigen der Rudervereine. Trotz des trüben, unfreundlichen Wetters hatte sich eine stattliche Zuschauermenge eingefunden, die mit Interesse den Kämpfen auf dem Jement folgte. Die Hauptnummer des Programms, ein Stundenrennen mit Motorführung, wurde von Demke, Rosenlöcher und A. Schulze bestritten. Demke, der nach dem Start an dritter Stelle lag, eroberte sich bald den zweiten und nach 10 Kilometer den ersten Platz vor Rosenlöcher. Schulze hatte bald zu Beginn Reifenschäden und später Defekt an seiner Führungsmaschine, so daß er weit ins Hintertreffen kam, dann aber gegen Rosenlöcher aufholte und diesem wieder zwei Runden abnahm. Das Ergebnis war folgendes: Stundenrennen 500, 350, 200 M. 1. Demke, 58,850 Kilometer; 2. Rosenlöcher, 58,350 Kilometer; 3. A. Schulze, 58,000 Kilometer. In den Pfliegerrennen gab es starke Felder und den Sieg des besten Fahrers. Im Hauptfahren siegte Otto Meher (Ludwigshagen) überlegen vor Fr. Hoffmann, Schwab und Böbe, während im Kränzenfahren Pankle vor Trinkl und Gangevoort den ersten Platz belegte.

Vermisst wird seit Freitag, den 11. März, der Schneiderlehrling Paul Jung. Er verließ an diesem Tage mittags 1 Uhr die elterliche Wohnung, um nach seiner Arbeitsstätte, Spandauer Straße 46, zu gehen, ist aber dort nicht eingetroffen. Da er an Krämpfen leidet, wird angenommen, daß er auf der Straße einen Anfall bekam und seitdem planlos umherirrt. Er ist etwa 1,60 Meter groß, von blauer Gesichtsfarbe und hat blondes, hochstehendes Haar. Bekleidet war er mit braunfarbtem Jacketanzug, etwas anders gemusterter ebenfalls brauner Hose, dunkelblauer Schirmmütze, Stehkragen, bläulicher Schleiße und schwarzen Schnürstiefeln. Sollte jemand nähere Angaben über den Verbleib des Vermissten machen können, so wird gebeten, diese an die Adresse: E. Jung, N. 4, Cheusfeldtstr. 121, gelangen zu lassen.

Zeugen, die beobachtet haben, wie am 24. Dezember d. J., abends 6,50 eine Frau in der Staligerstraße kurz vor der Haltestelle an der Hochbahn von einem Straßenbahnwagen niedergestoßen und etwa 15 Meter mitgeschleift worden ist, werden gebeten, sich bei Frau S. Porzjowial, Grünauer Straße 2, Hof III, zu melden.

Vorort-Nachrichten.

Die Gemeindevahlbewegung.

Lebenau. Die diesjährige Wahlbewegung verläuft zwischen den bürgerlichen Parteien ganz ruhig, trotzdem es noch vor einigen Tagen den Anschein hatte, als sollten über die Kandidatenfrage Differenzen ausbrechen. Der am Orte vegetierende evangelische „Arbeiterverein“ ließ noch vor ein paar Tagen durch seinen Vorsitzenden im Friedenauer Blätchen einen Bericht los, daß der Verein in diesem Jahre unbedingt an einer Kandidatur festhalte, selbst auf die Gefahr hin, dem Sozi zum Siege zu verhelfen. Ein paar Tage später war der Herr durch seinen Seelenhirtens eines anderen belehrt worden. In einer öffentlichen Versammlung, in deren Komitee außer dem sogenannten Kommunalverein noch verschiedene andere Regel- und Klaffclubs vertreten waren, lagen sich die feindseligen Brüder gerührt in den Armen. Die Angst vor der Arbeiterschaft hat sie zusammengeschweißt. Aufgestellt wurden der bisherige Gemeindevorsteher Herr Kunow und der im vergangenen Jahre bei der Erwahlung gewählte Herr Oberlehrer Weber. Was hatten sich die Gemeindevorsteher und insbesondere die Lehrer gerade vom Herrn Weber versprochen. Wenn jetzt die Friedenauer Lehrer mit ihren Gehaltsfragen unter den Vororten von Groß-Berlin an 28. Stelle stehen, so trägt nicht den geringsten Teil der Schuld der Herr „Lehrervertreter“. In dieser Versammlung meldete sich auch ein Genosse zum Wort, doch wurde ihm von den Vorstehenden, einem Herrn Dr. med. Heinke erklart, daß Sozialdemokraten zur Diskussion nicht zugelassen würden. Erst als sich Genosse Olonski an die Versammlung wandte, war es ihm möglich, den zahlreich anwesenden Herren aus der Gemeindevorstellung ihre ganze Miskandigkeit auf sozialpolitischem Gebiet vor Augen zu führen. Er zeigte an der Hand von Beispielen, wie man in derselben für die Not und das Elend der Arbeitlosen nur blutigen Hohn und lächerliches Grinsen übrig hatte. Es sei daher unbedingt nötig, daß endlich einmal Vertreter in die Vertretung entsendet werden, welche lebendig das Wohl der Allgemeinheit im Auge haben. Dies möglich zu machen, sei heilige Pflicht der Arbeiterschaft am Orte.

Pankow. Morgen Mittwoch ist der erste Wahltag. Wie notwendig es ist, daß von unserer Seite intensive Agitation betrieben werden muß, wenn wir siegen wollen, zeigt die Tatsache, daß unsere Bürgerlichen den letzten Sonntag treppauf treppab, von Alt zu Zär gingen, um sich zu vergewissern, daß auch ein jeder an den beiden Wahltagen zur Wahl erscheint. Genossinnen und Genossen, tut ein gleiches. Wir dürfen uns von den Bürgerlichen nicht beschämen lassen. Agitiert auch für die heute Dienstag abend stattfindenden Wählerversammlungen. Ferner ersuchen wir an dieser Stelle nochmals, recht frühzeitig zur Wahl zu gehen. Ramentlich für die Wähler im ersten Bezirk empfiehlt es sich, etwas früher Feierabend und dadurch die offensichtliche Spekulation mit der Verlegung des Wahllokals nach der Breitestraße zu machen. Unser Zentral-Wahlbureau befindet sich an beiden Wahltagen bei Reihner, Schloßstr. 2. Alle Wahlhilfskräfte wollen sich hier, und zwar recht zahlreich einfinden. Das Wahlkomitee.

Grünau. Heute finden im „Waldschlösschen“, Inb. Leffler, die Wahlen der 8. Klasse statt. Die Wahlzeit ist nachmittags von 3-8 Uhr. Tut jeder Arbeiter heute seine Schuldigkeit, dann werden die frohen Hoffnungen unserer Gegner zerschanden. Die Kandidaten unserer Partei sind: Lagerhalter Wilhelm Bedrendts und der Maschinenarbeiter Rudolf Brichmeier. — Parteigenossen, die sich heute nachmittags frei machen können, werden gebeten, sich um 2 1/2 Uhr im „Forsithaus“ einzufinden. Das Wahlkomitee.

Mahlsdorf (Ostbahn). Am vorigen Mittwoch und Donnerstag fanden hier die Gemeindevorwahlen für die dritte und zweite Abteilung statt. Die Wahl in der zweiten Abteilung war für uns belanglos, da wir uns nur mit einer Pflanzkandidatur daran beteiligten. Sie wurde in der Hauptsache zwischen dem Hausbesitzerverein und dem Grundbesitzerverein Mahlsdorf-Süd ausgetragen. Die Agitation des Hausbesitzervereins stand auf einem sehr niedrigen Niveau und war von recht geistloser Art. Von 181 eingeschriebenen Wählern stimmten 68 ab. Davon erhielt der Hausbesitzerkandidat 57, sein Gegenpartner 28 und unser Genosse 5 Stimmen.

Anderes gestalteten sich die Dinge in der dritten Abteilung. Hier waren zwei Vertreter zu wählen. Dazu hatte unsere Partei zwei, der Hausbesitzerverein zwei, der Bürgerverein einen und der Grund-

besitzerverein einen Kandidaten aufgestellt. Von 608 Wählern beteiligten sich 284 an der Abstimmung. Es erhielten unsere Genossen Schmidt und Schumann 147 bzw. 143 Stimmen. Die Hausbesitzer 91 und 13, der Kandidat des Bürgervereins 69 und der Kandidat des Grundbesitzervereins 52 Stimmen. Demnach hätten unsere Genossen die absolute Mehrheit gehabt, wenn die Kennung der Kandidaten in der richtigen Reihenfolge erfolgt wäre. Aber fünf unserer Wähler hatten Schmidt an zweiter und Schumann an erster Stelle genannt. Dadurch erhielt Genosse Schmidt 142 erste und fünf zweite Stimmen, so daß ihm eine Stimme an der absoluten Mehrheit fehlte, und er sich einer Stichwahl unterziehen mußte. Die bürgerlichen Wähler stimmten ganz lunterbunt durcheinander und ein großer Teil gab nur eine Stimme ab. Ihre Kandidaten erhielten der Reihenfolge nach: 91, davon 48 erste und 45 zweite Stimmen; 69, davon 33 erste und 31 zweite Stimmen; 52, davon 47 erste und 5 zweite Stimmen; 13, davon 6 erste und 7 zweite Stimmen. Zweite Stimmen wurden insgesamt 231 abgegeben, davon erhielt unser Genosse Schumann 138 (neben 5 ersten) so daß er gewählt ist. Der bürgerliche Kandidat mit dem unser Genosse Schmidt in die Stichwahl kommt erhielt nur 47 erste Stimmen. Dieser Herr, ein Glasmeister Ulrich war früher Parteigenosse und Bezirksführer im dritten Berliner Reichstagswahlkreis. Während der Wahlkämpfe schickte er auch noch etwas rot, um Arbeiterstimmen zu fangen, aber jetzt zur Stichwahl soll er den bürgerlichen Vereinen die weitgehendsten Zusicherungen gegeben haben, daß ihn nichts mehr mit der Sozialdemokratie verbindet. Der Stichwahlkampf wird also jedenfalls ein sehr hartnäckiger werden.

Das Wahlresultat konnte für uns ein besseres sein und die Stichwahl erspart bleiben, wenn unsere Genossen am Wahltag ihre volle Schlußigkeit getan hätten. Das war leider nicht der Fall. Viele kamen erst am Abend ins Wahllokal, um ihre Stimme abzugeben und den Sieg mit nach Hause zu nehmen; wohingegen die Gegenparteien einen großartigen Schieberdienst organisiert hatten. Es machte einen geradezu widerwärtigen Eindruck, als der ehemalige Sozialdemokrat Ulrich am Abend einen ganzen Trupp Arbeiter mit der Strohhalm angelockt brachte, die alle für ihn stimmten. Hier war es Aufgabe unserer Genossen, rechtzeitig einzulegen, dann konnte es nicht vorkommen, daß 49 Arbeiter für bürgerliche Kandidaten stimmten und 115 Arbeiter überhaupt nicht zur Wahl gingen. Die Stichwahl wird voraussichtlich anfangs nächster Woche stattfinden und bis dahin müssen die Genossen das Verhängnis nachsehen. Auch die Genossen in Berlin und Köpenick können hier Hilfe leisten. Die meisten derjenigen Arbeiter, welche gar nicht oder gegen uns gestimmt haben, sind in diesen beiden Orten beschäftigt und auch wohl gewerkschaftlich organisiert. Neben einer Anzahl ungelerner Arbeiter kommen vornehmlich Maurer, Klempner und Holzarbeiter in Betracht und wird es Aufgabe ihrer Arbeitskollegen sein, diese Leute energisch an ihre Pflicht zu erinnern.

Neuenhagen. Am Donnerstag, den 17. d. Mts., finden hier die Gemeindevertreterwahlen statt. Die dritte Wählerklasse, zu der von unserer Seite die Genossen Karl Köpfer und Otto Höpfer aufgestellt sind, wählt von 12-4 Uhr. Tut ein jeder seine Pflicht, dann ist auch der Sieg unser.

Neuenhagen a. Ob. Bahn. Am Donnerstag, den 17. März, finden im Saale des Herrn Hedemann, Neuenhagen (im Dorf) die Gemeindevertreterwahlen statt. Die 8. Wählerklasse wählt von 12 Uhr mittags bis 4 Uhr nachmittags. Parteigenossen! Jeder muß sein möglichstes dazu beitragen, unseren Kandidaten, Köpfer Karl Höpfer und Sattler Otto Höpfer zum Siege zu verhelfen. Dienstag (heute) abend Flugblattverteilung. Material ist bei den Genossen R. Böhm, Bankrat und Laake in Empfang zu nehmen. Am Tage der Wahl treffen sich die Genossen vormittags 11 Uhr bei Jagersien zu einer Besprechung.

Mantental, Jernsdorf. Die Wahl zur Gemeindevertretung findet heute, Dienstag, den 15. März, statt, und zwar wählt die dritte Abteilung nachmittags von 5-7 Uhr, die zweite Abteilung von 7-8 Uhr abends. Wahllokal ist das Badische Restaurant in Jernsdorf. Es sind zu wählen: In der zweiten Abteilung ein Nichtangehörer; in der dritten Abteilung ein Angehörer und ein Nichtangehörer. Letzterer wird als Ergänzung für einen inzwischen verstorbenen Gemeindevertreter auf zwei Jahre gewählt. Kandidaten der Sozialdemokratie sind: für die zweite Abteilung Ferdinand Hünke, Maurer; für die dritte Abteilung Otto Lange, Maurer, und Franz Lange, Maurer.

Schönendorf (bei Königs-Wusterhausen). Donnerstag, 17. März, nachmittags von 3 1/2-5 Uhr, findet in Schönendorf im Lokal von Rudolf Köpfer die Ergänzungswahl zur Gemeindevertretung der dritten Klasse statt. Unserer Kandidat der dritten Klasse ist der Genosse Schlosser Wilhelm Colberg. Es ist Pflicht aller Arbeiter, sich um 3 1/2 Uhr im Wahllokal einzufinden. Alle Genossen und Freunde werden ersucht, ihre Arbeitskollegen, die in Schönendorf ihren Wohnsitz haben, auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen. Wenn jeder seine Pflicht tut, ist das Mandat auf weitere Jahre unser.

Schönendorf (Kreis Teltow). Die Gemeindevahl findet heute Dienstag, den 15. März, nachmittags von 4-8 Uhr, im Lokal von Schulze statt. Trotz der ungünstigen Witterung werden die Genossen dringend ersucht, ihre Pflicht anzuknüpfen und endlich in die Bauernhochburg Freie zu legen.

Tempelhof. Am Mittwoch, den 16. März, früh von 8 bis abends 8 Uhr, finden im Gemeindefestsaal, Dorfstr. 42, die Ergänzungswahl- und Verstärkungswahlen zur hiesigen Gemeindevertretung statt. Genossen! Kommt zeitig zur Wahl; macht Freunde und Bekannte darauf aufmerksam und versuche sich jeder mit legitimierter Verabredung kann, stelle sich dem Wahlkomitee im „Wilhelmshof“ zur Verfügung. Unsere Kandidaten sind: Max Schmidt, Martin Müller und Louis Franz.

Wahlergebnisse.

Mariendorf. Bei der gestern stattgefundenen Gemeindevortreterwahl erhielten die sozialdemokratischen Kandidaten Weber 664, Habelschäke 663 Stimmen, auf die Kandidaten der Demokraten, die von den Hausbesitzern und Bürgervereinen unterstützt wurden, entfielen nur 62 und 57 Stimmen.

Heute findet die Fortsetzung der Wahl in Südenbeke statt, die jedoch an dem Resultat nichts mehr zu ändern vermag. Die Genossen Weber und Habelschäke sind also jetzt schon als gewählt zu betrachten.

Rahnsdorf. Bei der Ergänzungswahl der dritten Klasse der Gemeindevertretung erhielt Genosse Schow 25 Stimmen, von den Gegenkandidaten brachte es der des Grundbesitzervereins, Herr Wahn, auf 72 und der Kandidat der sogenannten „Wienpfeifer“, Herr Kraam, sogar auf 127 Stimmen. Empörend wirkte auf die Mehrzahl der anwesenden Wähler der Antrag, der mit den zu 90 Proz. zu unrecht in der Wählerliste aufgeführten „Forensikern“ getrieben wurde. Sage und Schreibe: 100 Forensikern gab Herr Kraam ab, während Herr Wahn nur „44“ vorlegen konnte. Die Stimme der Einzelner kommt also nur in der Stimmenzahl unseres Kandidaten zum Ausdruck.

Gegen die Wahl ist wegen einer ganzen Reihe von Unregelmäßigkeiten Protest eingelegt worden.

Reedersdorf. Die am Freitag, den 11. d. Mts., stattgefundenen Gemeindevortreterwahl brachte uns in der dritten Klasse 22 Stimmen. Zwei bürgerliche Kandidaten erhielten zusammen 82 Stimmen und in zwischen diesen eine Stichwahl erforderlich. In der zweiten Klasse erhielten wir 4, der bürgerliche Kandidat 21 Stimmen.

Reedersdorf. Trotz aller Machinationen der Banern und der mit diesen verbundenen, neu gebildeten Grundbesitzervereine, ist es gelungen, bei der am Sonntag, den 12. d. Mts., erfolgten Gemeindevortreterwahl den ersten Sozialdemokraten in das Dorfparlament zu entsenden. Genosse Franz Stilling erhielt den insgesamt 81 Stimmen 41, zwei bürgerliche Kandidaten zusammen 39, eine gesplittet. In der zweiten Klasse erhielt Genosse E. Höpfer

Barth 20, drei bürgerliche Kandidaten zusammen 19 Stimmen, eine gesplittet. Es ist mithin eine Stichwahl erforderlich, welche am Sonntagabend, den 19. d. Mts., abends von 6-7 Uhr, im gleichen Lokale stattfindet. Gelingt es, die Stimmigen heranzuziehen, so ist auch hier der Sieg unser.

Bergfelde. Bei der am Freitag, den 11. März, stattgefundenen Gemeindevortreterwahl wurde unser Genosse Schmidt mit 18 Stimmen gewählt. Der Kandidat des Grundbesitzervereins erhielt 12 Stimmen.

Hohenschönhausen. Bei der gestrigen Gemeindevortreterwahl wurde der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Thiele, mit 99 gegen 60 bürgerliche Stimmen gewählt.

Marktgräfede (Teltow-Beeskow). Einen außergewöhnlichen Erfolg brachten uns die in der vergangenen Woche stattgefundenen Gemeindevortreterwahlen. Zu wählen waren fünf Gemeindevortreter und zwar einer in der dritten und je zwei in der zweiten und ersten Abteilung. Gewählt wurden: Genosse Otto Grahnid in der dritten Abteilung, die Genossen Gustav Wilde und Franz Glanz in der zweiten Abteilung, Genosse Karl Grahnid in der ersten Abteilung.

Wir haben damit zwei neue Siege in der Gemeindevertretung erobert und damit die Mehrheit erreicht. Von den 18 Gemeindevortretern sind 10 Sozialdemokraten.

Rigsdorf.

Aus der Stabverordnetenversammlung. Bei der Beratung des Schuletats verlangt die sozialdemokratische Fraktion, daß der Magistrat mit der Versammlung in einer gemischten Deputation über den Ausbau des Schulsystems in Beratung tritt. Stadtd. Heller (Soz.) sagt begründend, daß die Unternehmung und ärztliche Überwachung der Schulkinder über den Kreis der Lernanfänger hinaus ausgedehnt werden muß. Da in der Schuldeputation Vertreter der Arbeiter nicht sitzen, obwohl diese an der Volksschule in erster Reihe interessiert sind, so muß zur Vorbereitung eine gemischte Deputation eingesetzt werden. Bürgermeister Dr. Weinreich hält ebenfalls die Ausdehnung der ärztlichen Aufsicht in der Volksschule für notwendig und sagt Berücksichtigung der in der Resolution ausgesprochenen Wünsche zu. Mit Rücksicht darauf ziehen die Antragsteller letztere zurück.

Gegen die für Erteilung des katholischen Religionsunterrichts eingetragene Entschädigung der Geistlichen in Höhe von 500 M. polemisiert Stadtd. Nohe (Soz.). Er beantragt Streichung, da ja sonst jede von den vielen bestehenden Religionsgesellschaften und Sekten mit einem gleichen Verlangen kommen könnte. Die Religion ist Privatsache des einzelnen. Für den Antrag votieren nur die Sozialdemokraten; er wird abgelehnt.

Stadtd. Jermeloff (Soz.) rügt, daß von der für Gewährung von Schulbauförderungen im laufenden Etat eingestellten Mittel Ersparnisse gemacht worden sind. Das wäre unmöglich, wenn die Lehrer ihre vielfach hervortretende Gegnerschaft aufgeben und Eltern und Kinder über den Nutzen der Väter aufklären würden. Die vorgelagte Statistik über die Vadebeihilfen der Kinder ist geradezu blamabel. Der Unterricht in Körperpflege müßte überhaupt ein wesentlich anderer und besserer sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Schuletat balanciert insgesamt in Einnahme und Ausgabe mit 2556 500 M. Die Gemeindefestungen erfordern einen Zuschuß von 1 878 500 M., die höheren Schulen 200 400 M. — Der Etat der städtischen Fortbildungsschule wird ebenfalls genehmigt. Zu seiner Balancierung mit 42 975 M. sind 23 175 M. Zuschuß nötig.

Beim Etat der Kanalisationsverwaltung beantragt Stadtd. Rahmig die Herabsetzung der Hausbesitzergebühren von 2 1/2 auf 2 Proz. des Gebäudemehrwertes. Redner entwirft in langen Ausführungen, die wiederholt von Zurufen und Heiterkeit der Sozialdemokraten unterbrochen werden, ein fürchterliches Bild von der Kollage der Hausbesitzer. Jetzt wolle man diesen noch die Wertzuwachssteuer aufbürden, was vollends ihren Zusammenbruch herbeiführen wird. Er appelliert daher energisch an das Gerechtigkeitsgefühl der Versammlung. — In dasselbe Horn bläst Stadtd. Veltz, der eine energische Abwehr ankündigt. Die ewigen Anträge und Zusagen des Magistrats auf Krankenhausweiterbauten, Schularztanstellungen usw. usw. haben die Hausbesitzer satt; sie verlangen, daß nicht immer aus ihrer Haut Riemen geschnitten werden. — Stadtd. Heller (Soz.) wäre mit dem Antrag einverstanden, wenn das vom Antragsteller geforderte „Gerechtigkeitsgefühl“ bei den Hausbesitzern dahin ginge, daß dann auch die Riemen um 10 Proz. herabgesetzt würden. Das ist wohl nicht zu erwarten, weshalb der Antrag abgelehnt werden muß. — Nachdem Stadtd. Weigand und der Oberbürgermeister sich abgemüht hatten, in äußerst zahmen, von Rücksichtnahme auf die Hausbesitzer durchdrängten Ausführungen den Magistratsvoranschlag zu reiten, rief Stadtd. Abraham mit schwerem Gesichts gegen den Sammelfonds der Kanalisation heran. Er will diesen zur Stillung des seiner Meinung nach gerechtfertigten Verlangens der Hausbesitzer, daß einen Einnahmeausfall von nicht weniger als 133 000 M. bedeutet, herangezogen wissen. Dieser Redner sowohl als auch die Stadtd. Adam und Riemer fangen dann das hinlänglich bekannte Lied über die angebliche Opferwilligkeit der Hausbesitzer in den Kommunen, bis schließlich der letztgenannte die von diesen „schönen Seelen“ mit dem Antrag Wahmig inaugurierte Rodepolitik bekannnte, indem er ausrief: „Wir hätten mit der Herabsetzung noch ein paar Jahre gewartet, wenn Sie mit der Wertzuwachssteuer gewartet hätten!“ (Lebhaftes Wohl bei den Sozialdemokraten.) — Dieses Zugeständnis negierte Stadtd. Papeis (Soz.) nachdrücklich an, um dann in treffenden, wiederholt von Zurufen und Unruhe seitens der Mehrheit unterbrochenen Ausführungen dieser ein Spiegelbild ihres „Gerechtigkeitsgefühls“ vorzuhalten. Der Appell an dieses Gefühl sei aus dem Munde von Leuten, die alle Privilegien des Haus- und Grundbesitzes als selbstverständliches Recht betrachten und auf Rigsdorf die Schmach des Wahlrechtsverlustes geladen haben, nichts als Heuchelei. Der Redner schrie: „Es ist eine Dreistigkeit, nach alledem hier im Saale noch von Gerechtigkeitsgefühl zu reden!“ Der Sieg hatte besonders bei den auch-liberalen Wahlrechtsräubern geübt. Für Redner, Stadtd. Hermann, verfuhrte mit hochtönen Kopfe und sich überschlagender Stimme das dadurch zu verdecken, daß er dreiste, von keiner Sachkenntnis angeführte Anschuldigungen gegen unsere Genossen erhob, die Wahlrechtsfrage und das sozialdemokratische Parteiprogramm in krausen Gedankenreihen durcheinanderwerfend. Kräftige Zurufe der Sozialdemokraten gaben dem wunderlichen Herrn das zu erkennen. Eine nochmalige Bitte des Oberbürgermeisters fruchtete nichts bei den allmählich wild gewordenen Hausbesitzern und ihren Handlangern. Mit 33 gegen 26 sozialdemokratische Stimmen wurde in namentlicher Abstimmung, welche die Mehrheit selbst zwecks Kontrolle verlangt hatte, die Herabsetzung der Kanalisationsgebühren auf 2 Proz. beschlossen. Nach Verkündung des Resultats verließen die Herren fast alleamt den Saal, wahrscheinlich, um den Gewinn des seitens Hoppens im Erfrischungstraum gebührend zu feiern. Deringesäumt kamen erst alle wieder, als im weiteren Verlauf der Verhandlungen ein weiterer Antrag der Hausbesitzergruppe durchgeholfen werden mußte, der 124 700 M. aus Anliegerbeiträgen dem Reservefonds zuführen und Erweiterungsarbeiten der Kanalisation auf Anleihen übernommen wissen wollte. Mit 33 Stimmen wurde auch das unter Dach gebracht gegen die Sozialdemokraten. — Der Etat der Kanalisationsverwaltung schließt im Ordinarium mit 807 000 M. Einnahme und die Ausgabe ab.

Die Etat der Güterverwaltungen Wahmannsdorf und Boddinsfelde fanden glatte Erledigung. In der ersteren ist ein Wirtschaftsjahresbericht von 73 400 M., in letzterer ein solcher von 40 000 M. veranschlagt.

Der Voranschlag des Grundstückerwerbssfonds wird ebenfalls genehmigt.

Die diesjährige Märzfeier findet am Freitag, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr, in Hoppes Lokal, Hermannstr. 40, statt. Die Festrede wird vom Reichstagsabgeordneten Eichhorn gehalten. Ferner wird der in Arbeiterkreisen beliebte Männergesangsverein „Rigsdorf“ durch Gesang zur Verherrlichung des Abends beitragen. Rezitation von Freiheitsgedichten durch eine erste Kraft bürgt dafür, daß die Feier einen würdevollen Verlauf nimmt. Eintritt kostenlos, nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. — Zu dem am Montag, den 21. März, stattfindenden Marcel Salzer-Abend sind noch Eintrittskarten a 50 Pf. inkl. Garderobe bei den Funktionären, in der Expedition, Redstr. 2, und in den Lokalen von Hoppe, Hermannstraße 49, und Meier, Prinz-Handjery-Straße 3, erhältlich.

Der Bildungsausschuß.

Aus der Armendeputation. Auf der Grundlage der zum 1. April 1910 vorgesehenen Armenkommissionsbezirke werden die Armenarzbezirke wie folgt neu gebildet: Bezirk I umfaßt die Armenkommissionsbezirke 1, 2, 3 und 4 (Dr. Knoll), Bezirk II umfaßt die Armenkommissionsbezirke 5, 6, 7 und 8 (Dr. Schönfeld), Bezirk III umfaßt die Armenkommissionsbezirke 9a, 10a und 10b (Dr. von Lagemann), Bezirk IV umfaßt die Armenkommissionsbezirke 9b, 10a, 10b und 11 (Dr. Boetsch), Bezirk V umfaßt die Armenkommissionsbezirke 12, 15, 17 und 19c (Dr. Wandel), Bezirk VI umfaßt die Armenkommissionsbezirke 13, 14 und 18 (Dr. Boerner), Bezirk VII umfaßt die Armenkommissionsbezirke 21, 20a, 20b, 18a und 18b (Dr. Tornow), Bezirk VIII umfaßt die Armenkommissionsbezirke 22, 23, 24a und 24b (Dr. Stahn). — Bei den städtischen Körperschaften soll die Verhärkung mehrerer Stellungen des Kapitel V beantragt werden.

Die Redungskunde des Männergesangsvereins „Rigsdorf“ fällt infolge der Volksversammlungen heute abend aus; sie findet dafür am Donnerstagabend statt.

Von einem bedauerlichen Unglücksfall wurde am Sonntag, den 12. März, der Dachdecker Johannes Trümper aus Rigsdorf betroffen. Derselbe war auf dem Rathaus in Rigsdorf mit Reparaturarbeiten beschäftigt. Um seine Arbeiten auf dem sehr steilen Dach verrichten zu können, hatte er sich eine Dachleiter in den Dachhaken gehängt. Plötzlich brach der Dachhaken innen über der Dachplatte ab und der Dachdecker Trümper sauste, auf der Leiter stehend, mit dieser ab. Glücklicherweise blieb Trümper auf dem Dach hinter dem Schornstein liegen und entging auf diese Weise dem Abstieg, welcher sonst wohl tödlich verlaufen wäre. Er hat bei seinem Abstieg sich einen Knöchelbruch zugezogen.

Vom Spiel in den Tod. Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittag in der Schönweider Straße. Dort spielten eine Anzahl Knaben, unter ihnen der sechsjährige Sohn Rudolf des in der Schönweider Straße 20 wohnhaften Kohlenhändlers Käthe. Als ein Bierwagen der Victoria-Brauerei durchfuhr, verfuhrte der kleine unmitelbar vor dem Gehärt über den Bahndamm zu laufen, verriet dabei in das Geßpann, wurde umgerissen und stürzte so unglücklich, daß ihm die Räder des schweren Lastwagens über den Körper hinweggingen und seinen sofortigen Tod herbeiführten.

Schöneberg.

Erschossen aufgefunden wurde in seiner in der Kolonnenstraße belegenen Wohnung der 31jährige Leutnant Ernst R., der bei einem der hiesigen Verkehrsstruppenteile stand. Als vorgestern nachmittag ein Regimentskamerad ihn besuchen wollte, fand er die Wohnungstür verschlossen. Der Offizier ließ die Tür öffnen und man fand man R. tot auf einem Ruhebett liegend vor. Er hatte sich aus einem neben ihm liegenden Armeeordner eine Kugel in die rechte Schläfe gejagt, die seinen sofortigen Tod herbeiführte. Das Motiv zu dem Selbstmord soll angeblich in einer dienstlichen Anzeige des Vorgesetzten gegen den Offizier zu suchen sein.

Reinickendorf.

Eine Sängerversammlung findet morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Ramlow, Schönholzer Straße 17, statt, wozu sämtliche Sangesbrüder von Reinickendorf freundlichst eingeladen sind. Zahlreiches Erscheinen erwartet.

Der Vorstand des Arbeiter-Sängerbundes, Gau Berlin.

Karlshorst.

„Jagow, wo bist Du?“ so wird wohl mancher Karlshorster Spießer am Sonntag ausgerufen haben, als er den Demonstrationzug unserer Genossen sah.

Etwa 400 Personen hörten in einer Versammlung unter freiem Himmel die scharfpunktierte Wahlrechtsrede des Genossen Adolf Hoffmann, Berlin.

Nach Schluß ließ es sich die Mehrzahl der Zuhörer nicht nehmen, den Genossen Hoffmann nach der Bahn zu begleiten. Ein Zug von etwa 800 Männern und Frauen zog durch die Straßen der Villenkolonie und ließ durch seine Hochrufe auf das Wahlrecht sowie durch den Gesang von Freiheitsliedern die Leute mit „Wahl und Bildung“ um ihre heiligsten, 3-10prozentigen Güter zittern.

Die Polizei hatte keinen Auftrag, für uns zu agitieren; es lief alles friedlich ab.

Friedrichsfelde.

Aus der Gemeindevertretersitzung vom 11. März sind einige Punkte der Tagesordnung als besonders charakteristisch hervorzuheben. Unter anderem wurde die Anschaffung einer elektrischen Feueralarmglocke beschlossen, obwohl die verschärfte Aufsicht über die Erwartungen nicht entsprechen hat, weil man sich aber geizigenderweise — bei einem Gesamtpreis von 1250 M. — von vornherein dadurch gebunden hatte, daß man für die probeweise Installation volle 600 M. bewilligt und auch ausgegeben hat, so daß man nunmehr, um diese Summe nicht nutzlos ausgegeben zu haben, wohl oder übel in den Kauf willigen mußte. Mit weit größerer Gewissenhaftigkeit heriet man dagegen über eine Polizeiverordnung über das Halten von Hunden. Trotzdem früher schon langatmige Debatten darüber gepflogen wurden, verwendete man volle zwei Stunden darauf und etwas Rechtes kam demnach nicht zustande.

In der Diskussion über die Regulierung der Delbrückstraße wurde auch der himmelschreiende Zustand des Triftwegs zur Sprache gebracht. Die Schuld, daß das hauptsächlich in Frage kommende Stück in Länge von circa 60 Meter, welches aber als Zufahrtsweg sowohl für Neu-Lichtenberg als auch Friedrichsfelde große Bedeutung hat, noch völlig verwahrloßt liegt, sei der Stadtverwaltung von Lichtenberg zuzuschreiben — meinte der Gemeindevorsteher Ungewitter — welche die Angelegenheit wohl deshalb hinausögerte, um unserer Gemeinde einen möglichst hohen Kostenanteil aufzubürden. Es wird die Aufgabe der sozialdemokratischen Vertreter beider Gemeinden sein, mit allem Nachdruck für Wandel zu sorgen.

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung betraf die Beschlußfassung über die erhobenen Einsprüche gegen die Wählerliste für die Gemeindeverordnetenwahlen. Einige Einsprüche wurden als berechtigt anerkannt, der größte Teil jedoch abgewiesen, weil die betreffenden Personen nicht als selbständig angesehen wurden. Das sollte eine Warnung an alle, die es angeht sein, bei der polizeilichen Meldung an die Sicherung ihres Wahlrechts zu denken.

Die Gemeindevortreterwahl für die dritte Abteilung wird am Dienstag, den 22. März, nachmittags von 12-3 Uhr, im Schloßrestaurant, Wilhelmstr. 17a, stattfinden. Da die beiden anscheidenden Vertreter der dritten Abteilung die einzigen für die arbeitende Bevölkerung waren, die Gegner aber die Absicht haben, Gegenkandidaten aufzustellen, müssen wir alles daran setzen, um unseren Kandidaten, den Genossen

Otto Binscher, Krankenassenbeamter, und

Emil Heiser, Bergarbeiter,

zum Siege zu verhelfen und uns wieder eine Vertretung zu sichern.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Freitag, den 18. März, abends 8 Uhr:

General-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15.

Tages-Ordnung:

Kassenbericht, Bericht der Ortsverwaltung, Entwurf der Ortsverwaltung und der Angelegten, Verbandsangelegenheiten, Mitgliedsbuch und Delegiertenkarte legitimiert.

Montag, den 21. März:

Mitglieder-Versammlungen

in den Bezirken und Branchen.

80/13

Jalousie-Arbeiter.

Mittwoch, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlung

bei Walter, Adalbertstraße 62.

Bodenleger.

Mittwoch, den 16. März, abends 8 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15.

Bürstenmacher.

Mittwoch, den 16. März, abends 8 Uhr:

Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 3.

Tages-Ordnung:

Die bisherigen Verhandlungen des Gesamtausschusses mit den Unternehmern betreffend Erneuerung des Tarifs und unsere Stellungnahme dazu. Verschiedenes.

Steinsetzer und Berufsgenossen

Filiale Groß-Berlin.

Donnerstag, den 17. März, abends 7 1/2 Uhr:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung

famlicher Unterbezirk

in den Germania-Fractionsäulen (Weißer Saal, part.) Berlin, Chausseestraße 110.

Tagesordnung: 1. Bericht über den Angriff der Arbeitgeber auf unseren Tarif, die Verhandlungen der paritätischen Tarifkommission und des Einigungsamtes des Berliner Gewerkschaftsgerichts. 2. Diskussion. 3. Wahl der Ersatzmänner der Kommission. 4. Verschiedenes.

Kranken-Unterstützungsbund der Schneider.

Donnerstag, den 17. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, Engelauer 15

(Gewerkschaftshaus), Saal 3:

Versammlung

Tages-Ordnung:

Abrechnung vom 4. Quartal und Stoffangelegenheiten. Die Kassenliste der Kaffe sowie die des Verbandes befinden sich beim 21. d. M. ab nicht mehr Lindenstr. 3 sondern Nachbarnstr. 83, Gartenhalle.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Glasarbeiter! Achtung!

Mittwoch, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr:

Oeffentliche Versammlung

aller in den

Schleifereien, Polierereien u. Belegereien beschäft. Kollegen

im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c:

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen C. Jahn, Vorsitzender des Glaserverbandes. 2. Aufnahme neuer Mitglieder.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter

Ortsverwaltung Berlin.

Geschäftsstelle Berlin C. 54, Mühlstraße 10, I. — Fernsprecher Amt III, 4518

Donnerstag, den 17. März 1910, abends 8 Uhr.

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Anträge zum Verbandstage. 2. Aufstellung der Kandidaten zur Delegiertenwahl. 3. Beschlußfassung über die weitere Aufhebung eines Agitationsbeamten für die Ortsverwaltung Berlin. 4. Organisationsfragen. Kollegen! Erscheint alle rechtzeitig und zahlreich in dieser Versammlung.

Die Ortsverwaltung.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Donnerstag, d. 17. März, abds. 8 Uhr, in den Musikerkäfen, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m:

Außerordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Vink über: „Die gegenwärtige Lage im Baugewerbe“. 2. Diskussion. 3. Fortsetzung der Diskussion über den Bericht der Delegierten vom 29/10

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Zweigvereinsvorstand.

Zentralverband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Mittwoch, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 58/59:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Berichtserstattung über die Verhandlungen des 11. Verbandstages in Leipzig. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht aller Mitglieder zu erscheinen. Mitgliedsbuch oder Karte legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.

Zur Beachtung! Diejenigen Mitglieder, welche noch Beitragsreste vom Jahre 1909 haben, werden ersucht, unverzüglich die Sache in Ordnung zu bringen.

Der Sektionsvorstand.

Der praktische Arzt Dr. med. Friese, Britz bei Berlin, Chausseestraße 119 wohnhaft, ist als Ratzenarzt zur unterzeichneten Ortskrankenkasse zugelassen worden. 272/3 Ortskrankenkasse Britz bei Berlin.

Eoeben erschienen:

Die Wahlrechtsvorlage

Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses nach dem amtlichen Stenogramm der Sitzungen vom 10. bis 12. Februar 1910. 244/15

Preis 60 Pf.

Expedition des „Vorwärts“

Berlin SW. 68

Lindenstraße 69 (Laden).

Küchenmöbel

Renaustrich

ganz leicht u. billig selbst herzustellen! Elegante u. dauerhafte Emaille-Lacks in weiß, bläulich-grau, grünlich etc. u. allen modernen Farben. 1/2 kg-Büchse 1.20, 1 kg 2.--. Delfter in prächtigen Mustern mit weißer oder hellgrauer Grundfarbe, 1/2 kg-Dose mit Zubehör 2.50, 1 kg 4.--. Eichenartig 1/2 kg 1.--, 1 kg 2.--. Mit Eichenmaserung 1/2 kg-Dose mit Zubehör 1.50, 1 kg 2.50. Otto Reichel, Eisenbahn-Str. 4. Fernspr. IV 4751, 4752, 4753. Prompter Versand.

Torpedo-Schreibmaschinen.

Modell 3, verkaufe ich zu billigem Preise mit voller Garantie, da Modell 4 herausgekommen. Vorführungs-kostenlos.

Franz Kaiser, Mohrenstraße 22/23.

Bäckereigenossenschaft „Berlin“

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Bilanz per 27. Dezember 1909.

Aktiva	Passiva
Kassenbestand	Mitglieder-Guthabenskonto
Umsatzzkonto G. E. G.	Verleihenkonten
Kontokorrentkonto	Reservekonten
Spezialkonto P.	Spezialreferendonskonten
Warenskonto	Kontokorrentkonten
Rehabilitationskonto	Rentokonten
Gepannungskonten	Hypothekenskonten
Debitkonto	Dispositionsfondskonten
Kontokorrentkonto	
Bäderkonten	
Umsatzzkonto	
Spezialkonto B.	
Gepannkonto	
Grundstückskonto	
79 681,75	79 681,75

Die Mitgliederzahl betrug am 27. Dezember 1909 . . . 33

Eingekommen im Jahre 1909 . . . 2

Ausgetreten im Jahre 1909 . . . 1

Mitgliederzahl am 27. Dezember 1909 . . . 34

Das Geschäftsguthaben betrug am 27. Dezember 1909 . . . 900 M.

Einzahlungen im Jahre 1909 . . . 60

Auszahlungen im Jahre 1909 . . . 30

Geschäftsguthaben der Mitglieder am 27. Dezember 1909 . . . 1 020

Der Vorstand. Richard Lindor. Ludwig Ertl. 104/2

Kautabake

G. A. Hanewacker, Nordhausen.

Nur echt in 10 Pfennig-Rollen
Stangen
Twist, nur echt mit Kopfbild.

Achten Sie auf die
Zettel in jeder Rolle
mit der Firma:

G. A. Hanewacker,
Nordhausen.

Hauptniederlage und Engrosvertrieb
Carl Röcker, BERLIN O. 27,
Grüner Weg 112. 4051 L.

Tabak, Zigarren, Zigaretten

Verliere nie den Humor!

Humor

putzt und poliert alle
Metalle (sauber und
geruchlos).

Zu haben in großen
Flaschen von 10 Pf. an.

Humor-Werke G. m. b. H.,
Berlin NO. 18.



Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Frankfurter Viertel, Bezirk Nr. 388.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Bruder

Wilhelm Nagott

Höfische Straße 11
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 15. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
216/11 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Nachruf.

Am 11. März verstarb unser Mitglied, der Restaurateur

August Pausin

Korduser 9.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung hat am 14. März auf dem Kajetaner-Kirchhof, Seestraße stattgefunden.

226/2 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Ernst Lindengrün

am 12. März gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. März, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weihensee, Gallenberger Weg, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
60/14 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin.

Am 13. März verstarb unser langjähriges Mitglied

Wilhelm Lehmann

(Bezirk Norden II).

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. März, nachmittags 3 Uhr von dem Leichenhaus, Müggener Str. 9 aus, nach dem Kirchhofe der Friedens-Gemeinde in Norden statt.

Um rege Beteiligung ersucht
137/2 Die Verbandsleitung.

Zentral-Verband der Maurer. Zweigverein Berlin. Berlin Norden.

In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend verstarb unser Mitglied

Karl Scharle

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 15. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Freiwilligen-Friedhofes in der Pappelallee aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
138/20 Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer. Zweigverein Berlin. Berlin Norden.

In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend verstarb unser Mitglied

Karl Scharle

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 15. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Freiwilligen-Friedhofes in der Pappelallee aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
138/20 Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Botenfrau

Otilie Milius

am 11. d. M. im Alter von 44 Jahren verstorben ist. 67/8

Ehre ihrem Andenken!

Die Bezirksverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.

Berlin, Bez. 15.

Nachruf.

Am 9. März verstarb nach langem Leben unser Mitglied

Friedr. Schmidtke.

Ehre seinem Andenken!

1184/5 Die Ortsverwaltung.

Der Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine von Groß-Berlin

Hielt seine Generalversammlung am Sonntag im Reiferschen Saale in der Rappentstraße ab. Genosse Eugen Ernst erstattete den

Vorstandsbericht:

Durch das Parteistatut ist das Geschäftsjahr so geändert, daß der vollständige Bericht diesmal 1 1/2 Jahre umfaßt. Heute ist nur über das letzte Halbjahr zu berichten. — Die letzte Zeit war eine Zeit der Arbeit und des Kampfes, aber auch eine Zeit der Freude und des Erfolges. Die eklektischen politischen Zustände, sowie die Steuerpolitik der Regierung haben das Volk erregt und empört und eine Kampfesfreudigkeit in den Massen hervorgerufen, wie wir sie seit langer Zeit nicht mehr gesehen haben. Dazu kam, daß sich der Freisinn durch sein Verhältnis zu den Konservativen um jeden Kredit im Volke gebracht hat. Die Empörung der Massen gegen die Politik der bürgerlichen Parteien zeigte sich bei den Stadtverordnetenwahlen im vergangenen Herbst. Wir haben Bezirke erobert, auf die wir nicht gerechnet hatten. Während der Freisinn 900 Stimmen verlor, haben wir 17 500 Stimmen gewonnen und dem Freisinn drei Mandate abgenommen. Nicht nur in Berlin, sondern auch in Schöneberg, Rixdorf, Lichtenberg, Teltow und anderen Vororten haben wir diese erfreuliche Erscheinung gesehen. In Berlin traten die Demokraten zum erstenmal in den Kommunalwahlkampf. Als der Wunsch geäußert wurde, wir möchten ihren Kandidaten v. Gerlach in der Stadtwahl gegen den Kommunalfreisinnigen Leis unterstützen, kamen wir dem nach. Leis ist dann mit Hilfe der Antisemiten gewählt. Wir können mit dem Ausgang der Wahlen sehr zufrieden sein.

Ende September verbreiteten wir 40 000 Flugblätter, zur Hälfte an die zum Militär Einberufenen, um sie über ihre Rechte aufzuklären, zur Hälfte an die vom Militär Entlassenen, um sie für unsere Organisation zu gewinnen. — Am 15. Oktober hielt Genosse Viktor Berger einen Vortrag über die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten. Er hat uns durch die wahrheitsgetreue Darstellung der Verhältnisse einen großen Dienst erwiesen. — Am 17. Oktober fanden drei überfüllte Versammlungen statt, in denen das Proletariat Berlins der Empörung Ausdruck gab über die Ermordung des spanischen Freiendekers Ferrer durch das spanische Puffenregiment. — Darauf traten wir in den Kampf zur Wiedererobierung der vier Landtagsmandate, die uns durch die Heimtücke der Gegner, durch ein Vubenstück des Berliner Freisinns geraubt worden waren. Gaben wir auch den 12. Bezirk nicht wiederbekommen, so werden auch unsere Gegner keine Freude an dem Mandat haben, das uns durch die vereinten Kräfte der gesamten Reaktion entzissen ist. Leider war Genosse Heilmann genötigt, mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand, das Landtagsmandat niederzulegen. Wir bedauern, daß wir auf eine Kraft, wie es der Genosse Heilmann ist, verzichten müssen. Durch die Mandatsniederlegung wird uns Gelegenheit gegeben, den Genossen Adolf Hoffmann wieder in den Landtag zu schicken, sicher nicht zur Freude der ostelbischen Schweinezüchter, der preussischen Junker und ihrer Regierung. — Um die Wähler, die für uns gestimmt haben, dauernd für uns zu gewinnen, wurde am 21. November eine Agitationsnummer des „Vorwärts“ verbreitet und dann die Empfänger besucht, um sie für die Organisation zu gewinnen. Der Erfolg dieser Agitation war eine Zunahme der „Vorwärts“-Abonnenten um 10 000 und der Wahlvereinsmitglieder um 8000.

Als die Wahlen vorüber waren, gingen wir an den inneren Ausbau der Organisation und sorgten auch für die Auffklärung der heranwachsenden Jugend. Am 15. Januar konnte das erste Jugendheim in Berlin eröffnet werden, nachdem Rixdorf in dieser Hinsicht schon vorangegangen war. In Berlin soll in nächster Zeit ein zweites Jugendheim eröffnet werden. — Auch für die Kinder der Arbeiterschaft mußten wir Sorge tragen. Wir mußten dahin wirken, daß bei den Arbeitern die Erkenntnis Platz greift, daß die Gesundheit ihrer Kinder nicht durch Ausbeutung im Dienste der Unternehmer verwütet wird. Das ist eine schwere Arbeit, denn ihr tritt mancher Einwand entgegen, der aus alter Gewohnheit, aber auch aus wirtschaftlicher Not hervorgeht. Doch wir können nicht ruhig zusehen, daß die heranwachsende Generation durch eine vollstverwährende Ausbeutung vorzeitig dem Elend überliefert wird. Die Kinderschutzkommission betreibt ihre Tätigkeit in diesem Sinne und hat ihre Aufgaben in bester Weise zu erfüllen gesucht.

Der internationalen Solidarität gaben wir Ausdruck, indem wir zu dem Kampffonds unserer Arbeitsbrüder in Schweden 5000 Mark beisteuerten. — Auch der Frauenorganisation haben wir unsere Aufmerksamkeit gewidmet. Frau Schlesinger-Schlein aus Wien hielt einen Vortrag über die Frau im Klassenkampf. Zu unserer Freude können wir auch heute wieder konstatieren, daß das Band der Solidarität, welche die Partei mit den Gewerkschaften verbindet, fester und stärker ist als je zuvor. (Ordnung) Welche Zweige der Arbeiterbewegung haben den Kampf gegen den gemeinsamen Feind mit vereinten Kräften geführt.

Auch sonst haben wir manchen Fortschritt im inneren Ausbau der Partei zu verzeichnen. Der Auffklärung der Genossen diente ein Vortragszyklus über Theorie und Geschichte des modernen Sozialismus. Wir sorgten auch dafür, daß guter Lesestoff zu billigen Preisen unter die Massen kommt.

Gegen Ende des Jahres trafen wir die Vorbereitungen zum preussischen Parteitag. Ueber seine Leistungen sind die Genossen informiert. Nur das eine will ich sagen: Von diesem Parteitag datiert der Kampf um das Wahlrecht in Preußen, die Bedeutung des festen Willens, das Proletariat nicht eher ruhen wird, als bis Preußen ein wahrhaft demokratisches Wahlrecht hat.

Bezüglich der Raiffeiser hat der Vorstand beschlossen, daß die Eintrittskarten für alle Lokale Gültigkeit haben. — Der Beschluß, ein Flugblatt gegen den Schnapsgenuss herauszugeben, konnte bis jetzt nicht ausgeführt werden, da der Wahlrechtskampf augenblicklich alle Kräfte in Anspruch nimmt und alle anderen Junkerellen zurückgedrängt hat.

Zur Erledigung der Geschäfte vom 1. Juli bis 1. Januar wurden abgehalten: 9 Sitzungen des Zentralvorstandes, 10 Sitzungen des Aktionsausschusses, 25 Sitzungen mit anderen Körperschaften, außerdem viele Kommissionsitzungen. 284 Referate wurden vermittelt. Das Bureau verzeichnet 2204 Eingänge und 4549 Ausgänge. — Zwei Jubiläen feierten die Genossen während der Berichtszeit. Am 28. Oktober waren es 25 Jahre, daß Genosse Singer den vierten Kreis im Reichstage vertritt und am 22. Februar konnten wir den 70. Geburtstag des Genossen Weibel feiern. Nicht nur wir, sondern das Proletariat der ganzen Kulturwelt ist von dem Wunsche befeelt, das uns diese beiden Vorbilder treuer Pflichterfüllung noch lange in Gesundheit und Frische erhalten bleiben, und wir ihnen, die vom Vertrauen des gesamten Proletariats getragen sind, noch lange folgen können. (Ordnung)

Die Rechtskommission hat die juristische Sprechstunde reorganisiert und den Genossen Freier mit der Leitung derselben betraut. — Einige der Kommission zugegangenen Beschwerden sind durch Aussprache zur Zufriedenheit erledigt worden. — Die Lokalkommission wünscht aufs neue, daß die Lokalliste strenger als bisher beachtet wird, besonders von den Vereinen, die zwar nicht zu uns gehören, aber in der Mehrheit aus Parteigenossen bestehen.

Die Agitationskommission kann auf erfreuliche Fortschritte hinweisen. Ueberall in der Provinz, auch in kleinen Orten, werden sozialdemokratische Wahlvereine gegründet, unsere Wahlstimmen vermehren sich, Mandate in den Gemeinden werden erobert. Der „Märkische Landbote“, in 800 000 Exemplaren ver-

breitet, wird von unseren Feinden begesert, von der Arbeiterbevölkerung auf dem Lande aber gern gelesen. Die Broschüre „Wilow vor dem Reichstage“ wurde in 20 000 Exemplaren verbreitet, außerdem noch andere Flugblätter. Die Stimmung in der Provinz ist für uns sehr günstig.

Parteiengenossen! Wir dürfen die heutige Versammlung nicht vorübergehen lassen, ohne des Kampfes zu gedenken, der unsere Sinne in Anspruch nimmt, der uns mit Mut und Begeisterung erfüllt. Zur Einleitung des Wahlrechtskampfes hielten wir am 16. Januar 61 Versammlungen ab. Ueberall herrschte der Gedanke, wenn die alten Zustände in Preußen bestehen bleiben sollten, kann das Proletariat nicht ruhig bleiben. Doch noch elender als das alte Wahlsystem ist die Vorlage der Regierung. Der Schlag, den die Regierung damit gegen das Volk geführt hat, wird ihr nie verziehen werden. Der 13. Februar zeigte, wie tief die Empörung des Volkes ist. Es bildeten sich Demonstrationen, wie sie Preußen noch nie gesehen hat. Das Proletariat erstreckte sich das Recht auf die Straße. Daran wird es auch in Zukunft festhalten. (Sehr richtig.) Auf neue brach der Volkszorn los am 6. März. Ueberall forderte das Volk seine Rechte. Um dem Geiste bürgerlicher Politiker, wir sollten doch die Genehmigung für unsere Demonstrationen nachsuchen, ein Ende zu machen, gingen wir diesen Weg. Die Genossen, welche diesen Versuch schon im voraus als nutzlos bezeichnet hatten, behielten recht. Die Genehmigung wurde uns verweigert. Aber das Proletariat Berlins zeigte, daß es nicht aus feigen Remmen besteht, und daß es der Junkerskinder spottet, mit denen man seinen Weg sperren will. Heute ist der Polizeipräsident von Berlin ein Gegenstand des Spottes in aller Welt, ein Objekt für Witzblätter. Das Proletariat hat einen vollen Erfolg errungen. Jetzt sucht man Rache zu nehmen, indem man gegen einige Genossen Prozesse einleitet. Die Leute irren sich, welche glauben, sie könnten eine Volksbewegung unterdrücken, wenn sie einzelne bestrafen. Unsere Begeisterung und unser Kampfesmut setzt uns hinweg über alle Schranken, die unsere Feinde gegen uns aufrichten. (Beifall.) Der Kampf für die Rechte des Volkes wird ausgefochten. Er hört erst auf, wenn in Preußen die staatsbürgerliche Gleichberechtigung errungen und die Herrschaft der Junker gestürzt ist. (Lebhafter Beifall.)

Den Rassenbericht erstattete Genosse Böcke. Es betragen:

Table with columns for Einnahmen and Ausgaben. Einnahmen include Monatsbeiträge, Beitragsmarken, Eintrittsmarken, etc. Ausgaben include Vorstand, Agitationskommission, etc. Total summa 152 362,48 M.

Bestand am 1. Januar 1910 19 222,67

Die Abrechnung von den Landtagswahlen zeigt eine Einnahme von 18 941,19 M., eine Ausgabe von 16 544,02 M., bleibt ein Ueberschuß von 2398,17 M.

Genosse Böcke führte aus: Der Stand der Verbandskasse ist sehr ungünstig. Der Bestand ist gegenwärtig auf 7000 M. zurückgegangen. Die Einnahmen haben sich trotz der Beitrags-erhöhung verringert. Der Parteivorstand ist dabei auch zu kurz gekommen. Auf der anderen Seite werden die Ansprüche an die Verbandskasse immer größer. Für die Jugendbewegung soll mehr bewilligt werden. Der Jugendauschuß beantragt, die jährliche Zuwendung von 6000 auf 10 000 M. zu erhöhen. Die Samariterkolonne wünscht statt der Beihilfe von 300 M. eine solche von 400 M. Die Kosten der Kinderschulkommission werden pro Jahr 400—500 M. betragen. Der Arbeiterbildungsschule sind 6000 M. bewilligt. Die Agitationskommission hat voriges Jahr statt 35 000 Mark nur 17 000 M. erhalten. Deshalb muß sie in diesem Jahre 10 000 M. mehr, also 45 000 M. bekommen. Unsere Gemeindevorstandmandate vermehren sich erfreulicherweise, aber damit steigen auch unsere kommunalen Ausgaben. Wir sehen also, die Ausgaben steigen, die Einnahmen gehen zurück. Ich möchte deshalb an den Beschluß des Leipziger Parteitages erinnern, wonach der statutenmäßige Mindestbeitrag monatlich 30 Pf. beträgt, wozu jedoch der Referent Ebert bemerkte, die Bezirksorganisationen möchten dahin wirken, daß ein Wochenbeitrag von 10 Pf. eingeführt wird. Das ist auch in Sachsen, Bayern, Württemberg und Baden geschehen. Es ist fest, daß sich der Bezirk Groß-Berlin ebenfalls mit dieser Frage beschäftigt.

Weber zum Geschäfts- noch zum Rassenbericht wurde das Wort gewünscht.

Rumnehr ging die Versammlung zur Beratung der vorliegenden Anträge über.

Zwei Anträge, einer vom ersten, der andere vom dritten Kreise gestellt, verlangen, daß die

Raiffeiser

der einzelnen Kreise gemeinsam für ganz Berlin arrangiert und auf Rechnung der Verbandskasse beschaltet werden.

Die Antragsteller beziehen sich auf einen Beschluß des Zentralvorstandes, welcher besagt, daß die zur Raiffeiser ausgegebenen Eintrittskarten für alle Lokale in Berlin Gültigkeit haben sollen. Sie fordern die Aufhebung dieses Beschlusses und die Annahme ihrer Anträge, die hauptsächlich damit begründet werden, daß die Durchführung des Beschlusses des Zentralvorstandes die kleineren Kreise schädigen werde. Um das zu verhindern, solle die Veranstaltung der Raiffeiser für Berlin zentralisiert werden. — Der Zentralvorstand führt zur Begründung seines Beschlusses an: Auch er sei für Zentralisation der Raiffeiser und habe die Absicht gehabt, dieselbe für Groß-Berlin durchzuführen, aber die beiden Vorortkreise hätten mit Rücksicht auf ihre Verhältnisse die Zentralisation der Raiffeiser für noch nicht durchführbar erklärt. Der Zentralvorstand habe nun geglaubt, es könne ein Anfang mit der Zentralisation gemacht werden und hat deshalb beschlossen, daß die Eintrittskarten für die von den einzelnen Kreisen veranfalteten Feiern für alle Lokale gelten. Um der Raiffeiser einen ihrer Bedeutung würdigen Charakter zu geben, ist der Zentralvorstand bestrebt, sie in Zukunft in den Kreis unserer künstlerischen und bildenden Veranstaltungen zu ziehen.

Die Anträge des ersten und dritten Kreises wurden mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ein Antrag des zweiten Kreises will den Zentralvorstand anweisen, ein

Sparkartensystem

zur Erwerbung von Büchern sowie Einbänden von Lieferungswerken nach dem Muster der „Leipziger Volkszeitung“ für Groß-Berlin einzuführen. — Der Antrag wurde nach kurzer Begründung der Zeitungspedition Dünke u. Co. zur Zurückführung überwiesen.

Der vierte Kreis beantragt:

Die Wahl und die Befähigung der Kandidaten zu internationalen Kongressen ist, wie es bisher auch bei Wahlen zum Parteitage der Fall war, Sache der einzelnen Wahlkreise. Die Antragsteller führten zur Begründung des Antrages an, die Rechte und die Selbstbestimmung der einzelnen Kreise würden beeinträchtigt, wenn die von ihnen vollzogenen Wahlen der Bestätigung des Verbandes bedürfen. — Seitens des Zentralvorstandes wurde ausgeführt, daß niemand daran denke, die Selbstbestimmung der einzelnen Kreise zu beeinträchtigen. Mit dem Beschluß des Zentralvorstandes habe es folgende Bewandnis: Dem Bezirksverband Groß-Berlin sei vom Parteivorstand die Zahl von 13 Delegierten zum bevorstehenden internationalen Kongress zugeteilt worden. Dafür sei die Mitgliederzahl maßgebend. Der Zentralvorstand habe nun diese Zahl auf die einzelnen Kreise so verteilt, daß der 1., 2., 3. und 5. Kreis je einen, der 4., 6., Teltow-Beesfow und Niederbarnim je zwei Delegierte zu wählen haben und daß außerdem eine Genossin von den weiblichen Parteimitgliedern für ganz Berlin gewählt werden soll. Da diese nach Lage unserer organisatorischen Verhältnisse ihr Mandat nur durch die Bezirksorganisation Groß-Berlin erhalten kann, so ist lediglich die Einheitslichkeit der Mandate wegen beschlossen worden, auch die Delegierten der Kreise formell durch den Verband bestärken zu lassen.

Der Antrag des vierten Kreises wurde mit 316 gegen 302 Stimmen abgelehnt.

Ein anderer Antrag des vierten Kreises verlangt die Ent-

Abstimmung

über Beitragserhöhungen grundsätzlich über andere Anträge aber für den Fall, daß ein Drittel der Verbandsgeneralversammlung die Abstimmung beschließt.

Die Antragsteller begründen ihren Antrag mit dem Hinweis darauf, daß es eine demokratische Forderung sei, das Volk selbst über alle wichtigen Angelegenheiten entscheiden zu lassen. Um diesem Grundsatze bei der vorliegenden Angelegenheit praktische Geltung zu verschaffen, sei der Antrag gestellt. — Seitens des Zentralvorstandes wurde ausgeführt, daß dem Antrage in der vorliegenden Form doch mancherlei praktische Bedenken entgegenstünden. Der Hinweis auf die demokratischen Forderungen sei hier nicht am Platze, denn diese seien schon in den gegenwärtigen Einrichtungen und Bestimmungen der Parteioorganisation durchaus gewahrt. — Die Genossen des vierten Kreises zogen ihren Antrag zurück, nachdem ein inhaltlich gleichbedeutender Antrag des zweiten Kreises eingebracht worden war. Dieser Antrag wurde mit mehr als Zweidrittelmehrheit angenommen. Er lautet:

Wird über einen an die Verbandsgeneralversammlung gestellten Antrag die Abstimmung verlangt, so entscheidet die einfache Mehrheit darüber, ob Abstimmung vorzunehmen ist. Wenn die Abstimmung beschlossen ist, dann hat die Verbandsleitung dieselbe vorzunehmen zu lassen.

In Sachen der Abstimmung hatte die vorige Generalversammlung einen Beschluß gefaßt, der als angenommen erklärt wurde, abgleich nicht festgestellt worden ist, ob er — da es sich um eine Statutenänderung handelt — die erforderliche Zweidrittelmehrheit erhalten. Der Zentralvorstand hat deshalb die nochmalige Abstimmung beantragt. Er zog diesen Antrag zurück, da er ihn durch die Annahme des Antrages des zweiten Kreises für erledigt hält.

Schließlich lag noch ein Antrag des vierten Kreises vor, welcher forderte, daß den weiblichen Mitgliedern bei Arbeitslosigkeit des Mannes, der Mitglied des Wahlvereins ist, der

Beitrag erlassen

wird.

Die Antragsteller führten zur Begründung des Antrages aus, man müsse Rücksicht nehmen auf die materielle Not, die es den arbeitslosen Mitgliedern schwer mache, auch noch für die Frau den Beitrag zu zahlen. — Gegen den Antrag wurde seitens des Zentralvorstandes geltend gemacht, daß doch die Organisation nicht ein Sonderrecht für die Frauen schaffen könne. Die Frauen gehören doch als gleichberechtigte Mitglieder aber nicht als Anhängel des Mannes dem Wahlverein an. — Auch einige Genossinnen wandten sich gegen den Antrag und meinten, derselbe degradire sie zu Parteimitgliedern zweiter Klasse. Sie wollten sich nicht unter das Ausnahmegesetz eines solchen Antrages stellen und sich nicht von den Männern bevormunden lassen.

Der Antrag wurde mit 255 gegen 270 Stimmen abgelehnt.

Ohne Debatte wurde der folgende Antrag von Teltow-Beesfow angenommen:

Da die Beteiligung der Genossen an den Parteiarbeiten durch die Ausgabe von Tätigkeitsmarken nicht gehoben worden ist, die Verabfolgung der Marken aus einer Verlobigung für geleistete Partiarbeit gleichkommt, so ist die Ausgabe von Tätigkeitsmarken einzustellen.

Ein Antrag des dritten Kreises, der sich auf den Beschluß der Verbandsgeneralversammlung bezieht

Benutzung der „Neuen Welt“ als Raiffeiserlokal

bezieht, wurde auf Vorschlag des Genossen Ernst von der Tagesordnung abgesetzt wegen der vorgerückten Zeit und weil die Angelegenheit für dies Jahr doch keine praktische Bedeutung mehr haben würde.

Ernst: Es ist uns eine Resolution aus Lichtenberg unterbreitet worden, die uns das vollste Vertrauen der Genossen ausdrückt. Wir haben diese Resolution nicht zur Abstimmung gebracht, weil wir von derartigen Aktionen Abstand nehmen wollen. Ich erinnere die Genossen an die am Dienstag stattfindenden Versammlungen zum Wahlrechtskampf. Es könnte in gewissen Kreisen der Gedanke auftauchen, Rache zu nehmen für die Niederlage, die man in jenen Kreisen durch unsere Demonstration am 6. März erlitten hat. Wir erlauben die Genossen, sich an diesen Versammlungen vollständig zu beteiligen und unseren Standpunkt mit aller Entschiedenheit zu vertreten, im übrigen aber

von jeder sonstigen Kundgebung Abstand zu nehmen.

Wenn es geschehen sollte, daß gewisse Leute, die in unsere Organisationen hineingekickt werden, vorschlagen sollten, im Anschluß an die Versammlungen irgendwas zu unternehmen, so lasse sich niemand dadurch verleiten. So sehr wir auch für die Anwendung scharfer Mittel im Wahlrechtskampf sind, so halten wir ihre Anwendung jetzt noch nicht für angebracht. Wenn es Zeit dazu ist, dann wird das Proletariat Berlins Kampfmittel anzuwenden wissen, welche Eindruck machen. Also würde jeder für massenhaften Besuch der Versammlungen. Wenn durch den Wahlrechtskampf unsere Reihen gestärkt werden, so haben wir einen Erfolg, der den Gegnern unangenehm ist. Sie werden sich hüten, ein Volk zu reizen, das den Wert der Organisation erkannt hat und bereit ist, für seine Rechte zu kämpfen. Ein solches Volk reizen, heißt den Untergang der Herrschenden beschleunigen. Also sollte jeder für Verbreitung unserer Ideen, daß wir um so wirksamer den Kampf für die Rechte des Proletariats führen können. In diesem Sinne schließe ich die Versammlung mit dem Rufe: Die internationale Sozialdemokratie lebe hoch!

Eingegangene Druckschriften.

- Wöchentliche Monatshefte. März, Herausgeber E. R. Kossmann. Einzelheft 1,50 M. Selbstverlag, München.
Der Sturm. Wochenblatt für Kultur und Kunst. Nr. 1. Herausgegeben von H. Walden. Einzelnummer 10 Pf. Homeyer, Galenjes Berlin.
Der Tropfenhauser. Nr. 6. Zeitschrift für tropische Landwirtschaft. Herausgegeben von O. Borburg und B. Wollmann. Erscheint monatlich. Jährlich 12 M. Berlin, Unter den Linden 43.
Waffen für Alle. Nr. 4. Paratipromena der deutschen Geschichte. Von R. Kampecht. 60 Heller. G. Heller u. Cie., Wien, Bauernmarkt 8.

